

**TÄTIGKEITSBERICHT DES LANDRATES  
ÜBER DIE ARBEIT DER  
KREISVERWALTUNG TELTOW-FLÄMING  
2002**

Drucksachen-Nummer 2-0091/03-LR

## Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
<i>Vorwort des Landrates</i>	3
 <u>Landratsbereich</u>	
Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte	5
Behinderten- und Seniorenbeauftragte	7
Wirtschaftsförderungsbeauftragter	10
Pressestelle	11
 <u>Dezernat I</u>	
Hauptamt	15
Personalamt	18
Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt	18
Kämmerei	20
Rechtsamt	21
 <u>Dezernat II</u>	
Amt zur Regelung offener Vermögensfragen	25
Ordnungsamt	27
Straßenverkehrsamt	32
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	37
Umweltamt	42
 <u>Dezernat III</u>	
Schulverwaltungsamt	45
Kulturamt	48
Sozialamt	49
Jugendamt	51
Gesundheitsamt	54
Staatliches Schulamt	57
 <u>Dezernat IV</u>	
Planungsamt	60
Kataster- und Vermessungsamt	63
Untere Bauaufsichtsbehörde	65
Hoch- und Tiefbauamt	69
Wohnungsförderungsamt	71
Landwirtschaftsamt	73

# Landkreis Teltow-Fläming

Der Landrat

---



Luckenwalde, Januar 2003

Sehr geehrte Abgeordnete des Kreistages Teltow-Fläming,

wenn Sie die folgenden Berichte aus den einzelnen Ämtern der Kreisverwaltung aufmerksam lesen, fällt auf, dass auch in diesem Jahr die positive Berichterstattung aus allen Bereichen überwiegt. Sicher gibt es die eine oder andere kritische Bemerkung, aber dies soll Ansporn für die weitere Arbeit sein. Und durch Ihre kritische und konstruktive Arbeit im Kreistag und in den Ausschüssen trugen Sie im erheblichen Umfang dazu bei, diese positive Entwicklung in unserem Landkreis weiter voranzutreiben. Sehr geehrte Abgeordnete, ich möchte mich an dieser Stelle dafür herzlich bei Ihnen bedanken.

Der im Jahr 1999 gefasste Beschluss Nummer 2-0187/99 zum vierspurigen Ausbau der B 101 zeigt nun immer deutlicher seine Auswirkungen. Von Großbeeren bis kurz vor Thyrow sind es nur noch acht bis zehn Auto-Minuten. Anfang des Jahres benötigten die Autofahrer noch mehr als das Doppelte.

Insgesamt wurden im Landkreis Teltow-Fläming in diesem Jahr Investitionen im Gesamtumfang von rund 28 Millionen Euro getätigt. Auch 2002 war die Instandsetzung und Ausstattung der kreiseigenen Schulen ein Schwerpunktthema. So wurden 352.400 Euro für Baumaßnahmen an den Gymnasien und 922.700 Euro an den Förderschulen eingesetzt.

Die Gemeinden des Landkreises Teltow-Fläming erhielten im Jahr 2002 insgesamt 6.717.500 Euro an Zuwendungen, davon 17.726.100 Euro nach § 17 Investitionspauschale und 4.991.400 Euro nach § 21 Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost. Und bei einer Fahrt durch unseren Landkreis ist nicht zu übersehen, wie diese Mittel eingesetzt werden: Rekonstruierte, erweiterte Kinder- und Jugendeinrichtungen, neue Feuerwachen, gepflegte Dorfanger, sanierte Straßen und Gehwege können sich sehen lassen.

Über die Kreisgrenzen hinaus bekannt wird der Landkreis Teltow-Fläming in zunehmenden Umfang durch den Rad- und Skateweg FLAEMING-SKATE. Die offizielle Eröffnung am 25. August 2002 war ein besonderer Höhepunkt und lockte viele Besucher nach Petkus. Zahlreiche Artikel in Zeitungen und Zeitschriften, die deutschlandweit sowie auch in Österreich und den Niederlanden erschienen sind, sowie Fernsehbeiträge in den öffentlich-rechtlichen und privaten Programmen zeigen das weitläufige Interesse und dass die erste Skate-Region auch in Zukunft großen Zuspruch finden wird.

Auf der ITB, zum Brandenburg-Tag in Neuruppin und auf weiteren Messen und Veranstaltungen wurde die FLAEMING-SKATE präsentiert. Die zahlreich verteilten Informations-Flyer und geführten Gespräche sind ebenfalls beispielgebend für den wachsenden Bekanntheitsgrad.

Mit dem Tätigkeitsbericht wird jährlich in den Ämtern der Kreisverwaltung Bilanz gezogen. Viele positive Arbeitsergebnisse können dargelegt werden, aber auch kritische Anmerkungen sind zu finden. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für ihr Engagement bei ihrer täglichen Arbeit zu bedanken.

Der vorliegende Bericht kann Ihnen nur einen kleinen Einblick gewähren, welche Aufgaben in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming bewältigt werden. Der Umfang, in dem über die einzelnen Ämter und Sachgebiete berichtet wird, stellt keine Spiegelung der Qualität oder die Wichtigkeit der geleisteten Arbeit dar. Hier können nur Arbeitsschwerpunkte erwähnt werden. Die im Text angegebenen Fakten und Zahlen beziehen sich auf das gesamte Jahr 2002.

Für das Jahr 2003 wünsche ich Ihnen Schaffenskraft und Gesundheit, um die bevorstehenden Aufgaben mit großem Erfolg zu bewältigen.

Mit freundlichen Grüßen

Peer Giesecke

## Landratsbereich

Auftrag der **Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragten** ist es, auf die Erfüllung des Verfassungsauftrags zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern hinzuwirken. In der Ausländerarbeit liegt der Schwerpunkt in der Integrationsarbeit. Die Europäische Union hat mit dem Beschluss zur Umsetzung von "Gender Mainstreaming" die Grundlage zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Männern und Frauen in allen Politikbereichen gelegt. Nicht nur der Gleichstellungsgrundsatz ist eine der Hauptaufgaben in der Arbeit der Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragten, sondern auch die Akzeptanz von Menschen anderer Nationalität, mit einer anderen Sprache, einer anderen Hautfarbe oder einer anderen Religion.

Im Landkreis Teltow-Fläming leben 160.427 Menschen, 81.359 (50,7%) davon sind weiblichen Geschlechts. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung im Landkreis Teltow-Fläming beträgt 1,8 %, davon sind 616 Flüchtlinge und 2.373 ausländische Bürger und Bürgerinnen.

In der Kreisverwaltung hält die Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte ständigen Kontakt zu den Fachämtern, um die Forderungen des Grundgesetzes nach Gleichstellung und Gleichbehandlung von Frauen, Männern und ausländischen Bürgerinnen und Bürgern zu erfüllen und deren gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Frauenförderung ist darauf ausgerichtet, durch Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie die vorhandenen Strukturen so zu verändern, dass es den Frauen ermöglicht wird, in allen Funktionen entsprechend ihren Fähigkeiten vertreten zu sein.

Die Möglichkeiten zur Integration der ausländischen Bürgerinnen und Bürger in ihren Wohnorten ist ein Schwerpunkt der Arbeit. Dabei war das bürgerschaftliche Engagement der einzelnen Initiativen in den Kommunen ein wichtiger Bestandteil.

Ein weiterer Schwerpunkt in der kreislichen Arbeit ist der Bereich Kinder- und Jugendarbeit. Mit Projekten zur interkulturellen Arbeit wurden durch die Ausländerbeauftragte in den Schulen Kenntnisse vermittelt, wie z.B. zu Fluchtgründen, zur Lebenssituation im Asylverfahren und zur Religion. Zum Antirassismus-Tag konnte eine Ausstellung von Arbeiten der Flüchtlingskinder aus den Wohnheimen im Kreishaus in Luckenwalde eröffnet werden. Die Ausstellungseröffnung umrahmten die Kinder mit einem Programm.

Erstmalig gab es im Rahmen der Interkulturellen Woche eine Ausstellung von den Flüchtlingen über das Leben als Flüchtling in Deutschland unter dem Motto "Wir über uns", die in Luckenwalde, Jüterbog und Ludwigsfelde zu sehen war. Wie in jedem Jahr wurden wieder Begegnungen mit In- und Ausländern organisiert, wie z.B. Feste der Begegnung in Niedergörsdorf, Jüterbog und Luckenwalde, Straßenfußballturniere und Ferienfreizeiten, organisiert mit der Brandenburgischen Sportjugend und dem Förderverein der Tschäpeshule Mahlow. In alle Aktivitäten sind die ausländischen Schülerinnen und Schüler, sowie die Eltern und die Großeltern einbezogen worden. Diese Veranstaltungen sind in den Kommunen schon zu einem festen Bestandteil in der Integrationsarbeit geworden und leisten auch einen Beitrag zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit.

Die Aufgaben der Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragten sind Querschnittsaufgaben, die alle Lebensbereiche wie Beruf, öffentliches Leben, Bildung und Ausbildung, Familie und soziale Sicherheit, verwaltungsintern und extern erfassen. Die Beauftragte ist gleichzeitig Multiplikatorin bei der Vermittlung von Fachwissen, bedingt durch die enge Zusammenarbeit mit der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg, der Mitarbeit im Flüchtlingsfrauenbeirat und als Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten des Landes Brandenburg.

Durch die Vielfalt der Aufgabenbereiche ist es wichtig, ständig Kontakte mit anderen Bundes- und Landesbehörden zu halten, um schnell auf neue Regelungen, die sich auf frauen- und gleichstellungsrelevante Problemstellungen beziehen, reagieren zu können. Gleiches bezieht sich auf neue oder geänderte Bestimmungen des Ausländergesetzes, das ab 2003 als Zuwanderungsgesetz in Kraft treten soll. Für die Arbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft lag der Schwerpunkt in der Mitarbeit bei der Erarbeitung des Integrationskonzeptes für Ausländer und Spätaussiedler für das Land Brandenburg.

Wichtige Bündnispartner in der Jugend- und Ausländerarbeit sind die Mitglieder des Arbeitskreises "TF gegen Gewalt", die Fördervereine der Schulen, das Mobile Beratungssystem Schule und die Niederlassung Trebbin der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Brandenburg e.V.. Auf der Gleichstellungsebene ist es das "Frauennetzwerk Teltow-Fläming".

Die angestrebte Zusammenarbeit der im Landkreis tätigen Projekte mit den öffentlichen Einrichtungen wie Beauftragte, Polizei, Jugendamt, Schulverwaltungsamt und Mobiles Beratungsteam des Landes hat sich im Arbeitskreis gegen Gewalt bewährt. So wurden in den Beratungen mit Vertretern der Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern, Jugendlichen, Mitarbeitern von Freizeiteinrichtungen, Lehrern und Erziehern Weiterbildungen angeboten, organisiert und auch durchgeführt. In den Schulen und Freizeiteinrichtungen entstanden Projekte gegen Gewalt und Rassismus, aber auch Projekte zum Kennenlernen und Verstehen anderer Kulturen. Trainings-Seminare zur Toleranz wurden in Zusammenarbeit mit Trägern der politischen Bildung für die Mitarbeiter der Verwaltung organisiert und durchgeführt.

Das Frauennetzwerk arbeitet intensiv mit den Arbeitsämtern, Bildungsträgern und Beschäftigungsgesellschaften zusammen. In Zusammenarbeit mit der Regionalstelle Frauen und Arbeit und den freien Trägern ist es wichtig, die wenigen Mittel, die der Frauenförderung zur Verfügung stehen, so effektiv wie möglich zu verwenden, Frauen in strukturbestimmende Maßnahmen der Arbeitsförderung zu integrieren und somit auch für den 1. Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

Das Frauennetzwerk in Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsbeauftragten und den regionalen Fraueninitiativen war in hohem Maße an der Planung, Organisation und Durchführung der 12. Brandenburgischen Frauenwoche beteiligt. Die Veranstaltungen wurden trotz der nicht vorhandenen finanziellen Mittel durch die Frauen in einer sehr guten Qualität und mit hohem Engagement durchgeführt. Unter dem Motto "Unbekannte Schwestern – durchbrechen wir die Mauer des Schweigens" fanden die zahlreichen Veranstaltungen im Landkreis Teltow-Fläming statt. In alle Veranstaltungen wurden die ausländischen Frauen und Mädchen einbezogen, in dem sie aus ihren Heimatländern, von der Vielfalt der Kulturen und der Geschichte der Frauenbewegung berichteten. Das zeichnet auch die neue Qualität der Frauenarbeit aus, sich selbst und auch andere zu aktivieren, zu motivieren und sich für die eigenen Belange zu engagieren. Aus dieser Zusammenarbeit haben sich kleine Strukturen des Miteinander von deutschen und ausländischen Frauen, von Mädchen und Seniorinnen, von behinderten und nicht behinderten Frauen entwickelt, die ihre Interessen jetzt auch gemeinsam vertreten.

Der bundesweite Aktionstag am 25. November zum Thema "Nein zu Gewalt an Frauen" war Anlaß im Landkreis Teltow-Fläming, das neue Gewaltschutzgesetz vorzustellen und zu diskutieren. Dazu wurden alle beteiligten Institutionen, wie Polizei, Amtsgericht, Staatsanwaltschaft, Opferberatung, Gleichstellungsbeauftragte und Frauenhäuser einbezogen. Mit dem Hissen der Fahne zum Aktionstag, mit Straßenaktionen und in Informationsveranstaltungen in Ludwigsfelde, Jüterbog, Luckenwalde und Zossen wurde die Problematik auch in die Öffentlichkeit getragen. Die begleitende Ausstellung "Mord und Totschlag" mit der Darstellung von Gewalt an Frauen und deren Folgen erregte große Aufmerksamkeit.

Die Kontaktpflege und der Erfahrungsaustausch mit den zuständigen Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit der Pressestelle hatten für die Gleichstellungsbeauftragte auch 2002 einen hohen Stellenwert, um Menschen für die besondere Thematik in der Gleichstellungs- und Ausländerarbeit zu sensibilisieren.

Der Landkreis war durch die Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte bei Landes- und Bundeskonferenzen vertreten.

Einen umfassenden Aufgabenbereich erfüllt auch die **Behinderten- und Seniorenbeauftragte**.

In unserer Gesellschaft leben Menschen mit und ohne Behinderungen. Behinderung, das bedeutet, in körperlichen Funktionen, geistigen Fähigkeiten oder seelischer Gesundheit eingeschränkt und daher in der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt zu sein. Behinderungen können vielfältige Ursachen haben; sei es von Geburt an, durch Kriegsfolgen oder Unfall. Jeden von uns kann es treffen.

Menschen mit Behinderungen sind in besonderem Maße auf den Schutz und die Solidarität der Gesellschaft angewiesen. Arbeit und Ausbildung ist wesentlicher Ausdruck und gleichzeitig Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Angesichts der seit Jahren überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit schwer behinderter Menschen ist es eine Verpflichtung für Politik und Gesellschaft, sich aktiv um die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Beruf zu bemühen.

In Deutschland leben etwa 6,6 Millionen Menschen mit Behinderungen. Im Landkreis Teltow-Fläming leben laut Auskunft des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg 9.155 Schwerbehinderte. Im Vergleich dazu lebten im Jahre 1993 in unserem Landkreis 6.834 Menschen mit Behinderungen.

Die Altersstruktur stellt sich folgendermaßen dar:

von 4 bis 15 Jahre	221 Personen
von 15 bis 35 Jahre	759 Personen
von 35 bis 55 Jahre	2.021 Personen
von 55 bis 65 und mehr Jahre	6.154 Personen

Von den 9.155 Personen haben 324 Schwerbehinderte Anspruch auf Fahrcoupons; das sind Menschen mit Behinderungen, die Rollstuhlfahrer sind oder das Merkzeichen aG im Schwerbehindertenausweis haben (aG bedeutet außergewöhnlich gehbehindert). Blindengeld bekommen 218 behinderte Menschen und Anspruch auf Gehörlosengeld haben 67 Bürger (Angaben Stand November 2002).

Etwa 4,5 % sind von Geburt an behindert. Die meisten werden es im Laufe ihres Lebens – etwa durch Unfälle, chronische Krankheiten oder im Alter. Diese Fakten machen deutlich, dass die Behindertenpolitik kein Randbereich politischen Handelns sein kann und darf. Behinderte Menschen sollen zu allen Lebenslagen einen umfassenden Zugang und eine uneingeschränkte Nutzung haben.

Die Behindertenbeauftragte ist die zentrale Ansprechpartnerin, die schnell und im unmittelbaren Kontakt helfen kann, Verbindungen zu Verbänden, Organisationen, deren Arbeit den Behinderten dient, herzustellen. Sie hat die Möglichkeit, sich direkt mit anderen Ämtern oder deren nachgeordneten Behörden in Verbindung zu setzen als auch durch eine eigenständige Pressearbeit behindertenpolitisch wirksam zu werden.

Die Unterstützung und Beratung der bestehenden Begegnungsstätten für Menschen mit Behinderungen macht einen wesentlichen Teil der Arbeit aus. Begegnungsstätten gibt es in Jüterbog, Luckenwalde, Ludwigsfelde und Rangsdorf. Die Sozialstationen haben noch eigene Begegnungsstätten, die von Behinderten und auch von Senioren genutzt werden.

Auf Grund der schlechten Arbeitsmarktlage findet gegenwärtig jedoch ein großer Verdrängungswettbewerb statt und wirkt sich zwangsläufig auch negativ auf die Beschäftigung von behinderten Arbeitnehmern aus. Die Beauftragte nutzt jede sich bietende Gelegenheit, an öffentliche und private Arbeitgeber zu appellieren, trotz der angespannten Arbeitsmarktlage ihrer Verantwortung gegenüber behinderten Arbeitsuchenden gerecht zu werden.

Die gute Zusammenarbeit mit dem Integrationsfachdienst des Arbeitsamtes Potsdam, in Trägerschaft der Johanniter wurde weiter ausgebaut. Es gibt regelmäßige Treffen, um Informationen über Fördermöglichkeiten und Finanzierungshilfen auszutauschen. Ziel ist, Menschen mit Behinderungen nachhaltig ins Arbeitsleben zu integrieren.

Eine besonders intensive Zusammenarbeit gibt es mit dem Gesundheits- und dem Sozialamt. Dadurch können Probleme, die in Beratungen und an Sprechtagen durch Behinderte oder deren Angehörige an die Beauftragte herangetragen werden, auf dem kürzesten Weg einer Lösung zugeführt werden. Beratungsstellen der freien Träger werden in die Arbeit mit einbezogen, wie z. B. die Frühförder- und Beratungsstelle des Landkreises Teltow-Fläming und die Wohnraumanpassungsberatungsstelle, beide in Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes. Vorrangig werden auch Maßnahmen zur zusätzlichen Betreuung für Menschen mit Behinderungen durch die Beauftragte initiiert und koordiniert. Menschen mit Behinderungen sind mehr als andere auf diese Hilfe angewiesen, ihre Lebensqualität steht im direkten Zusammenhang mit der Qualität dieser Dienste. Besonderer Wert wird hier auf ehrenamtliche Betreuung gelegt, aber auch in Zusammenarbeit mit den Arbeitsfördergesellschaften über das Arbeitsförderungsgesetz, z. B. ABM oder SAM (Strukturanpassungsmaßnahmen). Durch diese zusätzlichen Angebote kann eine häusliche Betreuung von Menschen realisiert werden, denen es sonst nicht möglich ist, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Weiterhin war es dadurch möglich, Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen in einer kontinuierlichen Gruppenarbeit zu betreuen.

Die Zusammenarbeit mit der Unteren Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde des Landkreises Teltow-Fläming ist ein wichtiger Schwerpunkt in der Arbeit der Behindertenbeauftragten. Der Bundestag hat das "Gesetz zu Gleichstellung behinderter Menschen " (Behindertengleichstellungsgesetz – BBG ) zum 01.05.2002 beschlossen. Im § 4 ist die Barrierefreiheit bei baulichen und sonstigen Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung und der Kommunikationseinrichtungen, wenn sie für behinderte Menschen in der allgemein üblichen Weise, ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind, festgelegt. Die Brandenburgische Bauordnung schreibt im § 56 ebenfalls barrierefreies Bauen für Öffentliche Gebäude vor. Die Versorgung mit behindertengerechten, barrierefreien Wohnraum hat sich auch weiterhin verbessert.

Die Behindertenbeauftragte unterstützt die Arbeitsfördergesellschaften bei ihrer Arbeit, sie nimmt an den Beratungen teil, die sich auf die Förderung von Projekten mit Behinderten beziehen, vermittelt fachliche Weiterbildungen, die auf Landes- und Bundesebene angeboten werden. Die Beratung zu Fördermöglichkeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die nach Möglichkeit Arbeitsplätze für Behinderte realisieren können, werden in Kooperation mit den integrativen Diensten der Arbeitsämter durch die Behindertenbeauftragte unterstützt.



Die Sprecher der Selbsthilfegruppen und die Vorsitzenden der Behindertenverbände treffen sich regelmäßig quartalsweise mit der Behindertenbeauftragten und den Mitarbeiterinnen des Gesundheitsamtes zum Erfahrungsaustausch. An den Vorstandssitzungen und Beratungen der Gruppen und der Verbände nimmt die Behindertenbeauftragte teil. Der Erfahrungsaustausch mit anderen Behindertenverbänden, z.B. Bad Salzuflen und Lutherstadt Wittenberg wird weiter gefestigt und ausgebaut.

Die Behindertenbeauftragte wird auch weiterhin die im Landkreis ansässigen Werkstätten für Behinderte unterstützen und den dort beschäftigten Mitarbeitern mit geistiger Behinderung sowie deren Eltern als Ansprechpartnerin zur Verfügung stehen. Die Zusammenarbeit mit den Förderschulen für geistig Behinderte in Jüterbog und Groß Schulzendorf wird weitergeführt.

Zu einem Höhepunkt der Integration von behinderten Menschen gestaltete sich das 2. Behinderten- und Skaterfest am 8. September 2002 auf der Rad- und Skatebahn in Jüterbog, Ortsteil Werder. Es war eine Benefizveranstaltung unter dem Motto "Kraft, die aus Beschränkung wächst". Der Erlös dieser Veranstaltung wurde zu Gunsten des Behindertenverbandes Jüterbog/Niederer Fläming e.V. im Landkreis Teltow-Fläming gespendet. Frau Christina Rau, Gattin des Bundespräsidenten, übernahm bereits zum zweiten Mal die Schirmherrschaft über die Benefizveranstaltung.

Unter gleicher Schirmherrschaft soll es auch im nächsten Jahr wieder eine Benefizveranstaltung auf der Rad- und Skatebahn geben. Es wird jedes Mal eine andere Selbsthilfegruppe bzw. ein anderer Behindertenverband diese Veranstaltung mit vorbereiten und auch den Erlös für seine Arbeit mit behinderten Menschen erhalten.

Die Politik für ältere Menschen steht vor der Aufgabe, sehr unterschiedlichen Lebenslagen, Bedürfnissen und Interessen älterer Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Hierbei steht weniger die zahlenmäßige Zunahme der älteren Bevölkerung im Vordergrund. Vor allem der tief greifende wirtschaftliche Umbruch der letzten Jahre hat das traditionelle Bild des Älterwerdens auch im Landkreis Teltow-Fläming verändert.

Die Tätigkeit der "Arbeitsgruppe der Seniorenbeiräte" im Landkreis Teltow-Fläming zeigt, dass diese durch Eigeninitiative und Selbstorganisation entstandene Form nicht mehr ausreicht. Es wurde beraten, einen Kreissenorenbeirat zu berufen. Dieser wurde am 8. März 2002 durch den Landrat des Landkreises Teltow-Fläming berufen.

Durch die Mitarbeit im Kreissenorenbeirat soll die Autorität und die Wirksamkeit der kommunalen Seniorenbeiräte erhöht werden und die Interessen der Seniorinnen und Senioren im Landkreis Teltow-Fläming noch gezielter durchgesetzt werden können. Die Seniorenbeauftragte hat an den Beratungen des Kreissenorenbeirates teilgenommen.

Ein Höhepunkt in der Arbeit ist die Seniorenwoche im Landkreis Teltow-Fläming. Durch die Aktiven der Seniorenarbeit wurden etwa 100 Veranstaltungen in den Städten und Gemeinden organisiert. Zu verzeichnen ist ein höherer Anspruch der Senioren an die Qualität der Veranstaltungen. Das ist zurückzuführen auf die neue Generation der Senioren, die auf Grund von Vorruhestands- oder Altersübergangsregelungen zeitiger in den Rentenstatus kommen, aber andere Ansprüche haben und nach neuen gesellschaftlichen Betätigungsfeldern suchen. Die Vielfalt der Veranstaltungen in kultureller, sportlicher, künstlerischer und politischer Hinsicht sind entscheidend für die Attraktivität der Begegnungen und damit für die Teilnahme der Seniorinnen und Senioren.

Ein weiterer Schwerpunkt war unter anderem die Europäische Seniorenarbeit in partnerschaftlichen Beziehungen mit anderen Ländern. Der Kreissenorenbeirat des Landkreises Teltow-Fläming pflegt Kontakte mit dem tschechischen Rentnerverband Prag und einer "Senioreninitiative" in Spindleruv Mlyn.

Die generationsübergreifende Arbeit des Kreissenorenbeirates zeigt sich unter anderem in der Zusammenarbeit von Grundschulen in Tschechien (Marien-Bad) und in der Kreisstadt Luckenwalde. Diese Partnerschaft wurde durch den Kreissenorenbeirat des Landkreises Teltow-Fläming und den tschechischen Seniorenbeirat in Marien-Bad vorbereitet.

Der dem Landrat direkt unterstellte Bereich des **Wirtschaftsförderungsbeauftragten** (WFB) bearbeitet drei Schwerpunktaufgaben:

- Arbeitsmarktpolitik
- Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)
- Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Kammern und Verbänden sowie Beteiligungsverwaltung.

Der Arbeitsmarkt des Landkreises Teltow-Fläming ist unverändert durch ein starkes Nord-Süd-Gefälle gekennzeichnet, was sich bei der Arbeitslosenquote im Durchschnitt bei 5 % Unterschied zwischen den Arbeitsämtern Zossen und Luckenwalde darstellt (z. B. Dezember 2002: Arbeitsamt Zossen 12,0 %, Arbeitsamt Luckenwalde 16,9 %). Obwohl damit selbst die Luckenwalder Quote nun unter dem Landesdurchschnitt (17,8 %) liegt, gibt sich die Kreisverwaltung mit den dahinter stehenden fast 12.000 Arbeitslosen natürlich nicht zufrieden. Mit einem 25-prozentigen Eigenanteil ist ein durch EU und Land gefördertes Programm zur „Verzahnungsförderung“ in unserem Landkreis angelaufen. Unter der Führung einer Steuerungsgruppe bei der Kreisverwaltung und unterstützt durch einen Beirat aus Vertretern der Kammern, von Kommunen und Trägerstrukturen, werden Infrastrukturmaßnahmen auf Verzahnungsmöglichkeiten mit Maßnahmen der Arbeitsförderung untersucht und über eine dafür gegründete ARGE aus LUBA GmbH und GAG Klausdorf mbH in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern und dem Sozialamt der Kreisverwaltung Projekte erarbeitet, die gemeinsam mit Wirtschaftsunternehmen umgesetzt werden („RUNDE-Konzept“).

Ein zweites Projekt ist die landkreisübergreifende „Entwicklungspartnerschaft Strukturentwicklung und Arbeit Berlin-Brandenburg“ (EP SABB), die im Rahmen des EU-Förderprogramms EQUAL ebenfalls unter Einsatz von Eigenanteilen des Landkreises Mitte des Jahres 2002 angelaufen ist. Über die Arbeit der drei Projektsäulen Beratungsverbund, Aus- und Weiterbildungsverbund und Integrationsverbund sollen Betriebsberatungen, passgenaue Qualifizierungen für die Wirtschaft und von besonders benachteiligten Personengruppen (u. a. Sozialhilfeempfänger) durchgeführt werden. Der WFB erarbeitet in der Steuerungsgruppe der EP SABB und im Beratungsverbund mit.

Bekanntlich ist der Landkreis Mitglied im VAB e. V. Dieser hat eine Ausschreibung des Landes zur Führung des „Initiativbüros Fläming“ gewonnen, über das lokale Initiativen von oder für Zielgruppen des Arbeitsmarktes durch Mittel des Europäischen Sozialfonds und des Landes Brandenburg gefördert werden. Die Mitarbeiterin für Arbeitsmarktpolitik, Frau Lehmann, ist in den Beirat dieses Initiativbüros gewählt worden.

Da die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einen besonderen Schwerpunkt darstellt, wurde zur Vermittlung von Jugendlichen in den 1. Arbeitsmarkt das Projekt „Starbag“ - gemeinsam mit dem Landkreis Dahme-Spreewald - gestartet. Frau Lehmann arbeitet auch im Beirat dieses Projektes mit. Bereits mit 273 Unternehmen gab es konkrete Vermittlungs-

kontakte und 120 Jugendliche wurden beraten und betreut, von denen bisher 19 in Arbeit vermittelt werden konnten.

Auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ging es auch 2002 schwerpunktmäßig darum, auf der Grundlage knapper werdender Mittel, die Zielsetzungen des Nahverkehrsplanes 2000 - 2004 umzusetzen und eine dem Bedarf angepasste ÖPNV-Versorgung im Landkreis sicherzustellen. Dazu gab es eine enge Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen und dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB). Im Zusammenhang mit der Eröffnung unseres großen touristischen Highlights, des Rad- und Skateweges FLAEMING-SKATE, wurde in enger Zusammenarbeit mit dem VBB durch unsere Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (VTF) ein Skate-Shuttle als Zubringer eingerichtet. Der WFB war weiterhin im Beirat G der VBB GmbH tätig. In Vorbereitung auf den europäischen Wettbewerb im ÖPNV wurde die Gründung einer Tochtergesellschaft der VTF unterstützt. Der Nahverkehrsbeirat begleitete und unterstützte auch in diesem Jahr die Verwaltung bei der Lösung von Fragen des ÖPNV, wofür den Mitgliedern gedankt sei.

Die regelmäßigen Zusammenkünfte der „Wirtschaftsrunde Teltow-Fläming“, eine Vielzahl von Betriebsbesuchen und die engen Kontakte zu Kammern und Unternehmerverbänden haben es dem WFB ermöglicht, Schwerpunkte der Wirtschaftsentwicklung aufzugreifen und zur Lösung einzelner Probleme beizutragen. In Vorbereitung der Aufgabenstellung als „Investitionsmanager“ gab es Informationskontakte zu verschiedenen, für die Investorenansiedlung wichtigen Landesämtern und Gesellschaften (Amt für Immissionsschutz, Amt für Forstwirtschaft, Landesbergamt, Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnen und Verkehr, Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH). In dieser Funktion werden Investoren durch den WFB bei der Abarbeitung notwendiger Abstimmungen und Genehmigungsverfahren bei den relevanten Ämtern der Kreisverwaltung unterstützend begleitet. Im Oktober 2002 wurde der WFB in den Regionalbeirat der Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB) berufen.

Im Rahmen der Beteiligungsverwaltung erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit den Unternehmen, bei denen der Landkreis Gesellschafter ist. Nähere Einzelheiten zu diesen Unternehmen können dem jährlichen Beteiligungsbericht an den Kreistag entnommen werden.

Neben den Beauftragten ist die **Pressestelle** mit den beiden Aufgabenbereichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dem Landratsbereich direkt zugeordnet.

Der Bereich Pressearbeit betrifft die Zusammenarbeit der Kreisverwaltung Teltow-Fläming mit den regionalen Medien. Im Landkreis Teltow-Fläming erscheinen drei Lokalausgaben der Märkischen Allgemeinen Zeitung für die Bereiche Jüterbog, Luckenwalde und Zossen und die Lausitzer Rundschau mit der Lokalausgabe Dahme. Diese Tageszeitungen sowie die Wochenzeitungen Blickpunkt und Wochenspiegel mit den im Landkreis vertretenen Ausgaben, der Rundfunksender Antenne Brandenburg und der lokale Fernsehsender teltowkanal mit Luk-TV, TV-Lu, Jüterbog-TV und Rangsdorf-TV erhalten regelmäßig Informationen in Form von Pressediensten. Bei telefonischen Anfragen und Interviewwünschen der genannten Medien und auch darüber hinaus wird durch die Pressestelle umgehend reagiert.

Die durch die Pressestelle verfassten Pressedienste mit aktuellen Informationen aus der Kreisverwaltung beruhen auf Informationen aus den Ämtern oder auf Eigeninitiative nach

entsprechenden Absprachen mit dem jeweils zuständigen Fachamt. Neben den Pressediensten erfolgt die Organisation von thematischen Pressegesprächen und -terminen.

Im Jahr 2002 wurden insgesamt fast 500 Pressedienste mit Informationen aus allen Dezernaten herausgegeben. Der größte Teil, mehr als die Hälfte der verfassten Presseinformationen, behandelte Themen aus dem Dezernat III, wobei über Angebote der Kreisvolkshochschule als einem Sachgebiet des Schulverwaltungsamtes am häufigsten informiert wurde. An zweiter Stelle stehen Informationen aus dem Kulturamt, die an die Medien weitergegeben wurden. Die weiteren Pressedienste behandelten Themen, die sich mit den Dezernaten I, II und IV befassten, wie z.B. die Herausgabe des Statistischen Jahrbuches, die Bekanntgabe von Terminen der Anglerprüfung oder zur Einreichung von Anträgen für Förderungen landwirtschaftlicher Unternehmen. Anhand des täglich erstellten Pressespiegels, in dem die gesamte Regionalpresse ausgewertet wird, kann eingeschätzt werden, dass die verfassten Pressedienste durchschnittlich in zwei bis drei der genannten Tages- und Wochenzeitungen des Landkreises erschienen sind.

2002 fanden insgesamt 15 Pressegespräche bzw. -termine statt. Themen der Pressegespräche waren zum Beispiel der 4. Kreiswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ sowie die Verkehrsunfallkommission und bei den Presseterminen die Bildungskonferenz der Landwirtschaft und die Tagung der Bauaufsichtsbehörden.

Die Pressestelle gab insgesamt 57 Ausschreibungen an die Märkische Allgemeine Zeitung, Lausitzer Rundschau und an die Berliner Morgenpost sowie in einigen Fällen an Fachzeitschriften in Auftrag. Zum größten Teil wurden durch das Hoch- und Tiefbauamt Baumaßnahmen öffentlich ausgeschrieben. Weitere Ausschreibungen beinhalteten z.B. Stellenangebote, die Schulbuchlieferung sowie die Beschaffung von Fahrzeugen.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sind die Mitarbeiterinnen der Pressestelle für die Herausgabe des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming verantwortlich. Insgesamt gab es 42 Ausgaben des Amtsblattes. Das kreisliche Amtsblatt wird derzeit an rund 57 Abonnenten verschickt. Dazu gehören die Amtsdirektoren und hauptamtlichen Bürgermeister und 12 öffentlichen Bibliotheken des Landkreises Teltow-Fläming. Weiterhin sind die Amtsblätter im Internet unter <http://www.teltow-flaeming.de/kreistag.html> zu finden und liegen in der Bürgerinformation zur Einsichtnahme und auch für den Einzelverkauf bereit. Gedruckt wird das Amtsblatt, dessen Erscheinen oft an sehr kurzfristige Terminstellungen gebunden ist, in der zum Hauptamt gehörenden Hausdruckerei.

Zu den Aufgaben der Pressestelle gehört – in enger Zusammenarbeit mit dem Hauptamt und den jeweiligen Fachämtern – die Organisation von größeren Veranstaltungen im Landkreis. Hier seien zum Beispiel der Neujahrsempfang des Landrates und des Kreistagsvorsitzenden, der in diesem Jahr unter dem Motto „Landkreis Teltow-Fläming. Sicher – menschlich - ehrenamtlich“ stand, das 6. Fläming-Frühlingsfest in Dahme/Mark am 04./05.05.2002, das Landräte-Treffen am 11.06.2002, der Besuch des Kommandeurs des Verteidigungsbezirkes 84, Oberst Gottschalk am 24.01.2002 und der Antrittsbesuch des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Matthias Platzeck, am 12.09.2002 genannt.

Ein besonderer Höhepunkt war in diesem Jahr die offizielle Einweihungsfeier des Rad- und Skateweges FLAEMING-SKATE am 25.08.2002 unter Teilnahme der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Christine Bergmann, des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Matthias Platzeck und vielen weiteren Ehrengästen. Die Pressestelle organisierte in enger Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Luckenwalde, dem Tourismusverband Teltow-Fläming, Mitarbeitern des Dezernates IV sowie der Stadt Baruth/Mark und vielen weiteren fleißigen Helfern die Einweihungsfeier in Petkus. Über

10.000 Besucher feierten an zwei Tagen die Fertigstellung des touristischen Highlights in der Reiseregion Fläming und im Land Brandenburg.

Im Zusammenhang mit der Bewerbung der FLAEMING-SKATE im Süden des Landkreises Teltow-Fläming fanden mehrere Veranstaltungen statt. So unterstützte die Pressestelle die Organisation der Präsentationen auf der ITB im März sowie zum Brandenburg-Tag in Neuruppin Anfang September, half beim Transport sowie Aufbau und betreute die Messe- und Informationsstände personell.

Am 08.09.2002 fand in Jüterbog/OT Werder die 2. Benefizveranstaltung an der Rad- und Skatestrecke mit und für Behinderte und Nichtbehinderte unter Schirmherrschaft der Gattin des Bundespräsidenten, Christina Rau, statt. Auch hier unterstützte die Pressestelle und das Büro des Landrates die Organisation der Veranstaltung und gestaltete und betreute einen Informationsstand zur FLAEMING-SKATE.

Ein weiterer Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit war auch im Jahr 2002 die Vertiefung und Pflege der partnerschaftlichen Beziehungen besonders zum ungarischen Komitat Szolnok. Regelmäßigen Kontakt hält das Büro des Landrates zu den Partnerregionen und zum Ministerium für Justiz und für Europaangelegenheiten.

Der Besuch einer offiziellen Delegation aus Szolnok und einer Tanz- und Springseiltanzgruppe aus Martfü anlässlich des Fläming-Frühlingsfestes im Mai in Dahme/Mark bildete im Jahr 2002 den Höhepunkt der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem ungarischen Komitat Szolnok. Für die Jugendlichen aus Martfü wurde eine Fahrt nach Berlin gemeinsam mit Jugendlichen aus Dahme/Mark organisiert. Auf dem Programm stand u. a. die Besichtigung des Reichstages. Von besonderem Interesse für die Vertreter der offiziellen Delegation waren Fragen der Tourismusförderung, wobei gerade dieses Fest eine gute Plattform für Gespräche bildete. Aus dem Amt Dahme kam nun das Signal, dass man an einer Partnerschaft zu einer ungarischen Kommune interessiert ist. Seitens des Landkreises wird dieses Anliegen unterstützt, indem der Landrat persönlich Gespräche mit dem Bürgermeister einer in Frage kommenden ungarischen Kommune geführt hat.

Im September 2002 fand in Szolnok ein Seminar über die Rolle von Städtepartnerschaften in der Europäischen Union statt, an dem von Seiten des Landkreises Teltow-Fläming der Geschäftsführer des Tourismusverbandes, Herr Heinemann-Grüder, mit einem Diskussionsbeitrag teilnahm.

Der Landrat begleitete die Delegation des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg im Oktober nach Budapest und in das Partnerkomitat Szolnok. Bei dieser Gelegenheit wurden u.a. Möglichkeiten einer weiteren Zusammenarbeit, wie Fachkräfteaustausche etc., besprochen. Durch den Ministerpräsidenten wurden offiziell die bisherigen Aktivitäten des Landkreises gewürdigt.

Im Ergebnis dieser Reise sind die Schulen erneut aufgerufen worden, partnerschaftliche Kontakte über das Internet zu ungarischen Schulen aufzubauen. Das Gymnasium Rangsdorf hat bereits zu einem ungarischen Gymnasium Kontakt per e-mail aufgenommen.

Die Anfang des Jahres durch den SICA-Verein Amstelveen initiierte Internetdiskussion, an der sich Schulen aus Ungarn, England, der Niederlande und Deutschland (Gymnasium Rangsdorf und Geschwister-Scholl-Schule Zossen) beteiligten, wurde mit einem Abschluss-treffen in Berlin erfolgreich zu Ende geführt.

Vom 06. bis 12.05.2002 fand in Berlin-Schönefeld die Internationale Luftfahrttausstellung ILA statt. Die Pressestelle und das Büro des Landrates unterstützte die Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Besitzgesellschaft – bei der Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Präsentation. Zahlreiche Besucher nutzten die Gelegenheit, um sich näher über den Flugplatz Schönhagen und den Luftfahrttechnologiepark sowie auch über den Landkreis Teltow-Fläming zu informieren. Es wurden zahlreiche Gespräche mit Firmen der Luftbranche sowie Freizeit- und Geschäftsfliegern, die Interesse an dem berlinnahen Standort Schönhagen bekundeten, registriert. Erstmals wurde der Flugplatz Schönhagen als Besucheranflugplatz ausgewiesen und ein Shuttleverkehr nach Berlin-Schönefeld organisiert. Auch hier halfen Mitarbeiter der Kreisverwaltung bei der Betreuung der Informationsstände und mit der Bereitstellung von Kraftfahrzeugen.

Auch im Jahr 2002 bestand seitens der Bürger des Landkreises großes Interesse, das neue Kreishaus und die Verwaltung ihres Landkreises näher kennenzulernen. Durch die Mitarbeiterinnen der Pressestelle und Mitarbeitern des Hauptamtes wurden zahlreiche Führungen, hauptsächlich von Schulklassen, Mitgliedern von Vereinen und Organisationen, aber auch Seniorengruppen organisiert und durchgeführt.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit war die Pflege und ständige Aktualisierung der Internet-Seiten des Landkreises Teltow-Fläming. Unter <http://www.teltow-flaeming.de> sind zum Beispiel ständig aktuell der Veranstaltungskalender, das Programm der Kreisvolkshochschule und die Amtsblätter für den Landkreis Teltow-Fläming abrufbar sowie Informationen zum Kreistag und zur Kreisverwaltung.

Die Pressestelle verfasste mehrere Grußworte für die unterschiedlichsten öffentlichen Veranstaltungen im Landkreis. Des Weiteren erfolgen Zuarbeiten für Verlagspublikationen sowie die Beantwortung von Bürgeranfragen, zum Beispiel zum Kreiswappen. Verstärkt gab es Anfragen zum Thema „Wohnen im Landkreis Teltow-Fläming“. Monatlich konnten ca. vier bis fünf Broschüren „Zuhause in Teltow-Fläming“ sowie weitere Informationsmaterialien zu einzelnen Gemeinden (verstärkt Ludwigfelde, Großbeeren, Rangsdorf, Mahlow und Blankenfelde) versandt werden.

Zahlreiche Anfragen gab es zur FLAEMING-SKATE. Die Mitarbeiterinnen der Pressestelle verschickten den Informations-Flyer sowie auf Anfrage das aktuelle kostenpflichtige Kartenmaterial zusammen mit einer Rechnung. Insgesamt wurden 52 Karten „Radfahren und Skaten im Landkreis Teltow-Fläming“ und 51 Minipläne vom Argon-Verlag im Einzelversand verschickt. Hinzu kam die Ausgabe von größeren Stückzahlen der Karten auf Kommissionsbasis z.B. an Touristinformationen. Zusätzlich wurden durch die Mitarbeiterinnen der Bürgerberatung insgesamt 226 Karten „Radfahren und Skaten im Landkreis Teltow-Fläming“ sowie 21 Minipläne verkauft.

## Dezernat I

Zum **Hauptamt** gehören die vier Sachgebiete Zentrale Dienste, Organisation, Automatisierte Datenverarbeitung (ADV) sowie Kreistag, Statistik und Wahlen.

Im Folgenden werden die Aufgaben des Sachgebietes Zentrale Dienste in Stichpunkten zusammengefasst:

- Vorbereitung der weiteren Nutzung des Hauptgebäudes Grabenstraße; Beräumung Erdgeschoss und Mitwirkung beim Umzug der Leitstelle sowie der Übergabe an die Polizei
- Mitwirkung bei der Vorbereitung des Umzuges des OSZ Luckenwalde, Standort Dahmer Straße, dessen Durchführung und Übergabe des Gebäudekomplexes an die Stadtverwaltung Luckenwalde
- Durchführung verschiedener Ausschreibungen und Vergaben zur Beschaffung von Büromaterial, Reinigungsmaterial, Hygienepapier, Kopier- und Kommunikationstechnik, Arbeitsschutzbekleidung, Formulare usw.
- Ausschreibung und Neuvergabe der Reinigungsleistungen in den Gymnasien Luckenwalde und Jüterbog sowie Überarbeitung der Reinigungsverträge für das Kreishaus mit der Zielstellung der Kostenminimierung
- Vorbereitung und Durchführung von Ausschreibungen zur Vergabe der Neuausstattung eines Teils des Fuhrparks der Kreisverwaltung (für das Straßenverkehrsamt, die Kreisstraßenmeisterei, das Umweltamt und Hauptamt)
- Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung verschiedener Veranstaltungen und Ausstellungen des Landkreises Teltow-Fläming
- Zur Verbesserung von Recherchearbeiten des Kreisarchivs wurden jeweils die letzten zehn Jahrgänge der Bundesgesetzblätter und der Ausgaben der MAZ gebunden.
- Mitwirkung bei der Konzentration der KVHS und der Verlegung der Sachgebiete Verkehrssicherheit und -lenkung sowie Ordnungswidrigkeiten des Straßenverkehrsamtes von Zossen und Jüterbog an den Hauptverwaltungssitz Luckenwalde
- Beginn der Umstellung der in der Verwaltung verwendeter Fachliteratur vom Papier auf CD

## *Sachgebiet Organisation*

Eine umfassende Bilanz zu den Arbeitsschwerpunkten des Sachgebietes Organisation ist im "Bericht über die Ergebnisse der Organisationsarbeit" (Drucksache 2-0795/02) gezogen worden. Auf weitere Ausführungen zu diesem Arbeitsbereich wird an dieser Stelle daher verzichtet. Diese Form der Berichterstattung wurde erstmalig gewählt.

Nicht näher wurde im o.g. Bericht auf die Vorbereitung und Erarbeitung eines Grundsatzbeschlusses zur Einführung von Verwaltungscontrolling eingegangen. Ausgehend von der derzeitigen Situation werden die Vorteile sowie die Notwendigkeiten des Verwaltungscontrolling zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unserer Verwaltung erläutert. Ferner beschreibt das Papier die verschiedenen Aufgaben und die damit verbundenen personellen und strukturellen sowie methodischen Voraussetzungen für die Einführung eines effektiven Verwaltungscontrolling.

Das Statistische Jahrbuch des Landkreises Teltow-Fläming 2001 konnte im ersten Halbjahr veröffentlicht werden. Es wurde intensiv an der Erschließung weiterer Datenquellen, wie z.B. landkreisinterner Wetterdaten, und damit an der Verbesserung der Aussagekraft der zukünftigen Jahrbücher gearbeitet.

## Wahlen und Abstimmungen

Die im September durchgeführten Bundestagswahlen wurden diesmal nicht federführend im Landkreis Teltow-Fläming durchgeführt, sondern aufgrund der Neueinteilung der Wahlkreise von Brandenburg, Potsdam und Lübben aus organisiert. Die zuständigen Kreiswahlleiter erhielten dennoch zahlreiche unterstützende Leistungen.

Als ständige Aufgabe wurden die Kommunen bei Bedarf in kommunalwahlrechtlichen Angelegenheiten beraten (z.B. Bürgermeisterwahlen). Erste Arbeiten liefen hinsichtlich der bevorstehenden Kommunalwahl 2003 an.

## Kreis- und Verwaltungsarchiv

Durch das Archiv begann die Überarbeitung bzw. Neuerstellung der Aktenpläne und Verzeichnisse in Zusammenarbeit mit den Ämtern.

Die "Archivbibliothek" wurde weiter aufgearbeitet und über das Archivprogramm DAVID zugänglich gemacht. Weiterhin begann die Sichtung des Bestandes F (Bauakten der Altkreise Zossen und Jüterbog 1952 – 1993) und die damit verbundene Eingabe in das Archivprogramm.

Im Berichtszeitraum konnten 130 lfm Akten archiviert und 50 lfm kassiert werden.

Insgesamt wurden 1.200 Anfragen bearbeitet, davon

- 10 Benutzungsanträge für wissenschaftliche und historische Forschungen
- 236 Akteneinsichten und Auskunftersuchen von Bürgern
- 110 Amtshilfe- und Auskunftersuchen von Behörden/Institutionen
- 220 Recherchen für ehemalige NS-Zwangsarbeiter



Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurden zehn Führungen durch unser Archiv organisiert und durchgeführt.

### Sachgebiet Automatisierte Datenverarbeitung (ADV)

Im Dezember des Jahres 2002 konnte das Storage Area Network – Projekt (SAN-Projekt) der Kreisverwaltung in Zusammenarbeit mit der Bechtle AG und der Fujitsu Siemens Computers GmbH erfolgreich abgeschlossen werden. Das Projekt beinhaltet die Konsolidierung und Modernisierung von Serverlandschaft, Datenhaltung und Datensicherung in der Automatisierten Datenverarbeitung (ADV) unserer Einrichtung, welche damit auf den derzeitigen Stand in der ADV-Technik gebracht und zukunftsorientiert ausgerichtet wird. Es sind jetzt unter anderem Windows 2000 Active Directory zur Benutzerverwaltung und ein zentralisiertes LAN-freies Backup eingesetzt. Zur Datenhaltung stehen 550 GByte-Plattenkapazität bereit, die jederzeit ausbaufähig sind. Die Projektkosten beliefen sich auf etwa 450.000 €, die aus den Haushaltsmitteln 2001 und 2002 bereitgestellt wurden.

Im Zuge der weiteren Automatisierung von Verwaltungsverfahren wurden auch in 2002 zahlreiche neue Softwareprodukte zusammen mit den Fachämtern eingeführt oder upgedatet. Stellvertretend für diese Aktivitäten sollen hier genannt sein

- das Ratsinformationssystem SESSION als umfassende internetfähige Lösung für die Gestaltung, Organisation und Dokumentation von Sitzungen des Kreistages, der Kreis-ausschüsse und der Beigeordneten,
- das Content-Management-System CitySite zur Reorganisation des Internetauftrittes der Kreisverwaltung, der kreiseigenen Gesellschaften und des Intranets als schnelles und vielseitiges Informationsmittel für die Beschäftigten unserer Behörde,
- die Client-Server-Lösungen Profident und Profil C/S für das Landwirtschaftsamt zur Förderantragsbearbeitung,
- das Jugendhilfeprojekt SOPART für das Jugendamt,
- die Installation der PROBAUG-Module PRO Denkmal und PROBAUG/Kasse für die Untere Bauaufsichtsbehörde,
- das Stellenplanungs- und Stellenbewirtschaftungsprogramm KOMMBOSS im Hauptamt und Personalamt sowie
- der Programmkomplex Octoware im Gesundheitsamt.

Hinzuweisen ist noch auf die fast schon in Vergessenheit geratene aber trotzdem gelungene EURO-Umstellung zum Jahreswechsel 2001/2002 sowie auf die Bereitstellung neuer ADV-Technik und die Umverteilung vorhandener ADV-Technik (Personalcomputer, Drucker u. a.) im Hause, welche durchgängig mit neueren MS Office Versionen ausgerüstet wurden, um einen optimalen Arbeitsablauf in der Verwaltung zu Gunsten des Bürgers zu gewährleisten.

Aus dem **Personalamt** ist zu berichten, dass im Jahr 2002 insgesamt 63 Mitarbeiter aus dem Arbeitsverhältnis mit dem Landkreis Teltow-Fläming ausgeschieden sind.

Im Zeitraum vom 01.01.2002 bis 31.12.2002 wurden insgesamt 20 Auflösungsverträge wirksam, wovon in elf Fällen eine Abfindung nach dem bestehenden Sozialplan gezahlt wurde.

Gründe für das Ausscheiden der übrigen Mitarbeiter waren hauptsächlich die Inanspruchnahme der Altersrente und das Ende von Altersteilzeitarbeitsverhältnissen. Es wurde eine wirksame Kündigung seitens des Arbeitgebers ausgesprochen.

Weiterhin reduzierte sich das Personal der Kreisverwaltung durch den Übergang des Staatlichen Schulamtes zu Beginn des Jahres 2002 zum Land um 21 Mitarbeiter.

Im Gegensatz dazu wurden fünfzehn befristete und neun unbefristete Arbeitsverhältnisse geschlossen.

Zur Zeit befinden sich 60 Mitarbeiter in einem Altersteilzeit-Arbeitsverhältnis, wovon sich bereits 20 in der Ruhephase befinden.

Mit Stand 31.12.2002 sind

108	Beamte
734	Angestellte
39	Arbeiter
19	AZUBI
12	ZIVI

in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming beschäftigt.

Auch 2002 hat die Kreisverwaltung wieder Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. So wurden zur Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte vier und zur Ausbildung als Vermessungstechniker zwei Jugendliche eingestellt.

Das **Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt** nimmt durch seine unabhängig dem Gesetz unterliegende prüfende, feststellende und berichtende Tätigkeit zur Durchsetzung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit stets konkret und direkt Einfluss auf die Verwaltungen des Landkreises, der kreisangehörigen Ämter, Städte und Gemeinden sowie der Zweckverbände. Es unterstützt den Kreistag und seinen Rechnungsprüfungsausschuss bei der Lösung ihrer Kontrollpflichten und gibt den Vertretungskörperschaften der Städte und Gemeinden als Bewertungs- und Entscheidungshilfen fundierte und objektive Prüfungsaussagen über die haushaltsmäßige Zielerreichung.

Im Rahmen der durch Gesetz gewährleisteten Weisungsfreiheit und Unabhängigkeit von den allgemeinen Verwaltungsstrukturen konzentriert sich die Prüfungstätigkeit auf die Einhaltung und Durchsetzung der haushaltsmäßigen Ordnung und Rechtmäßigkeit sowie mit

zunehmenden Maße auf die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des Einsatzes der finanziellen Mittel.

Die Prüfungen werden im Rahmen von Stichproben durchgeführt und erstrecken sich auf den gesamten Bereich des kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen einschließlich der wirtschaftlichen Betätigung.

Im Bereich der örtlichen Aufgabenkomplexe erstreckte sich die Tätigkeit vor allem auf

- die Prüfung der Jahresrechnungen 2001, als Voraussetzung für die durch die Kreistagsabgeordneten, Stadtverordneten und Gemeindevertretungen zu fassenden Beschlüsse über die Jahresrechnung und die Entlastung;
- die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und zahlungsbegründenden Unterlagen;
- die Prüfung der Einhaltung des formstrengen Ausschreibungsverfahrens sowie
- die Prüfung der Verwaltungsvorgänge und Entscheidungen der delegierten Sozialhilfeaufgaben.

In die Prüfungen wurden 13 Fachämter, zwei Einrichtungen und zwei Beteiligungen der Kreisverwaltung, sechs Ämter, drei amtsfreie Städte und Gemeinden sowie ein Zweckverband der Wasserver- und Abwasserentsorgung einbezogen.

In insgesamt 24 Fällen wurden die Auftragsvergaben für Lieferungen und Leistungen in der Kreisverwaltung mit einem Gesamtwert in Höhe von 4.433.183 € und in sieben Fällen der vorgesehene Abschluss von Architekten- und Ingenieurverträgen mit einem Wertumfang in Höhe von 513.705 € entsprechenden Prüfungen unterworfen.

Die durch Gesetz vorgegebenen Pflichtaufgaben konnten vollständig gelöst werden.

Des Weiteren unterstützte das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt das Sozialamt bei der Wahrnehmung ihrer eigenen Kontrollaufgaben. So wurden in enger Zusammenarbeit mit dem Sozialamt die Spitzabrechnungen aus der delegierten Sozialhilfe untersucht.

Neben den örtlichen Prüfungen in den Kommunen gemäß § 114 Gemeindeordnung Brandenburg wurden 2 Sonderprüfungen sowie überörtliche Prüfungen nach § 116 Gemeindeordnung, die im Auftrag des Landesrechnungshofes wahrgenommen werden, durchgeführt.

Schwerpunkte der Prüfungen waren u.a.

- die ordnungsgemäße und zweckgebundene Inanspruchnahme von Zuweisungen des Bundes, des Landes und des Landkreises
- Einhaltung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie
- die Einhaltung von Gesetzen und die zur Erfüllung von Aufgaben ergangenen Weisungen.

Die in den verschiedensten Verwaltungsbereichen durchgeführten Prüfungen endeten nicht nur mit kritischen Bemerkungen, sondern es wurde auch besonderer Wert darauf gelegt, Hinweise über Ursachen für das Entstehen von Unregelmäßigkeiten sowie ihre Wirkung innerhalb des Verfahrensablaufes zu geben und gleichzeitig Vorschläge bzw. Empfehlungen für Veränderungen zu unterbreiten.

Im März 2002 wurde die Jahresrechnung 2001 durch die **Kämmerei** aufgestellt und durch den Landrat festgestellt. Dabei schloss der Verwaltungshaushalt mit einem Fehlbetrag von 2.130.216,97 DM ab. In der allgemeinen Rücklage wurde keine Veränderung im Bestand vorgenommen.

Die Gesamtverschuldung des Landkreises lag am 01.01.2002 bei 6.394,7 T€. Der Betrag unterteilt sich in 2.683,8 T€ für freie Kredite und 3.711,0 T€ für Landesdarlehen. Bürgschaften existieren für zwei Unternehmen in Höhe von 79,8 T€.

Im März 2002 verabschiedete der Kreistag die Haushaltssatzung 2002. Der Haushaltsplan 2002 wurde mit einem Gesamtvolumen von 144.214.500 € ausgeglichen aufgestellt. In der Satzung wurde eine Kreditaufnahme in Höhe von 1.943.000 € für die Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft beschlossen.

Im Haushaltsjahr 2002 konnten folgende Baumaßnahmen weiter geführt werden:

- Gymnasium Rangsdorf, Turnhalle
- Schule für geistig Behinderte in Groß-Schulzendorf, Turnhalle
- Oberstufenzentrum Luckenwalde, An der Stiege, Umbau und Rekonstruktion
- Rad- und Skateweg FLAEMING-SKATE

Für Kreisstraßen, Brücken und Radwege des Landkreises wurde ein Zuschuss von insgesamt 3.090.100 € eingeplant. Im Haushaltsjahr 2002 erhielt der Landkreis Zuweisungen für den § 17 GFG in Höhe von 5.753.600 €. Davon wurden 1.726.100 € an die Gemeinden ausgereicht.

Über § 21 GFG erhielt der Landkreis Zuweisungen in Höhe von 7.130.500 €. Aus diesen Mitteln gingen 4.991.400 € an die Gemeinden.

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung mit einem Gesamthaushaltsvolumen von 145.103.800 € wurde im Oktober 2002 aufgestellt und festgestellt.

Im Jahr 2002 wurden acht Grundstücke zum Verkauf ausgeschrieben. Der Vertragsabschluss erfolgte bisher für zwei Grundstücke. Von den im Zeitraum 2002 abgeschlossenen Grundstücksverträgen konnte bisher ein Vertrag kassenwirksam umgesetzt und weitere vier Verträge aus 2001 beendet werden, die einen Verkaufserlös von insgesamt 391.083,60 € erzielten.

Der Landkreis erwarb im Jahr 2002 13 Grundstücke. Es handelt sich hierbei überwiegend um Flächen für den Straßen- und Radwegebau als auch für den Rad- und Skateweg sowie um ein Gartengrundstück am Kreishaus in Luckenwalde.

Bei Mieten und Pachten werden 50 Verträge bearbeitet. Durch Mieter wurden im Jahr 2002 vier Verträge gekündigt. Gleichzeitig konnten zwei neue Mietverträge abgeschlossen werden.

Zum Bau des Rad- und Skateweges wurden die Eigentümer angeschrieben und Bauerlaubnisverträge abgeschlossen. Schwerpunkt bildeten dabei die Streckenabschnitte im Bereich der Stadt Jüterbog, der Gemeinde Niedergörsdorf und der Bereich des Amtes Dahme/Mark.

Fünf Verträge wurden bereits zum Ankauf der Flächen von privaten Eigentümern geschlossen, da diese auf den Abschluss eines Kaufvertrages vor Baubeginn bestanden.

Neben diesen Bauerlaubnisverträgen wurden Duldungsvereinbarungen im ersten Bauabschnitt mit ca. 27 privaten Eigentümern und 46 Verträge mit Gemeinden zur Inanspruchnahme von Flächen für Ausgleichsmaßnahmen wie Hecken- oder Alleebepflanzungen abgeschlossen. Im zweiten Bauabschnitt wurden 31 Duldungsvereinbarungen geschlossen. Ein Kaufvertrag über 15 Flurstücke wurde mit der BVVG vor Baubeginn über die benötigten Flächen getätigt.

Weiterhin wurden 16 Zusatzerklärungen mit Eigentümern über diverse Grundstücke im Bereich Schöbendorf getätigt, da die Baumaßnahme des Rad- und Skateweges in das Verfahren der Flurneuordnung einbezogen und ein Geldausgleich gefordert wurde.

Alle Vollstreckungsfälle sind elektronisch erfasst, sodass derzeit die Daten von ca. 12.300 Schuldnern gespeichert sind.

Der Trend, dass viele der aufgesuchten Schuldner zahlungsunfähig sind bzw. nur durch Ratenvereinbarungen die offenen Forderungen bedienen können, hält nach wie vor an. Dies verdeutlicht vor allem die steigende Anzahl von abgelegten eidesstattlichen Versicherungen. Die Barzahlungen an die Vollziehungsbeamten im Außendienst sind als rückläufig zu beurteilen.

Durch Erhöhung der Effizienz konnten die entstandenen Überhänge aus der Ablehnung der Amts- bzw. Vollstreckungshilfe von Ämtern und Gemeinden des Landkreises in diesem Jahr abgebaut werden.

Die Aufgaben des **Rechtsamtes** im Berichtszeitraum verteilten sich auf folgende Aufgabenschwerpunkte:

➤ Prozeßtätigkeit für den Landkreis

Die Anzahl der im Berichtszeitraum neu anhängig gemachten Verfahren ist gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Dabei ist die Anzahl der verwaltungsgerichtlichen Verfahren annähernd konstant. Neue Verfahren vor dem Arbeits- und Sozialgericht gab es im Berichtszeitraum hingegen nicht.

Hervorzuheben ist die Beendigung zweier Verfahren zwischen dem Land Brandenburg und dem Landkreis wegen Zinsforderungen des Landes aus nicht alsbaldiger Verwendung gewährter Fördermittel. Durch gerichtlichen Vergleich konnte erreicht werden, dass der Landkreis ca. 100.000 DM weniger an das Land zahlen muss, als gefordert wurden.

Im übrigen hat sich an der durchschnittlichen Dauer der verwaltungsgerichtlichen Verfahren auch im Jahr 2002 nichts geändert. Die Verfahrensdauer liegt im Durchschnitt immer noch bei vier Jahren.

➤ Rechtliche Beratung der Dezernate und Ämter

Der Arbeitsanfall hält sich hier im Rahmen der Vorjahre.

➤ Dienstaufsichtsbeschwerden und Petitionen

Die Anzahl der eingegangenen Beschwerden ist gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben. Die meisten Beschwerden richteten sich gegen Mitarbeiter des Jugendamtes, Straßenverkehrsamtes und Sozialamtes (in dieser Reihenfolge).

➤ Versicherungsangelegenheiten

Insgesamt betrachtet hat sich die Fallzahl der Neuzugänge entsprechend der sich bereits im vergangenen Jahr abzeichnenden Tendenz auf dem Vorjahresniveau eingepegelt. Von dieser grundsätzlichen Entwicklung gibt es jedoch Abweichungen:

Während Dienstreisekasko- und Schülersachschäden im Berichtszeitraum weiter zurückgingen, stiegen im Bereich der Kasko- und Gebäudeschäden die Fallzahlen drastisch an. Sowohl bei den Kaskofällen als auch den Gebäudeschäden hat sich das Schadensvolumen um mehr als das Doppelte bzw. Dreifache erhöht, wobei die Schadenzahl in der Gebäudeversicherung auf die wiederholten und z.T. heftigen Stürme im Verlaufe des Jahres zurückzuführen sind.

Erfreulicher Weise konnte die Zahl der Einbruch/Diebstahl-Fälle weiter gesenkt werden, was nicht zuletzt auf die nunmehr fast lückenlose Ausstattung der Schulen mit Einbruchmeldeanlagen zurückzuführen ist. Ebenso macht sich die Ausstattung der stationären Geschwindigkeitsmessanlagen mit Alarmanlagen positiv bemerkbar.

Die in der Vermögenseigenschadenversicherung gemeldeten Schäden gestalten sich sehr komplex und deren Durchsetzung als äußerst schwierig.

**Neu ist die Durchsetzung eines Haftungsanspruches gegenüber einem Bauunternehmen bzw. dessen Versicherung infolge positiver Vertragsverletzung, die sich sehr umfangreich und kompliziert erweist. Nach Stand der Dinge ist es nicht auszuschließen, dass es hier des Klageweges bedarf, um die Interessen des Landkreises durchzusetzen.**

*Statistikübersicht*

		2001	2002
1.	<i>Gerichtsverfahren</i>	125	107
	Verwaltungsgericht	114	103
	Arbeitsgericht	1	
	Zivilgericht	9	4
	Sozialgericht	1	-
	Strafsachen	-	-
2.	<i>Dienstaufsichtsbeschwerden</i>	44	45

3.	<i>Petitionen</i>	4	5
4.	<i>Beratung der Dezernate (gesamt)</i>	139	152
	<i>Dezernat I</i>	62	56
	<i>Dezernat II</i>	25	22
	<i>Dezernat III</i>	43	60
	<i>Dezernat IV</i>	9	14

Gesamtbearbeitung von Versicherungsfällen im Jahr 2002

anhängige Schadenersatzklagen	9
hausinterne versicherungsrechtliche Stellungnahmen	3
bearbeitete Schadensfälle insgesamt	149
Versicherungsleistungen insgesamt	108.228,44 €

Das Haushaltsvolumen für das Jahr 2002 ist im Vergleich zum Vorjahr um 31.500 DM (= 16.105,69 €) gesunken.

➤ Kommunalaufsicht (Sachgebiet mit Sondercharakter)

Für die Städte und Gemeinden des Landes Brandenburg endete am 31. März 2002 die Frist, auf freiwilliger Basis neue Gemeindestrukturen auf der Grundlage der Leitlinien der Landesregierung zu schaffen, die der Landtag zur Grundlage der Reform erklärt hat. Im Landkreis Teltow-Fläming hat sich seit der Kreisgebietsreform im Jahre 1993 bis 2000 die Anzahl der selbstständigen Kommunen auf freiwilliger Basis von ursprünglich 139 auf 78 reduziert. Seit In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Reform der Gemeindestruktur und zur Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden im Land Brandenburg am 16.03.2001 bis zum Ende der Freiwilligkeitsphase haben weitere 24 Gemeinden ihre Selbstständigkeit aufgegeben.

Die Mitarbeiter des Sachgebietes Kommunalaufsicht haben die Gemeinden bei der Vorbereitung der zu schließenden Verträge und zu treffenden Entscheidungen der Gemeindevertretungen bei der Erarbeitung der Haushaltspläne der neu strukturierten Gemeinden sowie der Anpassung ihres Ortsrechtes und der Bildung von Ortsteilen beratend begleitet. Nach Abschluss der Freiwilligkeitsphase oblag dem Sachgebiet eine umfangreiche Sachverhaltsermittlung (zur Raum- und Siedlungsstruktur, zentralörtlichen Gliederung, Infrastruktur, Verwaltungsstruktur, Haushaltswirtschaft, zu gemeindlichen Beziehungen und Partnerschaften) für die nunmehr erforderlichen gesetzlichen Neugliederungen, um das Reformvorhaben der Landesregierung nach Entscheidung durch den Landesgesetzgeber zu einem erfolgreichen Abschluss bringen zu können. Bürger, die von den gesetzlich vorgesehenen Gemeindestrukturänderungen betroffen werden, hatten sowohl in den kommunalen Verwaltungen vor Ort als auch in der Kreisverwaltung Gelegenheit, sich zu den einzelnen Vorhaben zu äußern. Von der Möglichkeit der Anhörung in der Kreisverwaltung haben Bürger nur in einzelnen Fällen Gebrauch gemacht.

Den Städten und Gemeinden fällt die Wahrnehmung der ihnen obliegenden Selbstverwaltungsaufgaben u. a. aufgrund der sich insgesamt verschlechternden Finanzausstattung einerseits und der steigenden Belastungen andererseits zunehmend schwer. Dies hat zur Folge, dass elf der 43 per 31.12.2001 selbstständigen Gemeinden des Landkreises (darunter eine amtsfreie Gemeinde) für das Haushaltsjahr 2002 ihre Verwaltungshaushalte nicht ausgleichen konnten und deshalb verpflichtet waren, Haushaltssicherungskonzeptionen zu erstellen und darin konkrete Konsolidierungsmaßnahmen und Fristen zur Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs verbindlich zu beschließen. Die Konzeptionen unterliegen der kommunalaufsichtlichen Genehmigungspflicht. Die Mitarbeiter des Sachgebietes Kommunalaufsicht beraten die Ämter und Gemeinden bei Bedarf über Möglichkeiten zur Reduzierung von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmepotentialen. Trotz mehrfachen Haushaltsgesprächen konnten die Haushaltssicherungskonzeptionen für zwei Gemeinden im Haushaltsjahr 2002 nicht genehmigt werden, weil die Erfüllung der Voraussetzungen für deren Genehmigung nicht nachgewiesen werden konnte. Die Gemeinden unterliegen mithin in ihrer Haushaltsdurchführung den besonderen Beschränkungen der vorläufigen Haushaltsführung nach § 80 GO.

Die beabsichtigte Übertragung der Aufgaben der Wasserver- und Abwasserentsorgung der Stadt Trebbin (Ortsteil Trebbin) und der Gemeinde Wünsdorf (OT Waldstadt) auf den Zweckverband KMS Zossen konnte bisher nicht umgesetzt werden. Beide Aufgabenträger sind zunächst aufgefordert, u. a. ein kaufmännisches Rechnungswesen aufzubauen, um die Voraussetzungen für eine Entscheidung über ihre künftige Organisationsform zur optimalen Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben treffen zu können. Strukturveränderungen werden deshalb kaum vor 2004 wirksam werden können.

Die noch ausstehende Prüfung über das rechtmäßige Zustandekommen des Zweckverbandes WABAU in Baruth/Mark nach dem Gesetz zur Stabilisierung der Zweckverbände für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung konnte 2002 im Wesentlichen abgeschlossen werden. Der entsprechende Bescheid wird nach Anhörung der Beteiligten zu Beginn des Jahres 2003 erlassen. Für alle Verbände des Landkreises konnte ein rechtswirksames Zustandekommen festgestellt werden.

Die Mitarbeiter des Sachgebietes waren des Weiteren mit der Prüfung von Haushaltssatzungen der Ämter und Gemeinden und Wirtschaftsplänen der Aufgabenträger sowie der Prüfung der formellen und materiellen Rechtmäßigkeit sonstiger Satzungen der Gemeinden und Zweckverbände befasst. Einen relativ großen Umfang nehmen auch die Vorabprüfungen von beabsichtigten Vertragsabschlüssen der Gemeinden mit Dritten hinsichtlich der Wahrnehmung gemeindlicher Interessen, der Rechtmäßigkeit und einer möglichen Genehmigungsfähigkeit sowie die Bearbeitung von Fördermittelanträgen in den Bereichen der Städtebauförderung, des landwirtschaftlichen Wegebbaus und der Wasserver- und Abwasserentsorgung ein. Die Prüfung der Rechtmäßigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen bei der Gründung von Eigenbetrieben und privatrechtlich organisierten Unternehmen oder der Beteiligung an solchen Unternehmen und der in diesem Zusammenhang geschlossenen Verträge gehörten ebenfalls zum Tätigkeitsspektrum des Sachgebietes. Auch die Veräußerung von Gemeindevermögen unterliegt unter bestimmten Voraussetzungen einem Genehmigungserfordernis durch die Kommunalaufsichtsbehörde.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die seit Februar 2000 währende Abordnung des Rechtsamtsleiters letztmalig bis zum 31.12.2002 verlängert wurde.



## Dezernat II

Im Kernbereich des **Amts zur Regelung offener Vermögensfragen (ARoV)** sind nach deutlich verlangsamtem Personalabbau im Verlauf des Jahres 2002 derzeit (Stand: Januar 2003) noch 12,3 Stellen mit Mitarbeitern besetzt. Die dem ARoV zugeordnete Grundstücksverkehrsstelle beschäftigt sechs Mitarbeiter; bei der Abteilung für gesetzliche Vertreterbestellungen wird ein Volumen von 1,3 Stellen durch Mitarbeiter ausgefüllt. Das Abordnungsprogramm von Mitarbeitern zum Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (LARO) in Waldstadt wurde mit sechs Personen weitergeführt. Die zum August 2002 auslaufende Abordnungsvereinbarung wurde um ein Jahr bis August 2003 verlängert.

Ein erstes Gespräch mit Vertretern des LARO über eine Schließung des ARoV's fand im Januar 2002 statt. Gegenstand war u.a. die einem hypothetischen Schließungstermin derzeit zugrundezulegenden tatsächlichen Erledigungen. Als Folge der intensiven Erörterungen wurde die Zahl der dem Land als gemeldeten Vermögenswerte anhand der amtsinternen Bearbeitungslisten nochmals überprüft und sodann korrigiert. Die im März des lfd. Jahres erfolgte Prüfung der Korrektur durch Vertreter der Fachaufsicht führte zur Übernahme der neuen Zahlen in die offizielle Landesstatistik, die nachfolgend aufgeführt werden. Weitere Gespräche über Schließung haben dann im Verlauf des Jahres nicht mehr stattgefunden und sind derzeit auch nicht angekündigt (Stand: Ende Januar 2003).

Der Schnitt der vermögensrechtlichen Erledigungen lag im Verlauf des Jahres zwischen fünf und sechs Vermögenswerten pro Mitarbeiter, zwar nicht immer genug für Personalüberleitungshilfen des Landes - angesichts der massiven Umstrukturierungen im Amt während der letzten Jahre - aber ein durchaus akzeptables Ergebnis. Gleiches gilt für das immer noch sehr stark belastete Negativattestsachgebiet: Hier traf der Personalabbau besonders hart. Die verbliebenen Mitarbeiter konnten durch Rationalisierung der Arbeitsabläufe und Mobilisierung aller verbliebenen personellen Kapazitäten des Amtes die Flut von Neu- und Aktualisierungsanfragen dennoch bewältigen.

Die Stelle für gesetzliche Vertreterbestellungen hat ab Mitte des Jahres alle im Zusammenhang mit ehemals staatlichen Verwaltungen dort aufgekommenen Grundstücke (ca. 700 Flurstücke) dem Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen zwecks Einleitung des Aufgebotsverfahrens zugunsten des Entschädigungsfonds gemeldet. Damit verbindet sich die Hoffnung, dass die nach wie vor große Zahl der Grundstücke im Landkreis, bei denen trotz Recherchen nach den im Grundbuch eingetragenen Eigentümern kein Ansprechpartner ermittelt werden konnte, demnächst einer Verwertung zugeführt werden. Bereits im letzten Jahr war im übrigen zu der im Landkreis praktizierten Vorgehensweise bei vom Land beanspruchten ehemaligen Bodenreformgrundstücken berichtet worden. Die hier zum gesetzlichen Vertreter bestellte Serviceagentur Teltow-Fläming hat auch im Verlauf dieses Jahres in der Mehrzahl der Fälle durchaus Ansprechpartner gefunden, die als Erben ehemaliger Bodenreformereigentümer im Landkreis und außerhalb des Landkreises in Betracht kommen.

Die Stelle für Grundstücksverkehr recherchierte bei gleichbleibenden Eingangszahlen in diesem Jahr eigenständig in den Datenbanken des gesamten Amtes und entlastete so das personell stark geschrumpfte Negativattestsachgebiet des ARoV-Kernbereichs. Voraussetzung hierzu war die informationstechnische Einbindung aller Mitarbeiter, u.a. mit neukonzipierten Datenbankstrukturen, Abfragemasken und entsprechender Einarbeitung.

Es gelang im Jahr 2002 auch, ein hausinternes Intranet mit Anbindung an das Kataster- und Vermessungsamt und das Intranet der Kreisverwaltung einzurichten. Hintergrund dieses Projekts war die amtsinterne Umsetzung der Idee einer datenbankgestützten Internetanwen-

dung, die bei Schließung des Amtes alle dann noch offenen Vermögensfragen im Landkreis für interessierte Stellen abrufbar macht. Die jetzt als Intranet zu Schließungsinventur konzipierte Lösung könnte auch für das Land insgesamt interessant werden, weswegen diese Bemühungen auch seitens des Landesamts unterstützt wurden.

*Statistikübersicht*

Stand: 31. Dezember 2002

1.	Anzahl der vermögensrechtlichen Anträge incl. Anträge auf Einräumung von Vorkaufsrechten (zählbar nach LARoV-Statistik):	
	Anträge	17.440
	Ansprüche	42.585
	beschiedene und zurückgenommene Ansprüche	40.943
	Erledigung in Prozent	96,14
2.	Anzahl der Vermögenswerte (i.d.R. Flurstücke), zu denen Auskunftersuchen (Anträge auf Negativattest) vorliegen	
	Anfragen	119.013
	Auskünfte	113.879
	Erledigung in Prozent	95,69
	Differenz Anfragen/Erledigung	5.134
3.	Widersprüche	2.649
4.a)	anhängige Verwaltungsgerichtsverfahren	220
4.b)	abgeschlossene Verwaltungsgerichtsverfahren	449
5.	Stelle für Grundstücksverkehr	
	erfasste Anträge	30.279
	davon Neueingänge 2002	1.590
	Erledigungen	25.190
	Erledigung in Prozent	83,19
6.	Vertreterbestellungen	
	Anträge	3.399
	davon Neueingänge 2002	29
	Erledigungen	2.669
	Erledigungen in Prozent	78,52

Das **Ordnungsamt**, ein weiteres Amt im Dezernat II, ist in drei Sachgebiete gegliedert, deren Aufgaben im Folgenden dargestellt werden.

### Sachgebiet 32.1 - Allgemeine Sicherheit und Ordnung

#### *Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden, Aufgaben als Kreisordnungsbehörde*

Schwerpunkt der Arbeit ist hier die Anleitung der örtlichen Ordnungsbehörden in Abstimmung mit anderen Fachämtern des Hauses. Es fanden Beratungen mit den Ordnungsamtsleitern, mit den Mitarbeitern der örtlichen Ordnungsbehörden für das Meldewesen und den Gewerbebereich statt.

Verstärkt sind Fach- bzw. Dienstaufsichtsbeschwerden über die Arbeitsweise einiger örtlicher Ordnungsbehörden, die durch Bürger bzw. das Innenministerium an uns herangetragen worden sind, zu prüfen und auszuwerten. 23 Widersprüche, die gegen Verfügungen von Ämtern, Städten und Gemeinden gerichtet waren, sind bearbeitet worden.

Genehmigungen zur Durchführung von Lotterien nach dem Lotteriegesetz wurden im Jahr 2002 elf erteilt. Bei Bußgeldverfahren nach dem SGB XI - hier im Bereich der Pflegeversicherung - sind insgesamt 136 Vorgänge bearbeitet worden. Bisher wurden insgesamt 283 Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange abgegeben.

#### *Untere Jagd- und Fischereibehörde*

Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es aktuell 861 Jagdscheininhaber, davon 40 Ausländer mit Tagesjagdscheinen. Insgesamt gibt es im Kreisgebiet 238 Jagdbezirke, davon 172 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 34 Eigenjagdbezirke, 32 Verwaltungs- und Bundesforstjagdbezirke. Es gibt zwei Hegegemeinschaften für Rotwild, eine Hegegemeinschaft für Damwild und eine weitere gemischte Hegegemeinschaft jeweils mit Muffelwild und Dammwild.

238 Abschusspläne wurden bearbeitet und bestätigt bzw. festgesetzt. Gefördert und unterstützt wurde die Planung in Gruppenabschussplänen. Vier Hegeschauen der Hegegemeinschaften sind als Pflichttrophäenschauen anerkannt worden.

Die Zusammenarbeit mit dem Kreisjagdverband wurde intensiviert und die Arbeit mit dem neu berufenen Kreisjagdbeirat erfolgreich weitergeführt. Im Jahr 2002 absolvierten von 21 Teilnehmern der jährlich durchzuführenden Jägerprüfung zehn diese mit Erfolg. In Zusammenarbeit mit dem Kreisjagdverband ist die Jägerprüfungskommission geschult worden.

Die Arbeit mit den Jagdvorständen der Jagdgenossenschaften wurde kontinuierlich weitergeführt. Den Jagdgenossenschaften ist bei der Bewältigung der Probleme, die sich aus der Gemeindegebietsreform ergaben, Hilfe und Unterstützung gewährt worden. Wildschadenschätzer wurden neu berufen und geschult.

87 Stellungnahmen aus jagd- und fischereilicher Sicht zu Bauvorhaben im Außenbereich und zu beabsichtigten naturschutzrechtlichen Unterschutzstellungen sind abgegeben worden.

2002 sind insgesamt 1.171 Fischereischeine A neu erteilt bzw. verlängert worden, davon 664 Jugendfischereischeine. 19 Fischereischeine B wurden für Berufsfischer ausgestellt.

Derzeit gibt es 56 ehrenamtliche Fischereiaufseher. Durch die engagierte Mitarbeit dieser Fischereiaufseher mussten 2002 nur neun Bußgeldverfahren wegen des Verstoßes gegen das Fischereigesetz eingeleitet werden.

Besonders hervorzuheben ist die in den vergangenen Jahren zwischen den Fischereiaufsehern und der Naturwacht Stücken im Naturpark "Nuthe-Nieplitz" vereinbarte und erfolgreich praktizierte gemeinsame Informations- und Kontrolltätigkeit. Alle Fischereiaufseher werden mindestens einmal jährlich durch die untere Fischereibehörde geschult.

2002 wurden drei Anglerprüfungen mit insgesamt 136 Prüflingen durchgeführt, wovon lediglich 22 Anwärter die Prüfung nicht bestanden haben.

Ein Fischereibezirk konnte gebildet werden, für einen weiteren Fischereibezirk laufen die Vorbereitungen. Vier Hegepläne wurden zur Genehmigung bearbeitet. Der Fischereibeirat ist neu berufen.

#### *Versicherungsbehörde*

Durch die zwei Mitarbeiterinnen wurden im Jahr 2002 1.396 Anträge auf Altersrente, Anträge auf Überführungen der Zusatzversorgungsanwartschaften (z. B. Altersversorgung der technischen Intelligenz, Altersversorgung für Mitarbeiter im Staatsapparat usw.), Erwerbsminderungsrenten, Hinterbliebenenrenten entgegengenommen sowie andere Anträge, beispielsweise auf Versorgungsausgleich, Neuberechnungen von Renten sowie auch Leistungen zur Rehabilitation an die jeweiligen Versicherungsträger weitergeleitet.

#### *Kriegsgräberwesen*

Im Jahr 2002 wurden den Ämtern, Städten und Gemeinden des Landkreise durch den Bund 151.550,32 € für die Pflege und Instandsetzung der Kriegsgräber erstattet. Außerdem konnten für die Instandsetzung der sowjetischen Kriegsgräberstätte in Glasow und der OdF-Anlage in Großbeeren Zuwendungen von insgesamt 176.145,00 €, teilweise aus Bundesmitteln bzw. aus Landesmitteln, zur Verfügung gestellt werden.

Für die Instandsetzung des Ehrenfriedhofs Zehrendorf (Waldstadt/Wünsdorf) erhielt die Gemeinde für die Jahre 2002, 2003 und 2004 eine Zusage für eine Zuwendung von insgesamt 303.000,00 €. Weitere Kriegsgräberanlagen in den Kommunen konnten mit Bundesmitteln neu gestaltet werden, wie beispielsweise in Baruth/Mark, Klein Ziescht, Zossen, Kummersdorf-Alexanderdorf, Blönsdorf, Ilmersdorf und Neuhof (Stadt Jüterbog). Auf dem Stalag-Friedhof in Luckenwalde wurde ebenfalls aus Bundesmitteln die Sanierung des Gedenksteins finanziert.

#### *Unabkömmlichstellungs-Angelegenheiten*

2002 wurden bisher insgesamt 46 Gesuche von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft auf Unabkömmlichstellung von Mitarbeitern gemäß § 13 Wehrpflichtgesetz bzw. § 16 Zivildienstgesetz gestellt. Durch die qualifizierte Bearbeitung und ein gutes Zusammenwirken mit den Wehrrersatzbehörden in Potsdam, Berlin und Cottbus sowie mit der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer Potsdam konnte auch in diesem Jahr erreicht werden, dass alle gemäß der UK-VO von uns eingebrachten Vorschläge positiv entschieden wurden.

### *Gewerbeangelegenheiten*

Der Schwerpunkt im Bereich Gewerbeangelegenheiten lag in der verstärkten Bekämpfung der Schwarzarbeit. Da im Jahr 2002 weitere Vertreter der für die Bekämpfung der Schwarzarbeit zuständigen Behörden für die regelmäßige Teilnahme an der Koordinierungsgruppe gewonnen werden konnten, konzentrierte sich die Zusammenarbeit in diesem Jahr auf die Durchführung gemeinsamer Kontrollen. Insgesamt vier Kontrollen wurden unter Beteiligung fast aller der Koordinierungsgruppe angehörenden Behörden durchgeführt. Verstärkt gab es gemeinsame Kontrollen mit der Handwerkskammer und Kreishandwerkerschaft, vor allem auch an Wochenenden.

Zunehmend erfolgen Einsprüche zu den Bußgeldbescheiden, die über die Staatsanwaltschaft an das zuständige Amtsgericht übergeben werden. Daher sind die Einnahmen für den kreislichen Haushalt deutlich rückläufig. Richterliche Entscheidungen zu den Bescheiden stehen noch aus.

Hinsichtlich der Ermächtigung zur Ausnahme erweiterter Öffnungszeiten im öffentlichen Interesse nach § 23 Ladenschlussgesetz (LSchlG) wurden 17 Anträge gestellt, die überwiegend positiv entschieden wurden.

Im Schornsteinfegerwesen ist die weitere Zunahme von Vollstreckungen auf Grund der verschlechterten Zahlungsmoral bei der Beitreibung von Schornsteinfegergebühren zu verzeichnen und die Kehr- und Überprüfungspflichten sind verstärkt durchzusetzen.

### *Sachgebiet 32.2 - Ausländer- und Personenstandswesen*

Per 31.12.2002 waren im Landkreis Teltow-Fläming 2.950 Ausländer gemeldet; davon waren 580 Asylbewerber.

Bis zum genannten Datum wurden 17 Personen ab- bzw. zurückgeschoben. Abschiebungen erfolgten in der Mehrheit wegen illegalem Aufenthalt, illegaler Erwerbstätigkeit und Prostitution. Nach wie vor ist die Mehrzahl der abgeschobenen Personen aus Osteuropa.

Im Bereich Asylwesen scheiterten die meisten Abschiebungen, da sich die abzuschiebenden Personen der Durchsetzung der Ausreisepflicht durch "Untertauchen" entzogen haben.

Bis 31.12.2002 fanden 45 Botschaftsvorfürungen zur Klärung der Identität von ausreisepflichtigen Ausländern statt. Nur in wenigen Fällen konnte die vom Ausländer angegebene Staatsangehörigkeit durch Befragung in der Botschaft bestätigt werden.

Es sind einige Entscheidungen im Klageverfahren des Verwaltungsgerichts zu den Altfallregelungen von 1999 zu erwarten.

Zunehmend war in diesem Jahr die Bearbeitung der Anfragen der Standesämter zur Feststellung der Voraussetzungen der deutschen Staatsangehörigkeit gemäß § 4 Abs. 3 des Staatsangehörigkeitsgesetzes der in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern durch die Ausländerbehörde.

An den Schulungen des Fachverbandes der Standesbeamten nahmen die Kolleginnen des Bereiches Personenstandswesen teil.

Bis zum 31.12.2002 wurden 28 Anträge auf Änderungen des Familiennamens sowie zehn Anträge auf Änderung des Vornamens nach dem Namensänderungsgesetz gestellt. Die meisten Anträge konnten entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen positiv beschieden werden.

Mehrere Anträge auf Einbürgerung konnten auf Grund der fehlenden wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht entgegengenommen werden. Gemäß § 9 StAG ist der Bezug von Arbeitslosenhilfe bzw. Sozialhilfe eines Ehegatten einbürgerungshindernd.

### Sachgebiet 32.3 – Brand- und Katastrophenschutz

Mit Stand 31.12.2002 wurden die Feuerwehren des Landkreises zu 622 Bränden und 2.090 technischen Hilfeleistungen gerufen. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres mussten damit 20 Brände mehr bekämpft und 861 Mal mehr zur technischen Hilfeleistung ausgerückt werden. Schwerpunkte bildeten die Stürme in den Monaten Januar, Juli und Oktober in unserem Landkreis sowie das Elbe- Hochwasser im August, wo 300 Kameraden mit 42 Fahrzeugen in Mühlberg und in der Prignitz im Einsatz waren.

Im Rahmen der kreislichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen wurden im Ausbildungsjahr 2002 in 21 Lehrgängen 394 Kameradinnen und Kameraden als Truppführer, Maschinist, Sprechfunker, Atemschutzgeräteträger sowie Grundtätigkeiten Technische Hilfe ausgebildet. Im Ergebnis konnte eine Lehrgangsauslastung von 94 % erreicht werden. Die Atemschutzübungsstrecke im Feuerwehrtechnischen Zentrum wurde von 551 Kameradinnen und Kameraden genutzt.

Der Kreisfeuerwehrverband des Landkreises wurde auch im Jahre 2002 bei der Ausrichtung der Kreismeisterschaften der Feuerwehren Ende Juni in Ludwigsfelde unterstützt. Aus 47 Feuerwehren des Landkreises nahmen 103 Männer-, Frauen-, Jugend- und Kindermannschaften an den Wettkämpfen teil.

Das bereits traditionelle Zeltlager der Jugendfeuerwehren im Juli am Körbaer See bei Dahme/ Mark, an dem 140 Jugendliche teilnahmen, erhielt eine Förderung von 6.200 €.

Durch das Feuerwehrtechnische Zentrum wurden auch im Jahre 2002 kostenfrei Wartungs- und Prüfarbeiten an

Anzahl	Geräte / Ausrüstung
958	Pressluftatmer
1.584	Atemschutzmasken
43	Chemikalienschutzanzüge
1.870	Pressluftflaschen
1.767	Druckschläuche
47	Tragkraftspritzen

durchgeführt.

## *Katastrophenschutz*

In der Ausbildung der Katastrophenschutzeinheiten wurde die Qualifizierung der Führungskräfte weitergeführt. Mitglieder des kreislichen Katastrophenschutzstabes absolvierten im März 2002 einen Lehrgang mit Übung an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr erfolgreich.

Im Rahmen der Abwehrmaßnahmen beim Elbe-Hochwasser kam die Brandschutzeinheit des Landkreises zwei Mal zum Einsatz. Am 15. und 16. August 2002 in Mühlberg, Landkreis Elbe-Elster und vom 21. bis 23. August 2002 in Wittenberge, Landkreis Prignitz. Der Betreuungszug des Landkreises war vom 16. bis 20. August 2002 ebenfalls in Mühlberg und danach vom 21. bis 25. August 2002 in Wittenberge. Neben diesen Katastrophenschutzeinheiten waren die Hilfsorganisationen und der Ortsverband Luckenwalde des THW und viele Kameraden aus den Feuerwehren auch auf Eigeninitiative im Hochwassergebiet um zu helfen.

Dem Landkreis wurden durch den Bund zwei ABC-Erkundungsfahrzeuge übergeben. Die Fahrzeuge werden in den Freiwilligen Feuerwehren Ludwigsfelde und Luckenwalde für den Landkreis vorgehalten. Die Ausstattung des bereits vorhandenen Dekontaminationsfahrzeuges wurde optimiert.

Durch die Beschaffung eines Einsatzfahrzeuges, welches als Führungsstelle für die technische Einsatzleitung zum Einsatz kommt, ist die Ausstattung mit Führungsmitteln im Bereich des Katastrophenschutzes im Landkreis verbessert worden.

## *Rettungsdienst*

Der Rettungsdienst wird durch den Eigenbetrieb des Landkreises durchgeführt.

Im Jahr 2002 wurde der Rettungsdienst zu 10.755 Notfällen gerufen. In 5.706 Fällen kam ein Notarzt zum Einsatz. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg der Leistungen zu verzeichnen. Die Anzahl der Krankentransportleistungen erhöhte sich auf 4.114. Im Rahmen der Ersatzbeschaffung wurden im Jahr 2002 zwei Rettungswagen und zwei Notarzteinsatzfahrzeuge erneuert.

Zum 1. Januar 2002 hat für Großschadenslagen der Organisatorische Leiter Rettungsdienst seine Tätigkeit aufgenommen. Gleichzeitig wurde ein zum Org.-Leiter-Fahrzeug umgebautes Fahrzeug in Betrieb genommen.

Im Zusammenhang mit der Schließung des Krankenhauses Zossen im Oktober 2002 sind die vertraglichen Vereinbarungen über die Durchführung der notärztlichen Versorgung neu geregelt und zum 13. November 2002 die Vorhaltung eines Notarztes auf der Rettungswache Zossen sichergestellt worden.

Die Leitstelle des Landkreises ist im September 2002 in das Kreishaus am Nutheflöß umgezogen. Sie wurde dabei auf den neusten technischen Stand gebracht und um einen Arbeitsplatz erweitert. Für die Neueinrichtung wurden ca. 420.000 € eingesetzt.

Im ***Straßenverkehrsamt*** war im Jahr 2002 erstmals nur eine Zunahme des Fahrzeugbestandes von 0,5% zu verzeichnen. Ebenso sind die zu bearbeitenden Vorgänge nahezu konstant geblieben. Eine Steigerung um 21,6 % ist lediglich im Bereich der Steueranzeigen des Finanzamtes und der daraus resultierenden Ordnungsmaßnahmen zu verzeichnen.

Das Sachgebiet Kfz-Zulassung des Landkreises beteiligt sich an einem interkommunalen Vergleichsring der KGSt mit weiteren zehn Kommunen der Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen Anhalt. Der Vergleich erfolgt über fest definierte Grund- und Kennzahlen unter Berücksichtigung territorialer Besonderheiten mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit zu optimieren.

Dem *Sachgebiet Fahrerlaubniswesen* wurden durch das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg mit der Zweiten VO zur Änderung der Straßenverkehrsrechtszuständigkeitsverordnung vom 24. Juli 2002 die Bearbeitung sowie Erteilung von weiteren Ausnahmegenehmigungen nach § 74 Abs. 1 Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) übertragen. Der zusätzliche Mehraufwand für das Sachgebiet kann gegenwärtig noch nicht im vollen Umfang ermittelt werden. Dies bedarf eines längeren Beobachtungszeitraumes.

Der Umtausch der "alten" Führerscheine in den EU- bzw. Kartenführerschein ging auch im Jahr 2002 sehr schleppend voran. So ist ein weiterer Rückgang der Umtauschwilligen zu verzeichnen. Eine diesbezügliche Regelung in Richtung Pflichtumtausch bis 2005 wurde bisher durch das Bundesministerium nicht getroffen. Das Straßenverkehrsamt wird jedoch durch gezielte Aufrufaktionen und Informationen die Bürger des Landkreises im Jahr 2003 hierzu mehr animieren.

Das Sachgebiet *Verkehrsordnungswidrigkeiten* überwachte im Berichtszeitraum die Geschwindigkeit an insgesamt 74 Messstellen. Davon wurde die Geschwindigkeit der Fahrzeuge an 13 Standorten mit fest installierten Anlagen gemessen.

Wegen veränderten Verkehrsführungen (z. B. B 101 Großbeeren/OT Heinersdorf), baulichen Maßnahmen (z.B. Verkehrsberuhigung in Mahlow, Arcostraße), der Schließung oder Veränderung von Schulstandorten (z. B. Petkus, Jüterbog) bzw. Schließung von Altenheimen (Blankenfelde sowie zwischen Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal/OT Jänickendorf) oder der Übernahme von Standorten durch die Polizei (zwei Standorte in Jüterbog/Große Straße) wurden gegenüber dem Vorjahr 13 Standorte geschlossen. Demgegenüber wurden vier Messstellen neu eröffnet. Die Aufnahme von Standorten oder deren Schließung wird nach wie vor in der Verkehrsunfallkommission des Landkreises auf der Grundlage des Runderlasses des Ministeriums des Innern beraten und beschlossen. Die bestehenden Messstellen wurden an Unfallschwerpunkten, Stellen mit besonderer Gefährdung oder an schützenswerten Bereichen eingerichtet bzw. dienen der Schul- und/oder Spielweg-sicherung.

Bei der "stationären" Geschwindigkeitsüberwachung ist eine Reduzierung der Gesamtzahl der eingeleiteten Verfahren um 5.735 gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Dabei hat sich die Anzahl der Bußgeldverfahren gegenüber dem Vorjahr von 2.916 auf 1.917 im Berichtszeitraum reduziert (Senkung 34,5 %). Die Verwarnungsgeldfälle verringerten sich von

16.801 Verfahren im Jahre 2001 auf 12.394 (73,8 %). Insgesamt wurde bei 17 % der Überschreitungen ein Bußgeldverfahren (schließt Bußgeld aus Verwarnungsgeld ein) und in 83 % der Fälle ein Verwarnungsgeldverfahren eingeleitet. Ursächlich hierfür war der Ausfall einer Kamera vom 24. März bis 29. Mai 2002 durch einen Schadensfall in Großbeeren/



OT Diedersdorf, der Wegfall der Standorte an der B101 in Großbeeren/OT Heinersdorf durch den Bau der B 101n sowie der Ausfall der Messstellen an der B102 in Niedergörsdorf/OT Altes Lager (in Richtung Jüterbog seit Dezember 2001 bzw. in Richtung Treuenbrietzen seit März 2002) wegen des schlechten Straßenzustandes. Die Anlage konnte weder versetzt noch ein weiteres Mal instandgesetzt werden. Erst nach Abschluss der Straßenbaumaßnahmen vom Brandenburgischen Straßenbauamt Wünsdorf im September 2002 und neuer Eichung der Anlagen konnten diese am 7.10.2002 wieder in Betrieb gehen. Die Wichtigkeit der Überwachung dieser Stelle mit besonderer Gefährdung spiegelt sich in Zahlen wider. Im Vorjahr mussten an diesen Standorten 23 % aller Verwarnungsgeldfälle und 27 % aller Bußgeldfälle, die insgesamt an stationären Anlagen zustande kamen, eingeleitet werden.

Bei der "mobilen" Überwachung liegt der Anteil der Bußgeldverfahren mit 795 bei 15 % (Vorjahr: 683 = 11 %). Das Messfahrzeug wurde im Jahr 2002 zu 91 % ausgelastet. Im Jahre 2002 mussten 287 Fahrverbote ausgesprochen werden (Vorjahr 335). Von 2.956.515 Fahrzeugen, welche die stationären und mobilen Messstellen insgesamt passierten, überschritten 19.450 Fahrzeuge die zulässige Höchstgeschwindigkeit (0,7 %). Zu 73 % wurden Überschreitungen von Fahrzeugführern mit Kennzeichen außerhalb des Landkreises begangen. Unter Berücksichtigung des Ausfalls der Messstellen in Großbeeren/OT Heinersdorf und Niedergörsdorf/OT Altes Lager wurden die häufigsten Geschwindigkeitsüberschreitungen an der Messstelle in Zossen/OT Dabendorf registriert.

Spitzenreiter war ein Fahrzeugführer mit einer Überschreitung von 66 km/h (116 km/h bei zugelassenen 50 km/h) an den Standorten in Zossen/OT Dabendorf und Niedergörsdorf/OT Altes Lager. Dabei wurde der Toleranzabzug von 3 km/h bereits berücksichtigt. Der Hauptanteil an Geschwindigkeitsüberschreitungen erfolgte im Bereich unter 20 km/h.

Reduziert hat sich die Bearbeitung der allgemeinen Verkehrsordnungswidrigkeiten. Während im Jahre 2001 insgesamt 510 Verkehrsordnungswidrigkeiten angezeigt und bearbeitet wurden, waren es im Berichtszeitraum nur 429. Davon entfallen u.a. auf Baustellenordnungswidrigkeiten 13, auf Handyverstöße 17, auf Überschreitung der Hauptuntersuchung 297 und 56 auf Verletzungen der Gurtanlegepflicht. Weitere Fälle betreffen die Verkehrsordnungswidrigkeiten nach dem Personenbeförderungs- und Fahrlehrergesetz.

Bedingt durch Verschleißerscheinungen, defekte Messstellen und Schadensfälle mussten 744 Ausfalltage an den stationären Anlagen registriert werden. Ein Kameraausfall war an 36 Tagen zu verzeichnen. Das mobile Messfahrzeug war durch Nachfolgeschäden aus einem Verkehrsunfall 2001, wegen Reparatur- bzw. Wartungszeiten, Schulungen und Umzug der Sachbearbeiter im Berichtsjahr an 19 Tagen nicht im Einsatz.

Problematisch hat sich die Einführung des Bundeseinheitlichen Tatbestandskataloges (BET) erwiesen. Obwohl dem Landkreis Teltow-Fläming durch die Softwarefirma das dafür erforderliche Update im Januar zugesagt wurde und die verantwortlichen Mitarbeiter zum 2. Januar 2002 alle Vorbereitungen für den Start abgeschlossen haben, verzögerte sich die Einführung des BET bis Ende Februar 2002 durch den kompletten Austausch aller Programme. Der neue Tatbestandskatalog vereinigt nicht mehr 4 sondern 6-stellige Tatbestandsnummern.

Nach wie vor erhält die Presse einen Auszug aus dem Einsatzplan des mobilen Messfahrzeuges des Landkreises.

Das Aufgabengebiet des *Sachgebietes Verkehrssicherheit und -lenkung* umfasst die Umsetzung der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO). Hieraus ergeben sich Aufgaben, welche nachfolgend aufgeführt und zwischen den Jahren 2001 und 2002 statistisch gegenübergestellt werden.

Eine besondere Problematik bleiben wie im Vorjahr die umfangreichen Bauarbeiten auf Bundes- und Landesstraßen, die teilweise bis zu einem Jahr und länger dauern und zu starken Verkehrsraumeinschränkungen führen. Dieses ist ein umfassender Teil der Aufgaben dieses Sachgebietes.

Die markantesten Schwerpunkte waren bzw. sind

- Luckenwalde, Jüterbog, Ludwigsfelde, Großbeeren im Zuge des Baus der neuen B 101,
- die Ortslagen der B 96 in Groß Machnow, Zossen und Baruth/Mark sowie
- die Bahnübergangsbeseitigung bei Kerzendorf.

Leider hat sich in den Problemen, die sich durch die Baumaßnahmen für die Öffentlichkeit ergeben, bisher keine zufriedenstellende Lösung abgezeichnet.

Im Jahr 2002 wurden von insgesamt 36 Unfallhäufungsstellen (UHS) 13 UHS geschlossen, im Jahr 2001 waren es 17 UHS. Sechs UHS wurden neu eröffnet. Hauptunfallursache ist nach wie vor nicht angepasste Geschwindigkeit, so dass als Sofortmaßnahme eine verstärkte Geschwindigkeitsüberwachung an UHS durch die Unfallkommission des Landkreises beschlossen und durchgeführt wurde (z. B. B101 zwischen Woltersdorf und Wiesenhagen).

Ein weiterer komplexer Aufgabenbereich ist der Schutz der Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Verkehrsraum auf der Grundlage des § 45 StVO, was durch Prüfung, Genehmigung durch Anordnung oder Ablehnung erfolgt. Im Rahmen dieser Aufgabenstellung ist besonders zu vermerken, dass wegen der strikten Durchsetzung der "Reduzierung des Schilderwaldes" 240 Vorgänge ohne Erteilung einer Anordnung bearbeitet wurden, die nicht in die Statistik einfließen, sondern eher eine Aufklärungsarbeit dahin gehend leisteten, dass nicht jedem Anliegen Rechnung getragen werden kann.

Ein besonderes Ereignis war die feierliche Einweihung des touristischen Rad- und Skateweges Flaeming-Skate. Dieser gingen intensive verkehrliche Vorbereitungen zur Beschilderung der Strecke und Sicherung von Querungsstellen sowie der Veranstaltung voraus.

Auf Grund des gestiegenen Verkehrsaufkommens ist ein weiterhin starker Bedarf an Sicherungsmaßnahmen bezüglich des Fußgänger- und Fahrzeugverkehrs vorhanden. Eine weitere Aufgabe ist die Entgegennahme und Bearbeitung sowie die Entscheidung über Anträge auf Ausnahmegenehmigungen von Verkehrsverboten. Hier ist ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 10 % zu verzeichnen. Die im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens abgegebenen Stellungnahmen zu Flächennutzungs-, Vorhaben- und Erschließungs- und Bebauungsplänen sind dagegen rückläufig.

Weitere Aufgaben des Sachgebietes sind Entscheidungen über Anträge gemäß § 29 StVO auf Nutzung öffentlichen Verkehrsraumes über den Allgemeingebrauch hinaus (Genehmigung von Veranstaltungen) sowie die Durchführung von Verkehrsschauen auf Bundes-, Landes-, Kreis- und Kommunalstraßen.

**Im Folgenden noch einige statistische Angaben aus dem Straßenverkehrsamt für das Jahr 2002:**

1. Kfz-Zulassung

	Stand 31.12.2001	Stand 31.12.2002
Fahrzeugbestand gesamt	123.964	124.555
davon		
Kräder	6.030	6.426
Pkw	91.419	91.462
Lkw	8.469	8.471
Zugmaschinen	2.551	2.518
sonstige Kfz	1.048	1.083
Kfz-Anhänger	14.282	14.434
KOM	165	161

2. Fahrschul- und Fahrerlaubniswesen

	Stand 31.12.2001	Stand 31.12.2002
Ersterteilung/Erweiterung von Fahrerlaubnissen (FE)	5.637	5.038
Umstellung auf EU-Führerschein	6.995	4.409
Neuerteilung nach Entzug der FE	485	422
Versorgung einer Erstbeantragung	-	465
Versagung nach Entzug der FE	179	270
Internationaler Führerschein	479	626
FE zur Fahrgastbeförderung	384	73
FE-Entziehungen gesamt	471	333
davon durch Gericht	-	246
davon durch FE-Behörde	-	87
Anträge auf Ausnahmegenehmigung § 74 FeV	61	49
davon erteilte Ausnahmen	-	27
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	49	45
Anzahl der Fahrlehrer	161	146
Anzahl der überprüften Fahrschulen	20	18

3. Gewerblicher Personen- und Güterverkehr

	Stand 31.12.2001	Stand 31.12.2002
Unternehmen im Taxen- und Mietwagenverkehr gesamt	64	60
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge	128	124

#### 4. Verkehrsordnungswidrigkeiten

	Stand 31.12.2001	Stand 31.12.2002
eingeleitete Bußgeldverfahren	3.900	2.918
davon		
- stationär	2.916	1.917
- mobil	683	795
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	301	206
eingeleitete Verwarngeldverfahren	21.388	16.961
davon		
- stationär	16.801	12.394
- mobil	4.378	4.344
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	209	223
Bußgeldverfahren aus Verwarngeldverfügungen	1.271	943
davon		
- stationär	1.039	710
- mobil	232	233
Gesamtanzahl Verfahren	26.559	20.822

#### 5. Verkehrssicherheit und -lenkung

	Stand 31.12.2001	Stand 31.12.2002
Stellungnahmen Planvorhaben	467	318
Ausnahmen, Veranstaltungen § 29 StVO	187	195
Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse § 46 StVO	629	695
Anordnungen verkehrslenkender Maßnahmen und Baustellen	1.678	2.075
Anträge LZA/Fußgängerüberwege	17	15
erteilte Anordnungen für generelle Verkehrs- regelungen gem. § 45 StVO	241	184
Verkehrsschauen	11	15

Die Schwerpunkte der Arbeit des **Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes**, auf die hier näher eingegangen wird, sind:

1. Die Tierseuchenbekämpfung
2. Der Verbraucherschutz
3. Der Tierschutz und die Arzneimittelüberwachung

### 1. Tierseuchenbekämpfung

#### **Bekämpfung der enzootischen Rinderleukose und Brucellose der Rinder**

Es wurden den gesetzlichen Vorgaben entsprechende serologische Untersuchungen der Jungrinder und Kühe durchgeführt. Die Rinderbestände des Landkreises Teltow-Fläming sind frei von enzootischer Rinderleukose und Brucellose der Rinder.

#### *Bovine Herpesvirus-Infektion (BHV 1) der Rinder*

Die Richtlinie zur Bekämpfung der BHV-1-Infektion der Rinder auf freiwilliger Basis gilt für das Land Brandenburg ab Januar 1996. Von der Tierseuchenkasse werden die Kosten für die Betriebe, die sich freiwillig diesem Verfahren angeschlossen haben, weitgehend getragen. Per 31. Dezember 2002 gelang es dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt durch Überzeugung, 119 Betriebe mit insgesamt 178 Beständen für dieses freiwillige Bekämpfungsverfahren zu gewinnen. Frei von BHV 1 sind per 31. Dezember 2002 56 Bestände. 54 Rinderbestände haben den Status eines Sanierungsbestandes. Von diesen 110 Beständen geht keine Gefahr der Weiterverbreitung der BHV 1 aus.

#### *BSE*

Die Feststellung von BSE bei einer Kuh der AG Welsickendorf in unserem Landkreis erforderte umfangreiche Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen. So wurden u.a. im Januar 2002 die Geburts- bzw. Fütterungskohorte der betroffenen Kuh – 37 Kühe - und drei Nachkommen eines Rinderbestandes getötet.

#### *Salmonellose des Rindes*

Immer wieder treten in den Rinderbeständen Salmonellen auf, die Ursachen sind meist nicht zu klären, da sehr vielgestaltig. Im Jahre 2002 traten u. a. zwei Salmonellen mit größeren wirtschaftlichen Verlusten auf:

- In einem Milchviehbestand war die Kälberhaltung betroffen. Die Bekämpfungsstrategie führte nach Beratung zwischen Betrieb, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (VLÜA) und Spezialisten des Landesamtes für Verbraucherschutz und Landwirtschaft (LVL) Potsdam kurzfristig zum Ziel.
- Bei einer Schlachtkuh wurden Salmonellen nachgewiesen. Das Tier stammte aus einer Großanlage – die Bekämpfung gestaltete sich daher schwierig. Gute Zusammenarbeit

zwischen Betrieb, Hoftierärzten, VLÜA und LVL bei der Durchführung der festgelegten Maßnahmen führte relativ schnell zum Ziel.

#### *Kontrollen entsprechend Schweinehaltungshygieneverordnung*

Im Jahr 2002 wurden 30 Betriebe mit insgesamt 38 Beständen nach der Schweinehaltungshygieneverordnung kontrolliert. Bei den Kontrollen wurden keine gravierenden Mängel festgestellt.

#### *Aujeszky'sche Krankheit (AK)*

Es wurden serologische Untersuchungen der Zucht- und Mastschweine in den Beständen des Landkreises durchgeführt. Die Bestände des Landkreises Teltow-Fläming sind frei von AK.

#### *Tollwut*

Im Landkreis Teltow-Fläming wurde seit 1994 keine Tollwut bei Füchsen und anderen Tieren festgestellt. Ab Frühjahr 1998 ist die Immunisierung der Füchse über Impfköder eingestellt worden. Der Landkreis gilt seit 01. Januar 2000 als tollwutfreies Gebiet. Aber weiterhin sind flächendeckende Untersuchungen der gestreckten Füchse erforderlich, um den Status zu erhalten. Bis zum 31. Dezember 2002 wurden 184 Füchse zur Untersuchung auf Tollwut an das LVL, Laborbereich Potsdam eingesandt. Alle Füchse waren frei von Tollwut.

Im August 2002 wurde ein Mitarbeiter der Unteren Naturschutzbehörde von einer Fledermaus durch den Lederhandschuh in den Finger gebissen. Nach Verenden der Fledermaus wurde im LVL Potsdam Tollwut festgestellt. Zur weiteren Untersuchung wurde Untersuchungsmaterial an das nationale Referenzlabor, die Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere Wusterhausen geschickt. Nach aktuellem wissenschaftlichen Kenntnisstand gilt als sicher, dass die Tollwut bei den europäischen Fledermäusen durch beim Fuchs nie gefundene Serotypen verursacht wird und somit epidemiologisch nichts mit der Wildtiertollwut zu tun hat. Durch Fledermäuse verletzte Personen werden gegen Tollwut geimpft, da Fledermaustollwut auch auf den Menschen übertragbar ist.

#### *Bienenseuche - Amerikanische Faulbrut (AFB)*

Es wurden 21 Bestände im Seuchensperrgebiet Ludwigsfelde untersucht – im Ergebnis konnten die Sperrmaßnahmen am 29.05.2002 aufgehoben werden.

Im Rahmen des Faulbrutmonitorings im Land Brandenburg wurden in unserem Landkreis in den Gebieten von Blankenfelde, Dahme/Mark, Jüterbog und Zossen 103 Bestände beprobt, dabei bei einem Bestand eines Imkers (Alexanderdorf) AFB festgestellt. Das befallene Volk wurde abgetötet und ein Seuchensperrgebiet mit entsprechenden Verfügungen festgelegt.

#### *Fischseuchen und –haltung*

Alle drei im Landkreis befindlichen Aquakulturanlagen wurden ohne Beanstandungen kontrolliert. Eine Anlage (Klausdorf) erfüllte als einzige in Deutschland nach Aussage des Betreibers die Bedingungen zum Lebendfischversand nach Finnland. Mit dem entsprechenden

Gesundheitszertifikat des VLÜA konnten am 17.04.2002 insgesamt 1,5 Tonnen lebende Welse und Störe auf die Reise geschickt werden, die alle gesund in Finnland angekommen sind.

### *Kontrolle der Tierkörperbeseitigung und der Speiserestverwertung*

Speisereste aus Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung und von Speisegaststätten unterliegen der Entsorgungspflicht durch eine Tierkörperbeseitigungsanlage oder eine zugelassene Erhitzungsanlage, wie z. B die Anlage in Markendorf in unserem Landkreis.

### *Kontrolle Milchbetriebe*

In den 40 milcherzeugenden Betrieben des Landkreises wurden bisher 51 Kontrollen entsprechend der Milchverordnung durchgeführt. Ein Betrieb erfüllte bis Oktober 2002 nicht die Anforderungen. Aufgrund von Problemen in der Eutergesundheit wurde in sieben Betrieben eine beratende Tätigkeit durchgeführt.

### *Kontrolle der Rinderkennzeichnung*

Die Kontrollen hinsichtlich der Ohrmarkenkennzeichnung, des Vorhandenseins der Rinderpässe und der Vollständigkeit des Tierregisters in 37 Rinderbeständen mit 6.692 Tieren unseres Landkreises ergaben keine größeren Mängel, lediglich in Einzelfällen geringe Abweichungen.

### *Tiertransporte*

Für Tiertransporte innerhalb der EU wurden 184 Gesundheitsbescheinigungen und EU-Zertifikate nach entsprechenden Kontrollen ausgestellt. Diese umfassten insgesamt 79.370 Tiere, davon ca. 22.745 Kälber.

## **2. Verbraucherschutz**

Die Mitarbeiter des Sachgebietes Verbraucherschutzes kontrollieren zum gegenwärtigen Zeitpunkt insgesamt 1.665 Objekte der Lebensmittelproduktion, des Groß- und Einzelhandels sowie Küchen, Gaststätten, Imbisseinrichtungen und Märkte. Besondere Bedeutung haben die im Raum Ludwigsfelde/Großbeeren angesiedelten Zentrallager fast aller großen Lebensmittelketten.

Auf der Grundlage einer Verwaltungsvorschrift über die Kontrollhäufigkeit des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg sowie den Festlegungen der Fleischhygiene-VO wurden bis zum 31.12.2002 3.742 aktenkundige Kontrollen durchgeführt.

Kontrollschwerpunkte im Berichtszeitraum waren Fleischereien, Bäckereien, Märkte, Volksfeste, Küchen und Imbisseinrichtungen. Hier, sowie bei den übrigen mit Lebensmitteln befassten Objekten, wurden zur Abstellung von Hygienemängeln Auflagen erteilt und gebührenpflichtige Nachkontrollen durchgeführt. Zu deren Durchsetzung mussten Verwarnungs- und Bußgelder in Höhe von 6.591,18 € erhoben werden.

Das Sachgebiet beurteilte Bauanträge von 60 Einrichtungen des Lebensmittelverkehrs aus seiner Zuständigkeit.

Im Jahr 2002 wurden bei neun Erkrankungen über drei Personen Betriebskontrollen und bakteriologische Untersuchungen durchgeführt.

Im Berichtszeitraum gab es die Entnahme von 676 Planproben bei Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen (Kosmetika, Reinigungsmittel, Textilien, Verpackung) in verschiedenen Einrichtungen von Handel und Produktion nach einem von der Einwohnerzahl abhängigen Schlüssel. Außerdem wurden 64 Verdachts-, Verfolgs-, Beschwerde- und Monitoringproben gezogen. Von diesen Proben wurden insgesamt 93 wegen fehlerhafter Kennzeichnung, mikrobiologischer Mängel u.a. durch das LVL, Laborbereich Potsdam beanstandet. Im Rahmen des Nationalen Rückstandskontrollplanes sind in Schlacht- und Verarbeitungsbetrieben 75 Fleischproben entnommen worden und mit negativem Ergebnis untersucht.

Im Zusammenhang mit dem "MPA-Skandal" (Medroxyprogesteronacetat) hat auch ein Lebensmittelbetrieb des Landkreises Glucosesirup der belgischen Firma Biolanden bezogen. Eine Untersuchung des einzigen in Frage kommenden Erzeugnisses verlief jedoch mit negativem Ergebnis.

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen im Vollzug fleischhygienischer Vorschriften vom 19.11.2001 wurde unter dem Aspekt der Anstellung von niedergelassenen Tierärzten für die Durchführung der Fleischuntersuchung im Landkreis Teltow-Fläming und der Berücksichtigung des aktuellen Tarifvertrages über die Regelung der Rechtsverhältnisse der amtlichen Tierärzte und Fleischkontrolleure außerhalb öffentlicher Schlachthöfe nochmals überarbeitet. Die Verabschiedung durch den Kreistag steht noch aus, da ein einschlägiges Urteil durch den Europäischen Gerichtshof noch interpretiert und ggf. berücksichtigt werden muss.

Im Zusammenhang mit der BSE-/TSE-Diagnostik wurden im Berichtszeitraum durch Tierärzte des VLÜA und in der Fleischbeschau angestellte Tierärzte insgesamt 96 Hirnstammproben von über 24 Monate alten Rindern und 150 Proben von Schafen über 18 Monaten entnommen und mit negativem Ergebnis im LVL, Laborbereich Potsdam untersucht.

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Vorführpflicht für Haselnüsse aus der Türkei wegen erhöhter Aflatoxingehalte wurden in Zusammenarbeit mit einem Untersuchungsinstitut und den Zollbehörden zwölf Zertifikate ausgestellt.

In vier gewerblichen Schlachtbetrieben erfolgte die Schlachtier- und Fleischuntersuchung durch Tierärzte des Amtes (13.494 Untersuchungen). Gleichzeitig wurden 875 Stücke Schalenwild in einem Wild-Zerlegebetrieb amtstierärztlich untersucht. Hinzu kommt die Untersuchung von 4.477 Trichinenproben im Labor des LVÜA.

Im Rahmen der Handelsklassenkontrolle bei Obst, Gemüse, Speisekartoffeln, Eiern und Geflügel gab es im Berichtszeitraum 565 Kontrollen zur Durchsetzung des Handelsklassenrechts. Schwerpunktobjekte sind hierbei Wochenmärkte, Einzelhändler und Kundenbeschwerden. Hierbei wurden neun gebührenpflichtige Verwarnungen mit einer Gesamtsumme von 244,22 € wegen Verstoß gegen das Handelsklassengesetz (Beanstandungen der Qualität von Obst, Gemüse und Eiern) ausgesprochen.





## Gegenüberstellung Tätigkeit des Sachgebietes Verbraucherschutz 2002 im Vergleich zu 2001

(Stand. 31.12.2002)

	2001	2002
Kontrollobjekte	1.607	1.665
Kontrollen insgesamt	4.314	4.305
Probenahmen insgesamt	960	815
davon		
Planproben insgesamt	865	676
Verwarnungsgeld gebührenpflichtige Nachkontrollen		
Bußgeld insgesamt	7.167 DM	6.591,18 €
Fleisch- und Wilduntersuchungen	8.046	4.477

### 3. Tierschutz

Nach den Vorschriften des Tierschutzgesetzes wurden 2002

- 10 Zoohandlungen,
- 11 Tierheime,
- 42 Sittichhaltungen,
- 14 Pferdehaltungen (Reit- und Fahrbetriebe),
- 197 Nutztierhaltungen und
- 5 gastierende Zirkusunternehmen

überprüft.

Insgesamt gab es 139 Tierschutzanzeigen der Bürger unseres Landkreises.

- 103 Tierschutzanzeigen Hund und Katze
- 34 Tierschutzanzeigen Nutztiere
- 2 Tierschutzanzeigen sonstige Tiere

Im Landkreis eröffnete eine Straußenfarm. Dort werden zwei Trio´s gehalten, deren eigene Nachzucht im Sommer und Herbst geschlüpft ist. Die Aufzucht soll auf der eigenen Farm erfolgen. Es wurden 18 Küken zugekauft.

Es fanden Tierschutzkontrollen aller Tierparks im Land auf Grund der EU-RL gemeinsam mit dem Landesamt Frankfurt (Oder) statt. Im Ergebnis konnten keine gravierenden Beanstandungen der Tierhaltungen aus Tierschutzgründen genannt werden.

Insgesamt wurden 18 tierärztliche Hausapotheken auf Einhaltung der Vorschriften des Arzneimittelrechts überprüft. Dabei kam es zu keinen Beanstandungen. Die Tierärzte wurden im Rahmen einer Schulung über die in diesem Jahr in Kraft getretene gravierende Änderung des Arzneimittelrechts unterwiesen.

In Betrieben der Tierproduktion erfolgten 38 Überprüfungen der Tierarzneimittelbestände. Probleme bei unsachgemäßer Lagerung wurden vor Ort abgestellt.

Zwei Naturereignisse haben sich im Berichtszeitraum unmittelbar auf die Tätigkeit des **Umweltamtes** ausgewirkt. Die Stürme im Juli betrafen die Untere Naturschutzbehörde und die extremen Niederschläge im August die Untere Wasserbehörde. Beide Sachverhalte lassen mit Nachdruck erkennen, dass eine einfache Abarbeitung der aus den Ereignissen resultierenden Genehmigungstatbestände in beiden Behörden nicht ausreicht. Für eine bürgernahe Reaktion an Betrachtung der zu erwartenden Wiederholungsfälle ist eine komplexe Situationsanalyse gemeinsam mit anderen Fachämtern, insbesondere hinsichtlich der Extremniederschlagsereignisse erforderlich.

#### Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde (UABB)

Die Rekultivierung gemeindlicher Deponien ist weit vorangeschritten. Für 158 der insgesamt 191 zu bearbeitenden Standorte sind entsprechende Anordnungen getroffen worden, 130 davon sind bereits schlussabgenommen. Bewährt hat sich die Zusammenfassung mehrerer Deponien zu Paketlösungen innerhalb einer Gemeinde oder eines Amtsbereiches. Zehn solcher Pakete sind in Teltow-Fläming gebildet worden. Davon sind sechs mit zusammen 77 Deponien abgeschlossen. Bisher wurden die Ablagerungen mit dem höchsten Rekultivierungsbedarf vorrangig bearbeitet. Nun liegt das Hauptaugenmerk auf dem Abschluss der laufenden Arbeiten und die Überprüfung der notwendigen Maßnahmen auf den verbleibenden Deponien. Standorte mit abgeschlossener Rekultivierung werden im Rahmen der Nachsorge weiterhin überwacht. Dazu ist durch den Landkreis ein auf fünf Jahre ausgelegtes Projekt zur Qualitätsbeurteilung und Optimierung der Deponiesicherung gestartet worden. Ziel soll es sein, die Nachsorge für die Gemeinden zu optimieren und dadurch die Kosten zu reduzieren.

Mit dem Inkrafttreten bundesweiter Regelungen für die Abfallbehandlung ab 2005 sind bereits jetzt Entscheidungen zur künftigen Verfahrensweise durch die öffentlich rechtlichen Entsorgungsträger zu treffen. Der Südbrandenburgische Abfallzweckverband hat zur Bewältigung dieser Aufgabe gemeinsam mit dem Landkreis Oder-Spree den Zweckverband Abfallbehandlung Nuthe-Spree gegründet.

Auch im Kalenderjahr 2002 wurde die Sanierung des Industrieparkes Ludwigsfelde zügig fortgesetzt. Dies gelang auch trotz der schwierigen Finanzlage des Landes Brandenburg. Die dortige Haushaltssperre hat die Refinanzierung der Kosten für laufende Sanierungsmaßnahmen behindert. Nur durch Vorleistungen der Unternehmen des Industrieparks und Kompromisse seitens der BVS konnten die Arbeiten ohne Unterbrechung durchgeführt werden.

Auch auf den militärischen Flächen wurde in Auseinandersetzung mit der BBG GmbH und der OFD eine Fortsetzung der Beräumungs- und Sanierungsmaßnahmen gewährleistet. Auf einem Privatgrundstück der Zülowpromenade in Rangsdorf musste durch den Landkreis eine Bodensanierung als Ersatzvornahme durchgeführt werden. Untersuchungen des Grundwassers belegen, dass hier eine Sanierung zum Schutz der Trinkwasserfassungen notwendig ist.

Die Arbeit der Umweltstreifen fand in der Öffentlichkeit unmittelbare Resonanz durch einen Artikel in der MAZ vom 24.10.2002 und einen kurzen Fernsehbeitrag des ORB.

Insgesamt wurden 2002 folgende Abfallmengen eingesammelt:

Abfallart	1999	2000	2001	2002
Hausmüll ähnliche Abfälle in kg	116.562	150.568	226.949	201.020
Kühlgeräte in Stück	71	66	70	52
Reifen in Stück	466	970	1.007	924
Batterien in Stück	197	188	256	119
Elektronische Geräte in Stück	63	87	128	139
Baurestabfälle in kg	8.680	3.700	3.988	1.145
Sonderabfälle in kg	3.953	5.980	4.857	3.517

#### Untere Naturschutzbehörde (UNB)

Ein Schwerpunkt der Arbeit im Naturschutz lag in dem Abschluss von drei Unterschutzstellungsverfahren im Rahmen der Befugnisübertragung durch das Land. Die Naturschutzgebiete „Fauler See“, „Barssee“ und „Zülowgrabenniederung“ wurden in der Sitzung am 25.11.2002 durch den Kreistag beschlossen. Eine begleitend vorgelegte Informationsvorlage zum Stand der Naturschutzgebietsausweisungen gibt einen Überblick hinsichtlich der bestehenden und noch zu bearbeitenden Gebiete.

Der Sturm im Juli führte zu einem der UNB bekannten Baumverlust von 536 Stück (ohne Waldbäume) über die ansonsten zu genehmigenden Baumfällungen hinaus. An 6.670 Straßenbäumen waren Schnittmaßnahmen zur Schadensbeseitigung notwendig. Zunehmend werden insbesondere von privaten Grundstückseigentümern vorsorgend Baumfällungen beantragt. Da derartige Situationen von den bestehenden gesetzlichen Regelungen nicht erfasst werden, wird seitens der UNB eine Handlungsstrategie zum Umgang mit sturmgefährdeten Bäumen erarbeitet. Ein besonderes Problemfeld sind historisch entstandene Siedlungen in Waldbereichen, wo inzwischen ein planmäßiger Umbau des Baumbestandes erfolgen muss, soweit der Waldcharakter erhalten werden soll. Die naturschutzrechtlichen Regelungen des Baumschutzes ermöglichen diesen Umbau nicht, die gemeindlichen Planungsmöglichkeiten setzen einen entsprechenden Aufwand auf kommunaler Ebene voraus und in Gebieten, die dem Waldgesetz unterliegen besteht keine Zuständigkeit der UNB.

Im Berichtszeitraum war eine fristgerechte und bürgernahe Aufgabenerledigung durch die UNB nicht immer gewährleistet. Hohe krankheitsbedingte Ausfälle (längere Krankenhausaufenthalte) machten Aufgabenumverteilungen, straffe Prioritätensetzungen und zeitweilige Umsetzungen aus anderen Sachgebieten erforderlich. Der hohen Einsatzbereitschaft und Flexibilität betroffener Sachbearbeiter ist es zu verdanken, dass keine größeren Erledigungsdefizite entstanden sind.

### Untere Wasserbehörde (UWB)

Die Trinkwasserschutzzonen für die Wasserwerke in Ludwigsfelde konnten mit Veröffentlichung im Amtsblatt nunmehr abschließend neu festgesetzt werden.

Das Grundwassermonitoring dient dem Erkennen von Wasserwerksgefährdungen noch vor den Überwachungspflichten der Wasserwerksbetreiber. Neben der durch das Altlastenrecht gewährleisteten Sanierung des Industrieparks in Ludwigsfelde sind die Wasserwerke Rangsdorf und Jüterbog Schwerpunkt der Arbeit.

Die extremen Niederschlagsereignisse im August haben auch zu ungewöhnlichen Situationen im Landkreis Teltow-Fläming geführt. Eine Auswertung mit den betroffenen Gewässerunterhaltungsverbänden und Landnutzern fand im Rahmen der Herbstsitzung des kreislichen Staubeirates statt. Es werden nunmehr Handlungsrichtlinien erarbeitet, die in Abstufungen vor dem rechtlichen Katastrophenfall das notwendige Handeln sowie die erforderlichen Abstimmungen zwischen Gemeinden, Gewässerunterhaltungsverbänden, Landnutzern und Behörden ausweisen.

Zum Katastropheneinsatz an der Elbe waren zeitweilig auch der Sachgebietsleiter und ein Sachbearbeiter der UWB angefordert und eingesetzt worden. Als verantwortliche Bauleiter für jeweils einen Deichabschnitt bei Wustrow („Böser Ort“) hatten sie über notwendige Sofortmaßnahmen zur Deichverteidigung zu entscheiden sowie die Tätigkeit der bereitgestellten Kräfte zu koordinieren und zu überwachen. Die Einsatzleitung des Landesumweltamtes hat sich bei der Amtsleitung für den schnellen und kompetenten Einsatz dieser Vertreter der Unteren Wasserbehörde bedankt.

*Abschließend wird wie in den Vorjahren eine Übersicht der Fallzahlen zu wesentlichen Aufgabenkomplexen gegeben:*

	Aufgabenthematik	2001 Anzahl	2002 Anzahl
1.	Ordnungswidrigkeitenverfahren	138	54
2.	Widersprüche	43	46
3.	Sanierungsverfügungen/-vereinbarungen	25	22
4.	Landwirtschaftliche Nutzung von Flächen nach § 15 AbfG (Klärschlammasbringung)	66	49
5.	Baumfällungen (Fallzahl)	673	707
6.	Trassen und Leitungen	291	194
7.	Fachstellungennahmen zu Grünordnungsplänen	140	120
8.	Vertragsnaturschutz für Landwirte	19	48
9.	Wasserrechtliche Entscheidungen Abwasser und Trinkwasser	314	288
10.	Entscheidungen im Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	92	65
11.	Störfälle	40	52

## Dezernat III

Das **Schulverwaltungsamt** ist in drei Sachgebiete gegliedert, über die im Folgenden berichtet wird.

### Sachgebiet 1 - Haushalt

#### *Investitionen/Ausstattung ohne Baukosten*

Die ab dem Jahr 2000 von der Landesregierung initiierte und geförderte Medienoffensive wurde auch im Jahr 2002 fortgeführt. Die Arbeitsgruppe des Landrates hat die Anträge auf Förderung der Ausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnik in Grundschulen von zwölf Schulträgern schulfachlich und kostenseitig geprüft und an das Land weitergeleitet.

Der Landkreis, der als Träger weiterführender allgemein bildender Schulen entsprechend den Förderrichtlinien antragsberechtigt ist, erhielt für die Ausstattung des Friedrich-Gymnasiums Luckenwalde 38.000 €. Mit einem in gleicher Höhe bereitgestellten Eigenanteil wurde der Ausstattungsstandard der Sekundarstufe I entsprechend den Förderrichtlinien mit Informations- und Kommunikationstechnik erhöht. Mit den finanziellen Mitteln entstanden die entsprechenden Rahmenbedingungen, wie bauliche Maßnahmen und die Beschaffung von für Rechnerarbeitsplätze geeignetes Mobiliar. Damit wurden alle in kreislicher Trägerschaft befindlichen weiterführenden allgemein bildenden Schulen mit Informations- und Kommunikationstechnik im Rahmen der Medienoffensive ausgestattet.

In den in kreislicher Trägerschaft befindlichen Schulen ist der Standard an Ausstattungen mit Klassen- und Fachraummobiliar durch die regelmäßige Bereitstellung finanzieller Mittel wesentlich verbessert worden. So konnten Schulmobiliar für Klassenräume, hochwertige Lehrmittel für den Chemie- und Physikunterricht u. a. in den Gymnasien Ludwigsfelde, Jüterbog und in den Allgemeinen Förderschulen Ludwigsfelde und Jüterbog für insgesamt 51.400 € beschafft werden. Darüber hinaus erhielten die Förderschule für geistig Behinderte in Groß Schulendorf und die Allgemeine Förderschule in Luckenwalde neu ausgestattete Werkenräume mit einem finanziellen Aufwand von 41.000 €.

Die im Jahr 2001 begonnene Ausstattung vorhandener bzw. neuer Schulsporthallen wurde auch im Jahr 2002 fortgeführt. Mit 56.300 € konnten die sanierten Schulsporthallen des Gymnasiums Jüterbog, der Allgemeinen Förderschulen Ludwigsfelde und Jüterbog neu ausgestattet werden. Für den neugebauten Gymnastikraum in der Förderschule für geistig Behinderte in Groß Schulendorf wurden für die Ausstattung finanzielle Mittel in Höhe von 16.000 € bereitgestellt. Neue Schulsportgeräte im Wert von insgesamt 18.800 € erhielt auch das Oberstufenzentrum Teltow-Fläming für die Schulsporthalle in Luckenwalde, Rudolf-Breitscheid-Straße. In fünf kreiseigenen Schulen konnten damit die Bedingungen des Schulsportes wesentlich verbessert werden.

Der seit 1999 durchgeführte Um- bzw. Ausbau der 5. Grundschule in Luckenwalde, An der Stiege, zum Hauptstandort des Oberstufenzentrums Teltow-Fläming fand seinen Abschluss und das Gebäude konnte ab Juni 2002 seinen Bestimmungen zugeführt werden. Insgesamt wurden hier für die Ausstattung mit neuem Schulmobiliar und Datentechnik 578.800 € ausgegeben.

Zur Erhöhung der Qualität des Wohnens im Wohnheim für Auszubildende des Oberstufenzentrums Teltow-Fläming in Luckenwalde ist die im Jahr 2000 begonnene Ausstattung der Wohneinheiten bzw. Gemeinschaftsräume mit einem Betrag für das Jahr 2002 von 20.200 € abgeschlossen worden.

#### *Laufende Geschäfte aus dem Verwaltungshaushalt*

Die jährliche Schulbuchausschreibung für alle Schulen in kreislicher Trägerschaft wurde öffentlich mit Gesamtkosten von 267.800 € durchgeführt.

Die Schülerbeförderung für rund 10.000 Fahrschüler im Landkreis erforderte im Jahr 2002 rund 4,3 Mio. € an Beförderungskosten. Es wurden Schulkostenbeiträge an die Träger der Sekundarstufe I im Landkreis in Höhe von rund 3 Mio. € gezahlt.

Die Schulkostenbeiträge an andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte beliefen sich auf ca. eine Mio. €.

Die Vergabe von 202.547 € Landesmitteln im Rahmen der Weiterbildungsgrundversorgung an die Träger der Erwachsenenbildung erfolgte nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz.

Des Weiteren wurden entsprechend dem Brandenburgischen Schulgesetz i. V. m. d. Richtlinien zur Gewährung von Landeszuschüssen an Berufsschülerinnen und Berufsschüler Mittel in Höhe von 34.240 € an die Auszubildenden ausgereicht, die während ihrer theoretischen Ausbildung auswärtig untergebracht werden müssen.

Wie in den vorangegangenen Jahren konnten auch im Jahr 2002 den Trägern der Grundschulen im Landkreis, die in den 3. Klassen das Schulschwimmen durchführten, Zuschüsse gewährt werden. Die finanziellen Belastungen der Träger der Grundschulen wurden dadurch verringert und die Durchführung des Schwimmunterrichtes in den 3. Klassen entsprechend dem schulischen Rahmenplan gefördert. Der Landkreis Teltow-Fläming hat hierbei Zuschüsse von insgesamt 20.000 € für den Schwimmunterricht zur Verfügung gestellt.

#### Sachgebiet 2 – Schulentwicklungsplanung, Unterhaltung der Einrichtungen

Im September 2002 erfolgte nach dreijähriger Bauzeit die feierliche Übergabe der Gebäude und Außenanlagen des neuen Hauptsitzes - Oberstufenzentrum Landkreis Teltow-Fläming - in Luckenwalde, An der Stiege 1. Daran nahm der Minister für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Steffen Reiche, teil. Der finanzielle Rahmen für die Gesamtmaßnahme - Instandsetzung, Umbau des vorhandenen Gebäudes, Neubau einer Cafeteria sowie das Anlegen der Außensportanlagen - beläuft sich auf 6,9 Mio. €.

Nach der Grundsteinlegung im Dezember 2001 erfolgte im September 2002 das Richtfest an der Zweifeld-Schulsporthalle am Fontane-Gymnasium in Rangsdorf, Fontaneweg 10a. Die Fertigstellung erfolgt vorbehaltlich der Einhaltung der Termine im Juni 2003. Die Gesamtmaßnahme einschließlich der Fertigstellung der Außenanlagen beläuft sich finanziell auf insgesamt 2,1 Mio. €.

Zur feierlicher Einweihung des Gymnastikraumes an der Förderschule für geistig Behinderte in Groß Schulendorf, Zossener Straße 8, konnte nach der Grundsteinlegung im Oktober 2001 im September 2002 eingeladen werden. Zur Absicherung des Sportunterrichtes verfügt

die Förderschule nun über einen Gymnastikraum vom 150 qm. Des Weiteren wurden Spielplatzgeräte aufgestellt und zwei mobile Unterrichtsräume errichtet. Damit entstanden behindertengerechte Fachunterrichtsräume für Werken und textiles Gestalten. Dieses Ereignis wurde verbunden mit der Namensgebung für die Förderschule, die ab August 2002 den Namen "Schule am Wald" trägt.

Auch die Allgemeine Förderschule in Mahlow feierte im Juni 2002 im Rahmen des Schulfestes die Namensgebung "Am Waldblick".

An der Allgemeinen Förderschule "J. H. Pestalozzi" in Jüterbog, Schulstraße 1/2, wird die Turnhalle für ca. 755.422,00 € modernisiert. Die Fertigstellung der Halle, 1. Bauabschnitt, erfolgte im Dezember 2002. Finanziell umfasst die Baumaßnahme für das Jahr 2002 ca. 396.000,00 €. Die weiteren Arbeiten im Sanitär- und Umkleidebereich, 2. Bauabschnitt, werden im März 2003 abgeschlossen.

Am Goethe-Schiller-Gymnasium in Jüterbog, Haus I, wurde die Turnhalle in den Sommerferien für 130.000,00 € modernisiert. Der Sportunterricht konnte im November 2002 wieder in der neuen Halle stattfinden. Die Turnhalle an der Allgemeinen Förderschule in Ludwigfelde, Salvador-Allende-Straße 20, wurde ab den Sommerferien für ca. 220.000 € modernisiert. Die Aufnahme des Sportunterrichts erfolgte im November 2002. Beide Turnhallen stehen somit auch wieder für den Sport der Vereine zur Verfügung.

Der Schulentwicklungsplan des Landkreises Teltow-Fläming für den Zeitraum 2002 bis 2007 wurde in der Sitzung des Kreistages am 1. Juli 2002 beschlossen und am 2. Juli 2002 dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zur Genehmigung übersandt.

### Sachgebiet 3 – Kreisvolkshochschule

Die Kreisvolkshochschule (KVHS) leistete auch im Jahre 2002 für den Landkreis Teltow-Fläming den Hauptanteil der Weiterbildungsgrundversorgung und realisierte 10.448 Unterrichtsstunden mit 5.107 Teilnehmern entsprechend der Zielstellung des Brandenburgischen Weiterbildungsgesetzes, ein flächendeckendes Bildungsangebot zu erreichen.

Auch 2002 hat die Volkshochschule wieder in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg die technisch orientierte Lehrerfortbildung im Rahmen der Medienoffensive m.a.u.s. für 440 Lehrer durchgeführt und leistete mit dieser Auftragsmaßnahme insgesamt 658 Unterrichtsstunden. Das Angebot für Betriebe und Verwaltungen des Landkreises konnte thematisch erweitert und zunehmend Aufgaben zur maßgeschneiderten betrieblichen Weiterbildung von der KVHS übernommen werden.

Das inzwischen gut bekannte Programm "Bildungssommer 2002" wurde - wie schon in den letzten zwei Jahren - als gemeinsames Projekt mit den Volkshochschulen Potsdam, der benachbarten Landkreise und Berliner Stadtbezirke erneut realisiert und erfreute sich einer zunehmend regen Nachfrage. Zum Auftakt des Bildungssommers im Landkreis veranstaltete die Volkshochschule den "Ateliertag mit ländlichem Flair", der bei vielen Bürgerinnen und Bürgern großen Zuspruch fand.

Ein weiterer Höhepunkt war das Lernfest 2002 zum Thema "Freude am Lernen für Jung und Alt", an dessen Organisation die Volkshochschule maßgeblich beteiligt war. Neben einem Bürgerforum bildete die Bildungsmesse mit Präsentation von 14 Bildungseinrichtungen des Landkreises sowie eine Ausstellung mit Arbeiten aus verschiedenen VHS-Kursen den Rahmen der Veranstaltung.



Familie 21 wird seit Juli als regionales Projekt des Landkreises Teltow-Fläming fortgeführt. Die Basis für Beständigkeit eines regionalen Netzwerkes Familie 21 ist durch kontinuierlichen Informations- und Erfahrungsaustausch der Netzwerkpartner und einer guten Kooperation zwischen Ämtern und Einrichtungen geschaffen. Ein Konzept Familienbildung wurde erstellt und ist die Grundlage für ein zukünftiges Familienbildungsprogramm, zu dem Ideen und Angebote gemeinsam entwickelt wurden. Neben den bereits durchgeführten Veranstaltungen startet Ende des Jahres eine Multiplikatoren-Fortbildung zum Thema "Starke Eltern - Starke Kinder".

Das zweijährige Telekolleg II zum Erwerb der Fachhochschulreife wurde im Juni abgeschlossen. Das geplante neue Telekolleg MultiMedial konnte aufgrund zu geringer Teilnehmerresonanz leider nicht im September beginnen.

Auch in diesem Jahr gab es zahlreiche Veranstaltungen im gesamten Kreisgebiet, initiiert von kulturellen Gruppen, Vereinen und Kommunen, die in vielen Fällen vom **Kulturamt** gefördert wurden bzw. auch durch ihre Bekanntmachung im vom Kulturamt herausgegebenen Veranstaltungskalender große Aufmerksamkeit erzielten.

Besonders zu nennen sind hier solche traditionellen Projekte wie das jährliche Turmfest in Luckenwalde, das Glashüttefest, das Fest des Liedes in Diedersdorf, an dem 12 Chöre des Landkreises teilnahmen, den 2. Trachtentag im Landkreis Teltow-Fläming, das 3. Jüterbogger Blues- und Boogiefestival, sowie zahlreiche Kunstprojekte, Konzerte und Lesungen.

Insgesamt wurden 27 Anträge zur Förderung kultureller Aktivitäten gestellt. 22 davon konnten positiv beschieden und 14,9 T€ dafür vergeben werden.

Zur Förderung von Künstlern konnte das Kulturamt u.a. durch die Ausstellungen von SELTMANN und GECCELLI im Foyer des Kreishauses sowie mit den Ausstellungen in der Kleinen Galerie Zossen und weiteren im Museum des Teltow in Wünsdorf beitragen. Es wurden Ausstellungen der Malerei, Grafik, Fotografie, Holz- und Textilgestaltung, Keramik und Plastik präsentiert. Vorrangig Künstler des Landkreises Teltow-Fläming haben die Möglichkeit, ihre Arbeiten vorzustellen, aber jedes Jahr werden auch Einblicke in das Schaffen von Künstlern aus anderen Regionen gegeben, so dass ein reger Informationsaustausch der Künstler untereinander sowie für die Besucher möglich ist.

Die Förderung von kulturellen Einrichtungen mit überregionaler Bedeutung in Höhe von insgesamt 235.400 € half auch im Jahr 2002 mit, das Museumsdorf Glashütte, das Bauernmuseum Blankensee, das Museum Kloster Zinna, das Stadttheater Luckenwalde, die Theater- und Konzertstätte Jüterbog sowie das Heimatmuseum Luckenwalde als kulturelle Grundsubstanz zu erhalten und zu stabilisieren. Das trifft auch auf die Kultureinrichtungen in kreislicher Trägerschaft wie das Museum des Teltow in Wünsdorf, die Kreismusikschule mit verschiedenen Standorten und die Kreis- und Stadtbibliothek in Luckenwalde zu.

Das Museum des Teltow in Wünsdorf widmete sich in einer umfangreichen Ausstellung dem Thema „Lernort Natur“ mit dem besonders die Schulen der Region angesprochen werden.

Besuchermagnet war die Sonderausstellung "Joan Miró", die zusätzlich viele Besucher brachte, die ansonsten nicht zum Interessentenkreis des Museums zählen.

Die Kreis- und Stadtbibliothek veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem Brandenburgischen Literaturbüro und der Kunsthalle Vierseithof wiederum eine Reihe interessanter Lesungen, zu denen insgesamt rund 2.200 Besucher kamen.

2002 kamen 3.967 Leser in die Hauptbibliothek, Kinderbibliothek und Fahrbibliothek, die insgesamt 66.241 Mal die Bibliothekseinrichtungen besuchten und 189.389 Medien entliehen. Die Fahrbibliothek hatte in diesem Jahr ihr 10jähriges Bestehen, das feierlich begangen wurde.

Für die Kreismusikschule muss u.a. die kontinuierliche Weiterentwicklung des gegründeten Keyboard-Orchesters genannt werden, das immer öfter Höhepunkte des öffentlichen Lebens musikalisch begleitet. Überhaupt ist das große Interesse der Öffentlichkeit auffallend, wenn es um die musikalische Umrahmung verschiedenster Veranstaltungen geht. Egal ob einzelne Schüler, Ensembles, Bands, ob klassische oder populäre Musik, immer ist die Kreismusikschule sehr gefragt.

Beim Regionalwettbewerb „Jugend musiziert“ erreichte eine Schülerin die höchstmögliche Punktzahl.

Die Zahl der Schüler der Kreismusikschule Teltow-Fläming liegt weiterhin konstant bei ca.1000.

Ein weiteres Amt im Dezernat III, über dessen Arbeit zu berichten ist, ist das **Sozialamt**.

Der Landkreis Teltow-Fläming hat im Jahr 2002 die Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit in Potsdam weitergeführt und die Aktivitäten hinsichtlich der Arbeitsvermittlung arbeitsloser Sozialhilfeempfänger intensiviert. Die Arbeitsvermittler des Landkreises haben sich nunmehr fest in den Reihen der Arbeitsämter integriert und eine gute Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse aufgebaut.

Im Ergebnis dessen konnten bisher 101 Sozialhilfeempfänger in ein Arbeitsverhältnis auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Insbesondere im zweiten Halbjahr des Jahres 2002 wurde die Akquisition von Arbeitsplätzen in den Vordergrund gestellt. Dadurch sind eine Reihe von Arbeitgeberkontakten entstanden und zusätzliche Möglichkeiten der Vermittlung neben dem Stellenpool der Arbeitsämter geschaffen worden.

Zu den weiteren Ergebnissen der Tätigkeit des Sozialamtes des Landkreises Teltow-Fläming ist die Förderung von 139 Arbeits- und Projektplätzen in zehn Projekten „Arbeit statt Sozialhilfe“ zu benennen.

Gemäß der zum 01.01.2002 überarbeiteten Landesrichtlinie „Arbeit statt Sozialhilfe“ wurden sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse wie in den zurückliegenden Jahren mit Landesmitteln und kreislichen Mitteln bezuschusst.

Des Weiteren hat das Sozialamt des Landkreises Teltow-Fläming Projekte im Rahmen neuer Formen der Arbeitsmarktintegration von Sozialhilfeempfänger/innen unterstützt. Die Besonderheit gegenüber den Projekten „Arbeit statt Sozialhilfe“ bestand darin, dass der

Finanzierungsanteil der Landesmittel durch andere Finanzierungsmöglichkeiten, wie Arbeitsamt oder Kooperationspartner der Träger der Maßnahmen ersetzt wurde. Bei allen Formen der Unterstützung der Projekte waren Arbeitsverträge für den Zeitraum von mindestens 12 Monaten zu schließen.

Nachstehend aufgeführte Träger haben die Projekte zur Integration von Sozialhilfeempfänger/innen in Arbeit durchgeführt:

- Bildungswerk FUTURA e.V.
- Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH (LUBA)
- Arbeitslosen-Service Jüterbog
- Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf (GAG)
- Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung Ludwigsfelde mbH (GAB)

Für die Hilfe zur Arbeit sind im Haushaltsjahr 2002 kreisliche Mittel in Höhe von 1.666.300 € bereitgestellt worden.

Den Schwerpunkt im Sachgebiet 50.2 – Hilfe in besonderen Lebenslagen - bildete in diesem Jahr die Durchführung des Verfahrens nach Frau Dr. Metzler, d.h. alle körperlich, geistig und mehrfach behinderten Menschen in Einrichtungen der Eingliederungshilfe waren neu zu begutachten und in Gruppen von Hilfeempfängern mit vergleichbarem Hilfebedarf einzustufen. Die Einstufung betraf insgesamt 198 Hilfeempfänger und konnte neben der eigentlichen Aufgabenstellung nur durch den überdurchschnittlichen Einsatz der Sachbearbeiter bewältigt werden.

Darüber hinaus nahm die Klärung der Zuständigkeit der Kostenerstattung für Altfälle gem. § 103 BSHG a.F. einen großen Stellenwert ein. Seit 2000 sind insgesamt 38 Akten übernommen bzw. an andere Landkreise abgegeben worden. In neun Klageverfahren stehen die Entscheidungen noch aus.

Schwerpunkte der Arbeit im **Jugendamt** waren im Jahr 2002:

- *Die Umstrukturierung des Jugendamtes durch die Schaffung von zwei Sachgebieten statt bisher drei.*

Durch gesetzliche Veränderungen zu Aufgabenbereichen verkleinerte sich das Sachgebiet Kita- und Jugendförderung. Im Ergebnis der Umstrukturierung ist festzustellen, dass dadurch die pädagogischen Arbeitsaufgaben in einem Sachgebiet konzentriert werden konnten. Das wird im Rahmen der Zusammenarbeit zu einer besseren Koordination führen, wird die Effizienz der Arbeit erhöhen und die intensive fachliche Beteiligung der Sozialarbeiter auf Gruppenebene stärken.

- *Die Neugestaltung der Adoptionsvermittlung*

Nach der neuen gesetzlichen Regelung müssen die Adoptionsvermittlungsstellen mit mindestens zwei Vollzeitkräften oder einer entsprechenden Zahl von Teilzeitfachkräften besetzt werden. Die Anzahl der Adoptionen und der dazugehörigen Arbeitsaufgaben im Landkreis Teltow-Fläming rechtfertigen aber nur den Einsatz einer 0,5 Personalstelle.

Um der Neufassung des Adoptionsvermittlungsgesetzes vom 01.01.2002 gerecht werden zu können, war die Neugestaltung der Adoptionsvermittlung unvermeidbar. In Zusammenarbeit mit den Landkreisen Potsdam-Mittelmark und Havelland sowie den Städten Potsdam und Brandenburg gelang es, eine fachlich kompetente und in Potsdam zentral gelegene Adoptionsvermittlungsstelle aufzubauen, die den Bedarf, der vordergründig im Norden des Landkreises gegeben ist, adäquat decken kann.

Mit der öffentlich rechtlichen Vereinbarung zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften ist der Planungsverband Havelland-Fläming Vorreiter in der Umsetzung des neuen Gesetzes.

- *Die Erarbeitung einer Konzeption für die Arbeit des Pflegekinderdienstes*

Im Zusammenhang mit der Neuregelung der Adoptionsvermittlung wurde der Pflegekinderdienst um 0,4 Stellenanteile auf zwei Vollzeitstellen aufgestockt. Ziel der Maßnahme ist es, die Zahl der Pflegekinder zu erhöhen, intensiver als bisher Pflegeeltern zu werben und schon tätige Pflegeeltern besser als bisher fachlich zu begleiten. In einer Konzeption werden Arbeitsschwerpunkte aufgezeigt, die letztendlich dazu führen sollen, die Zahl der Heimunterbringungen, vor allem für kleinere Kinder, zu reduzieren.

- *Die fachliche Ausgestaltung der ambulanten Hilfemaßnahmen*

Neben der Schaffung neuer Pflegestellen ist der Ausbau der ambulanten Hilfen eine weitere Möglichkeit, um ein Ansteigen der kostenintensiven stationären Hilfen zu verhindern. Durch die Erweiterung der Angebote für Familien, wie „Sozialpädagogische Familienhilfe“, „Einzel-fallhilfe“, „Video-Home-Training im Rahmen der Familienhilfe“ und die „Soziale Gruppenarbeit“ wurden wesentliche Voraussetzungen geschaffen, Hilfe dort anzubieten, wo Kinder bzw. Jugendliche leben. So kann es besser gelingen, ihnen ihr soziales Umfeld und das Elternhaus zu erhalten und die Kompetenz der Eltern zu stärken.

➤ *Die Fortschreibung der Jugendhilfeplanung*

Für den Bereich der Kindertagesbetreuung war die Planung bis zum Jahr 2007 fortzuschreiben. Dabei musste die veränderte Gesetzeslage beachtet werden, die den Kommunen einen wesentlichen eigenen Planungsanteil zugesteht. Mit der Beschlussfassung durch den Kreistag wird diese Planung Grundlage für finanzielle Beteiligungen des Landkreises an der Finanzierung von Baumaßnahmen in Kindertagesstätten über die Zuweisung von GfG-Mitteln sein.

➤ *Die Überprüfung der 35 Stellen, die über das 610-Stellen-Programm des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport auch mit kreislichen Mitteln gefördert werden.*

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport hat seine Förderrichtlinie überarbeitet und stellt für weitere fünf Jahre eine Mitfinanzierung sicher. Auch der Landkreis hat sich zu einer Mitfinanzierung bekannt. Bedingung muss sein, dass die Maßnahme auch im Bedarf liegt.

Für die Prüfung der Bedarfe von Jugendlichen und ihre Erwartungen an die Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit wurden Fragebögen ausgegeben, die sowohl von Jugendlichen als auch von Freizeiteinrichtungen, freien Trägern der Jugendhilfe und Schulen zu beantworten waren.

Die Angebote der Träger im Bereich der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit wurden im Unterausschuss Jugendhilfeplanung intensiv diskutiert und die Bedarfe für den Sozialraum herausgearbeitet. Auf der Grundlage dieser Bedarfsermittlung erfolgte dann die Zuordnung des Stellenkontingentes. Durch diese Verfahrensweise wurde für die Jahre 2003 – 2005 eine bedarfsgerechte Mitfinanzierung gesichert.

➤ *Die Erarbeitung fachlicher Kriterien für die Tätigkeitsfelder Streetwork und Schulsozialarbeit*

Um die Arbeit in beiden relativ neuen Arbeitsfeldern zu qualifizieren, war es erforderlich, fachliche Kriterien zu entwickeln. Auch vor dem Hintergrund, dass Kommunen zunehmend Bedarf an Streetwork haben und anbieten bzw. anbieten werden. Die fachlichen Kriterien sind auch Hilfen für Schulen, an denen bisher keine Schulsozialarbeit geleistet wurde, für die aber künftig Bedarfe gesehen werden.

➤ *Die Durchführung des 4. Kita–Fachtages*

Mit der Kita–Fachtagung "Eltern engagieren sich" setzte sich die Reihe von Fachtagen im Vor- und Grundschulbereich in diesem Jahr fort. Sie wurde, wie auch die vorherigen sehr gut angenommen und war ein wichtiger Beitrag zur Qualifizierung der Kindertagesbetreuung. Für das Jahr 2003 ist vorgesehen, den Übergang von der Kindertagesstätte in die Schule zum Thema zu nehmen.

➤ *Der Aufbau von Elternt raining*

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kinderschutzbund e.V. und der Kreisvolkshochschule Teltow-Fläming wurde ein Elternt rainingangebot unter dem Thema "Starke Eltern – Starke Kinder" aufgebaut. Mit einer finanziellen Unterstützung des Jugendamtes beteiligten sich zwölf Eltern an zwei Kursen. Für das Jahr 2003 ist eine Fortsetzung des Trainingsangebotes vorgesehen.

➤ *Die Neuerungen/Veränderungen im Unterhaltsbereich*

Im Bereich Wirtschaftliche Jugendhilfe wurde das Programm der Einmalzahlung getestet. Damit soll eine schnellere Bearbeitung in Bezug auf die Auszahlung finanzieller Mittel für Heim-/Pflegekinder möglich sein. Die volle Umsetzung wird im Jahr 2003 erfolgen.

Des Weiteren wurde in diesem Bereich eine Heimdatei angelegt. Mit dieser erforderlichen Vorarbeit soll es im nächsten Jahr möglich sein, die monatlichen Auszahlungen der Heimkosten über die GKD Paderborn vornehmen zu können.

Im Bereich Unterhaltsvorschuss wurden im Jahr 2002 insgesamt 571 Anträge gestellt. Dies sind zum Vergleichszeitraum im Vorjahr 89 Anträge mehr. Trotz dieser gestiegenen Zahl wurde bis zum 31.12.2002 ein Betrag von insgesamt 227.522,52 € (im Vorjahr 199.545,70 €) nach § 7 UVG eingenommen. Dies war möglich, da verstärkt Unterhaltstitel zur Durchsetzung des Unterhaltsanspruches geschaffen werden konnten.

Im Bereich Unterhalt ist die Tendenz in Bezug auf die Antragstellung zur Führung einer Beistandschaft rückläufig. So wurden bis zum 31.12.2002 222 Anträge gestellt; im Vergleichszeitraum zum Vorjahr 254. An die Führung einer Beistandschaft sowie der Beratungs- und Unterstützungstätigkeit werden zunehmend höhere Ansprüche in Bezug auf die Qualität gestellt. Dies ist häufigen Gesetzesänderungen, den wechselnden Einkommenssituationen der Unterhaltspflichtigen und den rechtlichen Auseinandersetzungen mit Rechtsanwälten geschuldet.

➤ *Die Sportförderung*

Der Landkreis gewährt nach Maßgabe der Sportförderrichtlinie Zuwendungen für die Förderung des Vereinssports. Dafür standen 2002 insgesamt 91.500,00 € zur Verfügung.

Der Mitgliederbestand im Jahr 2000 lag bei 16.021 Vereinssportler in 157 Sportvereinen, und im Jahr 2002 können 16.696 Mitglieder in 169 Sportvereinen gezählt werden. In den Vereinen sind ca. 41 % Kinder und Jugendliche, die dort einen Teil ihrer Freizeit verbringen. Knapp ein Viertel der Vereine haben die Zuwendungen des Landkreises in Anspruch genommen.

Sportliche Großveranstaltungen wie die Rangsdorfer Handballwoche, das Michaelismarktturnier in Jüterbog oder die Deutsche Meisterschaft in der Vielseitigkeitsreiterei in Wahlsdorf/Liepe - um nur einige zu nennen – waren Höhepunkte des Sportjahres.

Im **Gesundheitsamt** war neben der routinemäßigen Überwachung der angezeigten *Eigen- und Einzelwasserversorgungsanlagen* ein Schwerpunkt die Erfassung der nicht angezeigten Eigenwasserversorgungsanlagen in der Gemeinde Dahmetal. Im Jahr 2002 wurden in diesem Bereich 104 Eigen- und Einzeltrinkwasserversorgungsanlagen kontrolliert, Trinkwasserproben zur mikrobiologischen und chemischen Untersuchung entnommen und die Ergebnisse mit den Eigentümern ausgewertet. Bei 74 Wasserversorgungsanlagen wurden Grenzwertüberschreitungen nach Trinkwasserverordnung festgestellt, davon 72 chemische und sechs mikrobiologische. Hinsichtlich der mikrobiologischen Beanstandungen musste in zwei Fällen auf Grund positiver Nachproben ein sofortiges Abkochgebot angeordnet und eine Brunnendesinfektion veranlasst werden. Eine Abstellung der Grenzwertüberschreitungen ist nur durch den Anschluss an eine zentrale Trinkwasserversorgungsanlage oder den Einbau entsprechender Aufbereitungsanlagen in den einzelnen Eigentrinkwasserversorgungsanlagen möglich.

48 *Wasserwerke*, die ca. 7 Mill. m<sup>3</sup>/Jahr Trinkwasser fördern, werden durch das Gesundheitsamt regelmäßig überwacht. Das Trinkwasser erfüllt die Anforderungen der Trinkwasserverordnung und weist einen sehr unterschiedlichen Härtebereich auf. Abweichungen vom Beprobungsumfang und -rhythmus nach Trinkwasserverordnung wurden auf Grund der Belastung des Rohwassers mit leichtflüchtigen Chlorkohlenwasserstoffen für drei Wasserwerke angeordnet. Die installierten Gegenstromdesorptionsanlagen sind voll funktionstüchtig, so dass eine Abgabe von qualitätsgerechtem Trinkwasser an die Abnehmer gewährleistet wird.

In zwei *Hallenbädern* mit 12 Badebecken wurden 120 Mal Badewasserproben entnommen und chemisch und mikrobiologisch untersucht. In sieben *Freibädern* erfolgten während der Badesaison 65 Probenahmen. Die Beckenwasserqualität hinsichtlich der mikrobiologischen Parameter war insgesamt gut. Bei den chemischen Parametern war die Ursache der Beanstandungen u.a., dass die installierten Aufbereitungsanlagen nicht dem Stand der Technik (DIN 19643) entsprechen. Dies trifft auf fünf von sieben Freibädern zu.

Im Landkreis Teltow-Fläming sind acht überregionale und neun regionale *Badestellen an Seen* ausgewiesen. Die Beprobung des Badewassers an diesen Badestellen erfolgte während der Badesaison 14-tägig bzw. monatlich durch das Gesundheitsamt. Insgesamt wurden 122 Badewasserüberprüfungen durch das Gesundheitsamt durchgeführt.

Aufgrund des verstärkten Algenwachstums wurde am Rangsdorfer See bei einer Sichttiefe von 0,25 m Badeverbot während der gesamten Badesaison angeordnet. Warnhinweise wurden aufgrund des verstärkten Algenwachstums bei einer Sichttiefe von 0,75 m bis 0,35 m zeitweise an den Badestellen des Motzener Sees, des Mellensees und des Siethener Sees durch das Gesundheitsamt öffentlich gemacht.

Über die Beurteilung der 17 Badestellen konnte sich die Bevölkerung im Foyer der Kreisverwaltung an den Ausstellungstafeln informieren.

2002 wurden im Gesundheitsamt 184 *umwelthygienische bzw. umweltmedizinische* Problemstellungen bearbeitet. Gesundheitliche Beschwerden wurden an Hand der Umweltdokumentationsbögen erfasst. Gegenüber dem Vorjahr ist ein deutlicher Anstieg insbesondere bei den Innenraumluftbeschwerden auf Grund von Schimmelpilzen zu verzeichnen. Waren es im Gesamtzeitraum 2001 56 umwelthygienische und umweltmedizinische Beratungen, wurden im Jahr 2002 115 Beschwerden registriert. Außerdem wurden 17 Problemstellungen wegen Gesundheitsschädlingen, 26 wegen Innenraumluft/Wohnverhältnissen, acht wegen Trinkwasser und 18 sonstige, u.a. Luft, Abfall, Abwasser bearbeitet.

In acht öffentlichen Einrichtungen, darunter in fünf von Kindern und Jugendlichen genutzten Gebäuden, erfolgte eine umwelthygienische Risikobewertung mit Festlegung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr.

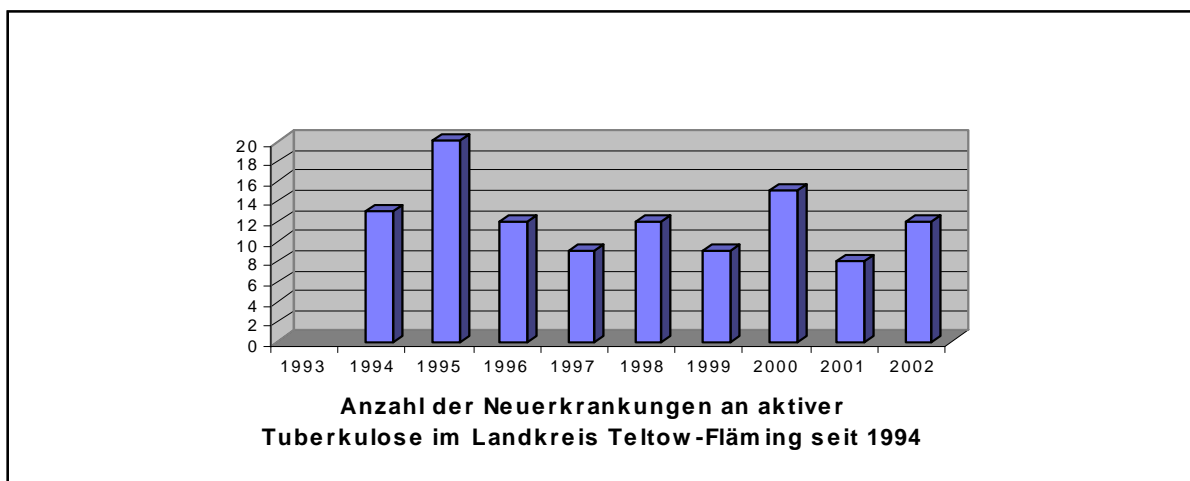
Schwerpunkt der Arbeit im Bereich *Infektionsschutz* ist die Erfassung, epidemiologische Bearbeitung und Ermittlungstätigkeit nach dem Infektionsschutzgesetz sowie die Übermittlung des Datenmaterials an das Landesgesundheitsamt. Wie in den vergangenen Jahren stehen an erster Stelle die infektiösen Magen-Darm-Erkrankungen (908 Meldungen).

In den letzten Jahren ist eine vermehrte Anzahl von Gastroenteritis-Ausbrüchen in Gemeinschaftseinrichtungen auffällig geworden. Dies betraf im Jahr 2002 bisher 16 Kindertagesstätten, acht Altenheime, zwei Herbergen, drei Schulen und zwei Krankenhäuser. Auf Veranlassung des Gesundheitsamtes konnten in diesem Jahr als Ursache auch Norwalk ähnliche Viren aufgrund der verbesserten Labordiagnostik nachgewiesen werden.

Die Erfassung von Borreliose-Erkrankungen nach Verordnung über die erweiterte Meldepflicht im Land Brandenburg stieg im Vergleich zu den Vorjahren weiterhin an. Die Bevölkerung ist aufmerksamer gegenüber Zeckenstichen geworden und deren Erstsymptomen nach Infektion durch Borrelien (Erythema migrans). Von ärztlicher Seite wird häufiger ein Nachweis über labordiagnostische Blutuntersuchungen geführt.

Im Berichtszeitraum wurden im Gesundheitsamt 992 kostenpflichtige Belehrungen und ärztliche Befragungen nach § 42 und § 43 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) durchgeführt.

In der Tuberkuloseberatung wurde bei zwölf Neuerkrankungen an aktiver *Tuberkulose* ermittelt und die notwendigen Maßnahmen veranlasst bzw. durchgeführt. Hinzu kamen 565 Umgebungsuntersuchungen (klinische Untersuchung, Tubergentest, Röntgenuntersuchungen).



In den *Behindertenberatungsstellen* in Luckenwalde, Ludwigsfelde und Zossen erfolgten durch die Sozialarbeiterinnen 1.076 Beratungen im Gesundheitsamt sowie 242 Hausbesuche. Die Ernährungsberaterin beriet 336 Personen zu Ernährungs- und Diabetesproblemen.

Im *Sozialpsychiatrischen Dienst* ist die Zahl der betreuten psychisch Kranken und Suchtkranken annähernd wie in den vergangenen Jahren, jedoch hat der Arbeits- und Betreuungsumfang je Klient zugenommen. Die Zahl der betreuten illegalen Drogenkonsumenten



(Haschisch/Marihuana, Ecstasy, Krack, Speed) nimmt zu, wobei eine Tendenz zur Öffnung der Betroffenen hinsichtlich ihrer Problematik zu erkennen ist.

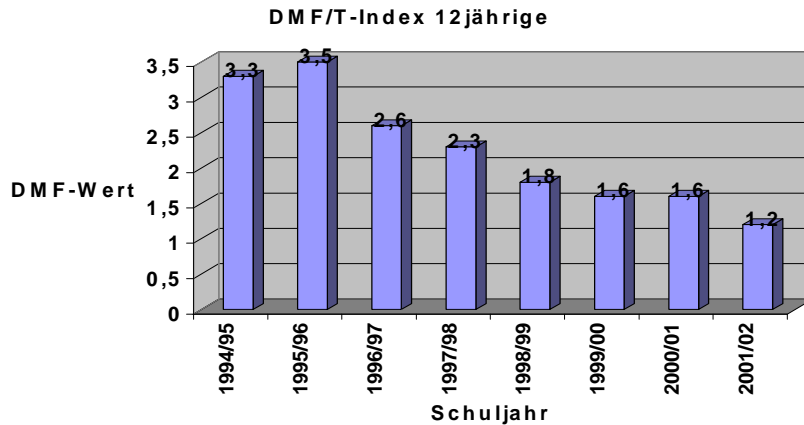
Im *Kinder- und Jugendgesundheitsdienst* wurden bis September 2002 (Schuljahr 2001/2002) insgesamt 4.023 Schüler der 6. und 10. Klassen untersucht, davon 1.818 Schulabgänger nach Jugendarbeitsschutzgesetz. Bei gesundheitlichen Störungen und Behinderungen erfolgten Beratungen durch die Jugendärzte. Bei kontroll- oder behandlungsbedürftigen Befunden wurden Überweisungen an die entsprechenden Fachärzte veranlasst. 1.221 Schulanfänger wurden untersucht (100 %) sowie 873 Vorschulkinder von 1.109 (78,7 %). Kinder der jüngeren Altersgruppen in den Kindertagesstätten konnten trotz besserer organisatorischer Voraussetzungen nur zu 37,4 % untersucht werden (im Vorjahr 28,5 %). Kinder mit körperlichen, geistigen und psychischen Beeinträchtigungen wurden vorrangig untersucht, die Eltern beraten und Frühfördermaßnahmen eingeleitet. Eine Fachärztin für Kinderpsychiatrie konnte ab September 2002 für Beratungssprechstunden gewonnen werden. Die Sozialarbeiterinnen führten 625 Hausbesuche durch. Davon 173 Hausbesuche wegen kinder- und jugendpsychiatrischer Probleme (im vergangenen Schuljahr 141 Hausbesuche).

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen *zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen* wurden im Schuljahr 2001/2002 im Landkreis Teltow-Fläming 14.243 Kinder und Jugendliche im Alter von 2 bis 16 Jahren untersucht.

Folgende Entwicklung an Hand der Untersuchungen der Vorjahre konnte beobachtet werden:

Zahnbefunde der Einschulungskinder in %								
Schuljahr	1994/95	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02
primär gesund	21,9	25	30,9	36,4	42,5	45,7	44,8	45,9
saniert	31,7	32,2	34,1	22,6	16,1	12,9	12,6	12,6
beh.-bed.	46,4	42,8	35	41	41,4	41,4	42,6	41,5

45,9% der Schulanfänger weisen inzwischen primär gesunde Gebisse auf. 1994/95 waren es nur 21,9%. Neben einer breiten Verfügbarkeit von zahnschmelzhärtenden Fluoriden haben die Maßnahmen der Gruppenprophylaxe, die seit 1993 im Gesundheitsamt des LK TF kontinuierlich und flächendeckend durchgeführt werden, diese positive Entwicklung mit bestimmt. Die Sanierungsleistung muss in dieser Altersgruppe jedoch dringend verbessert werden.



Auch in der Altersgruppe der 12-Jährigen hat sich der Trend des Kariesrückganges fortgesetzt (DMF/T –Index = Summe der kariösen, entfernten und gefüllten bleibenden Zähne, Vorgabe der WHO 2,0).

*Gruppenprophylaktisch* wurden in Form der aufsuchenden Betreuung im Berichtszeitraum 11.446 2-bis 12-Jährige Kinder, behinderte Jugendliche und Erwachsene in Kindergärten, Schulen und Heimen betreut (80,3%).

Entsprechend der "Vereinbarung zur Förderung der Gruppenprophylaxe gem. § 21 SGB V" konnten für den Landkreis Einnahmen von den gesetzlichen Krankenkassen für Personalkosten und Sachmittel verbucht werden.

Gemeinsam mit dem Sozialamt wurde im Rahmen der Sozialplanung ein wesentlicher Teil der *Behindertenplanung* erarbeitet. Schwerpunkte der *Öffentlichkeitsarbeit und Prävention* waren Seminare für Pädagogen, Schulsozialarbeiter und Freizeitpädagogen sowie der Einsatz von Mitmachparcours zur Aids-Aufklärung/Sexualpädagogik, Veranstaltungen zum Tag der Zahngesundheit, die Organisation des 10. Diabetikertages gemeinsam mit dem Deutschen Diabetikerbund am 31.08.2002 und die gemeinsame Informationsveranstaltung mit Freien Trägern am 29.09.2002 im Kreishaus zum Alzheimer-Tag.

Gemäß Runderlass des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg vom 22.11.1993 haben die Gesundheitsämter die *Patientenunterlagen* aus ehemaligen staatlichen Gesundheitseinrichtungen der DDR aufzubewahren, zu verwalten und zu archivieren. Insgesamt lagern in den Räumen der Kreisverwaltung mit Nebenstellen in Zossen und Jüterbog ca. 1,1 Mio Patientenakten. Bisher wurden 312.851 Akten computermäßig erfasst. Die verantwortlichen Mitarbeiter/innen des Gesundheitsamtes bearbeiteten mit Beteiligung eines Arztes z. B. im Jahr 2002 263 Anträge von Berufsgenossenschaften, Landesversorgungsämtern, Sozialgerichten, Ärzten und Privatpersonen zur Herausgabe oder Einsicht von Patientenunterlagen. Im Jahr 2001 waren es 307 Anträge.

Aus der Sicht des **Staatlichen Schulamtes Wünsdorf** umfasst das Kalenderjahr 2002 sowohl das zweite Schulhalbjahr 2001/02 als auch das erste von 2002/03.

Im Landkreis Teltow-Fläming besuchen zurzeit etwa 19.500 Schülerinnen, Schüler und Auszubildende in mehr als 800 Klassen die insgesamt 63 Schulen. Sie werden von etwa 1.600 Lehrkräften unterrichtet.

In den Eingangsjahrgang der Primarstufe wurden im Jahr 2002 in 49 Klassen etwa 1.140 Schüler aufgenommen. Das entspricht einer Klassenfrequenz von 23,2. Damit konnte eine Klasse weniger als im Vorjahr gebildet werden. Die Schülerzahl sank leicht ab.

Der Vergleich der zurzeit im Primarbereich vorhandenen Jahrgänge zeigt die Stabilisierung auf niedrigem Niveau von knapp 1200.

Einschulung	Jahrgang	Schüler	Klassen	Frequenz
1997/98	5	1.670	70	23,9
1998/99	4	1.119	53	21,1
1999/00	3	996	45	22,1
2000/01	2	961	43	22,4
2001/02	1	1.105	50	22,1
2002/03	1	1.138	49	23,2

Der Prozess der Umstrukturierung im Primarbereich ist im Landkreis Teltow-Fläming aus schulfachlicher Sicht weitestgehend abgeschlossen. Zum Ende des Schuljahres 2001/2002 wurden die Grundschulen Kloster Zinna und Hohenseefeld sowie die Wiesengrundschule in Jüterbog aufgelöst.

Die Aufnahme in die weiterführenden allgemein bildenden Schulen (Sekundarstufe I) erfolgte auch im Jahr 2002 mit Hilfe des vorgeschriebenen Übergangsverfahrens. Dabei standen wir vor der Aufgabe, etwa 2100 Schüler unter Berücksichtigung des Elternwunsches und ihrer Eignung den tatsächlich vorhandenen Kapazitäten unserer Schulen entsprechend unterzubringen.

Schließlich ergab sich zum Schuljahresbeginn die folgende Ausstattung des siebenten Jahrgangs in unseren Schulen mit Sekundarstufe I (in Klammern sind zum Vergleich die Vorjahreszahlen eingefügt):

Schulform	Anzahl	Klassen 7	Schüler	Prozent
Realschulen	4 (5)	14 (16)	394 (433)	18,8 (20,5)
Gesamtschulen	13 (12)	45 (41)	1.157 (1.033)	55,3 (49,1)
Gymnasien	5 (5)	19 (22)	543 (639)	25,9 (30,4)
gesamt	22 (22)	78 (79)	2.094 (2.105)	

Damit wird im Vergleich zum Vorjahr bei einem leichten Rückgang der Schüler eine Klasse weniger gebildet. Der Trend einer starken Zuwendung zu den Gymnasien und der Abwendung von den Gesamtschulen wurde gestoppt. Bemerkenswert ist, dass wegen zu geringer Schülerzahlen die Gesamtschule Werbig keine Eingangsklassen bilden konnte. Die Gesamtschüler werden in Jüterbog beschult.

Im Kalenderjahr 2002 wurden auch weitere einschneidende Veränderungen im Bereich der Sekundarstufe I im Landkreis wirksam. So wurden nach der vorjährigen Auflösung der kleineren Gesamtschule in Luckenwalde auch die Schullandschaft in Jüterbog und die in Trebbin so gestrafft, dass aus heutiger Sicht eine dauerhafte Lösung gefunden scheint. In Jüterbog konzentriert sich der Standort Schollsschule auf den Grundschulbereich, die Schüler der Sekundarstufe I werden zukünftig neben dem Gymnasium nur noch den Standort Wiesengesamtschule besuchen können. In Trebbin werden die beiden bisher bestehenden Schulen (Realschule und Gymnasium) auslaufen. Mit dem Schuljahr 2002/03 nimmt die Gesamtschule Trebbin mit 66 Schülern in drei siebenten Klassen ihren Betrieb auf.

Besonderes Interesse bei vielen Eltern fanden die sogenannten Leistungsprofilklassen (im Volksmund Schnellläuferklassen) und damit die Möglichkeit, nach der Klasse 4 bereits zum Gymnasium zu wechseln und dann nach insgesamt zwölf Jahren Schulbesuch das Abitur abzulegen. Im unserem Landkreis wurden beginnend mit dem Schuljahr 2001/02 an den Gymnasien in Blankenfelde, Ludwigfelde und Luckenwalde solche Klassen eingerichtet, die das erste Jahr mit großem Erfolg absolviert haben und ab August 2002 die sechste Klasse besuchen. Ein neuer fünfter Jahrgang nahm an den oben genannten Standorten im August 2002 den Unterricht in drei Klassen auf.

Für das Schuljahr 2003/04 wird in der Gesamtschule Zossen mit Gymnasialer Oberstufe der Start des Modellversuchs 6 + 6 – ebenfalls eine Variante des auf 12 Jahre verkürzten Wegs zum Abitur – vorbereitet.

Insgesamt ist das Schuljahr 2002/03 mit mehreren zentralen Reformprojekten gestartet:

- Die Teilnahme an der flexiblen Eingangsstufe wird erweitert. Im Landkreis Teltow-Fläming nehmen ab 2003/04 neben der Ebertschule in Luckenwalde weitere vier Grundschulen an dieser Art der Gestaltung der ersten Schuljahre teil.
- Die Begegnungssprache wird ausgeweitet. Beginn von Englisch als Lehrgangssprache ist im Schuljahr 2004.
- Ausdehnung der Leistungsdifferenzierung auf die Jahrgangsstufe 6  
Die Teilungsstunden werden für die Einrichtung leistungsdifferenzierter Lerngruppen in den Fächern Mathematik, Deutsch und 1. Fremdsprache genutzt.
- Die Zahl der Wochenstunden in der Grundschule wird schrittweise zugunsten von Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften erhöht.
- In der Sekundarstufe I werden neue Rahmenlehrpläne eingeführt. Diese enthalten ein verbindliches Kerncurriculum.
- Am Ende der 10. Klasse werden in allen Schulformen Prüfungen in mindestens vier Fächern durchgeführt. Deutsch und Mathematik sind schriftliche Prüfungsfächer.
- Die Gymnasiale Oberstufe wird neu gestaltet (Organisationsform, Belegverpflichtung, Abiturprüfungsfächer).

Diese zentralen Reformprojekte wurden zum 01. August 2002 eingeführt oder ihre Vorbereitung für 2003 wurde eingeleitet. Die qualifizierte Umsetzung dieser Vorhaben erfordert vom Schulamt und von allen einbezogenen Lehrern eine hohe Einsatzbereitschaft. Die Reformprojekte werden die Tätigkeit in den nächsten Jahren wesentlich bestimmen.

Insgesamt konnten auch im Berichtszeitraum wieder Fortschritte bei der weiteren Anpassung unserer Schullandschaft an die gesunkenen Schülerzahlen erreicht werden.

Auch das Niveau der Bildung und Erziehung an unseren Schulen ist durch vielerlei gezielte Maßnahmen verbessert worden. Die materiellen Bedingungen für die Bildung und Erziehung unserer Mädchen und Jungen wurden weiterentwickelt. Das betrifft sowohl den Landkreis als bedeutendsten Schulträger als auch die Städte, Ämter und Gemeinden.

## Dezernat IV

Bei den Aufgabenstellungen des **Planungsamtes** haben gegenüber den Berichterstattungen der Vorjahre die Verkehrs- und Wegeplanungen ein größeres Gewicht erhalten. Neben den eigenen Planverfahren für Kreisstraßen sind die Beteiligungen des Landkreises im Rahmen der Planfeststellungsverfahren zu den Straßen- und Ortsumgehungsprojekten sowie die federführende Verantwortung bei der Entwicklung und Realisierung des Rad- und Skateweges im Landkreis Teltow-Fläming zu nennen. Die nachfolgende Darstellung der einzelnen Projekte und des jeweiligen Bearbeitungsstandes soll die Verantwortung und Mitwirkung der Verwaltung an der Verbesserung der Infrastrukturausstattung des Landkreises Teltow-Fläming verdeutlichen. Die folgenden Vorhaben haben dabei oberste Priorität:

Das Planfeststellungsverfahren zur Ortsumgehung Dabendorf K 7234 wurde im Juni 2000 nach § 38 Brandenburgisches Straßengesetz eröffnet. Die Planungsmaßnahme befindet sich noch im Verfahren.

Im Rahmen der Ortsumfahrung Liebätz werden derzeit die Entwurfs- und Genehmigungsunterlagen erarbeitet. Die Beantragung der Planfeststellung ist im Jahr 2003 vorgesehen.

Zur Entlastung der Ortslage Dornswalde vom Lkw-Verkehr wurden im Oktober 2002 die Variantenuntersuchung sowie die technische Planung für eine Ortsumfahrung Dornswalde in Auftrag gegeben.

Zum durchgängigen Erhalt der B 101alt erfolgt gegenwärtig die Erarbeitung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung des Brückenbauwerkes über die Bahnstrecke Berlin – Halle/Leipzig bei Kerzendorf. Es ist vorgesehen die Planfeststellung 2003 zu beantragen.

Die B 101 ist neben der B 96 die wichtigste Straßenverbindung im Gebiet des Landkreises Teltow-Fläming. Unterstützt durch die intensiven Bemühungen des Landkreises konnte der vierstreifige Ausbau der B 101neu bis Luckenwalde weiter vorangetrieben werden.

Zwischen der Stadtgrenze Berlin/Brandenburg und Kerzendorf Süd wurde auf allen Streckenabschnitten mit dem Bau der B 101neu begonnen. Größtenteils konnte bereits die Inbetriebnahme einiger Streckenabschnitte erfolgen, so dass seit August 2002 zwischen der L 76 und Kerzendorf Süd die B 101neu vierstreifig befahrbar ist.

Für den ersten Teilabschnitt der Ortsumgehung Trebbin im Zuge der B 101neu wurde durch die DEGES das Planfeststellungsverfahren eröffnet und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchgeführt. Aufgrund intensiver Bemühungen konnte erreicht werden, dass südlich von Klein Schulzendorf eine zusätzliche Abfahrt geschaffen wird. Baurecht wird über ein gesondertes Planfeststellungsverfahren geschaffen.

Mit dem Bau der Ortsumgehungen Luckenwalde und Jüterbog im Zuge der B 101neu konnte begonnen werden.

Durch Gespräche mit dem Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg ist es dem Landkreis Teltow-Fläming gelungen, dass das Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Ortsumgehung Mahlow im Zuge der L 76 in Form der Südvariante eingestellt wurde. Die Planfeststellungsunterlagen für den Ausbau der L 76 als Mittelvariante befinden sich in der Erarbeitung.

Aufbauend auf dem Grundgedanken, die B 101alt durchgängig zu erhalten, werden alle Anstrengungen unternommen, dass die zukünftige Kreisstraße nach und nach mit separaten Radwegen ausgerüstet wird, um die Nordsüd-Verbindung von Berlin zum Rad- und Skateweg zu schaffen. Diese Maßnahme ist auch Bestandteil des touristischen Radwegekonzeptes des Landkreises Teltow-Fläming, für das erste konzeptionelle Entwürfe vorliegen.

Zur weiteren Verbesserung der touristischen Infrastruktur erfolgte im Jahr 2002 die Fertigstellung von mittlerweile 147 km des Rad- und Skateweges, der im August 2002 feierlich eröffnet wurde. Da noch nicht für alle Streckenabschnitte die Voraussetzungen zur Widmung vorliegen, wurden die verkehrsrechtlichen Anordnungen zur Ausschilderung der Strecke vorgezogen. Somit konnte eine zügige Freigabe der Strecke erfolgen.

Im Juli 2002 wurde das Anhörungsverfahren zum Planfeststellungsverfahren für die Änderung des Verkehrslandeplatzes Schönhagen eingeleitet. Damit werden der weitere Ausbau und die Modernisierung des Verkehrslandeplatzes vorbereitet. Von den mit dem Ausbau einhergehenden Entwicklungen auf dem Sektor der Dienstleistungen sowie den entstehenden Synergieeffekten werden insbesondere die Kreisstadt Luckenwalde und die Stadt Jüterbog partizipieren. Federführend durch das Planungsamt wurde eine kreisliche Stellungnahme abgegeben.

Im Juli 2002 wurde das Verfahren zur Fortschreibung des Regionalplans Havelland-Fläming um den Teilplan Windenergie eingeleitet. Dieser Entwurf des Teilplanes legt für den Landkreis Teltow-Fläming als Steuerungsinstrument sieben Eignungsgebiete für Windenergieanlagen fest. Die Eignungsgebiete dienen der Vermeidung von Konflikten mit anderen Raumnutzungen. Die Nachfrage von Investoren zur Errichtung von Windenergieanlagen ist noch ungemindert groß. Neben den zahlreichen Anlagen, die über Bau- und Immissionschutzgenehmigungen errichtet wurden, werden im Raum Dahme über 1.428 ha Fläche und im Raum Niederer Fläming über 357 ha Fläche Bauleitpläne erstellt, um eine Koordinierung der privaten und öffentlichen Belange bei der Errichtung von insgesamt 94 Windkraftanlagen vorzunehmen.

Auf dem Gebiet der Siedlungsentwicklung ist in unserem Landkreis eine gewisse Sättigung eingetreten. Dennoch werden nachfolgend genannte Projekte und deren Planer bzw. Investoren durch die Kreisverwaltung unterstützend begleitet.

Für das Vorhaben des Wissenschafts-, Sport- und Gesundheitsparkes in Wünsdorf überarbeitet die Gemeinde ihren Flächennutzungsplanentwurf, um für das Vorhaben die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Als erste Anlagen sollen ein Höhentrainingszentrum und eine Ski-Indooranlage errichtet werden. Die Abrissanträge für alte Militärgebäude wurden bereits im Oktober 2002 gestellt. Im Höhentrainingslager werden Trainingsbedingungen simuliert, wie sie die Sportler im Hochgebirge vorfinden würden. Die Ski-Indooranlage schafft auch mit Hilfe von Kunstschnee entsprechende Abfahrtsmöglichkeiten. Beide Anlagen schaffen Synergieeffekte, da die Spezialtechnik, z. B. die Schneemaschine, in beiden Trainingshallen genutzt werden kann und die Hallen auch untereinander verbunden sind. Im Jahr 2003 sollen die Bauarbeiten beginnen.

Zurzeit werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Umnutzung des Konversionsstandortes in Kallinchen geschaffen. Ein Zielabweichungsverfahren zum Landesentwicklungsplan engerer Verflechtungsraum wurde im Dezember 2002 positiv abgeschlossen und die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für die Errichtung des Vorhabens „Off-Road und Fahrsicherheitszentrum“ erfolgte. Die Firma TFR Motor-Erlebnis & Fun-Park GmbH betreibt seit 1998 mit Erfolg das in Kallinchen bestehende Offroad- und Fahrsicherheitszentrum. Um dem wachsenden Zuspruch gerecht zu werden, will das Unternehmen seine Dienstleistungen erweitern und dazu die vorhandenen Gebäude auf dem Gelände der ehemaligen Staatssicherheit umnutzen. Das Gelände wird dabei städtebaulich

geordnet, einige Gebäude werden abgerissen und weitere Flächen entsiegelt. In dem an-sässigen Unternehmen sollen so die sechs Arbeitsplätze erhalten und weitere sieben Arbeitsplätze geschaffen werden.

Koordinierend wirkte das Planungsamt bei der Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau des neuen Altenpflegeheimes des DRK in Saalow. Der Bauantrag ist bereits gestellt und damit die Basis geschaffen, die für das Jahr 2002 zugesagten Fördermittel abzurufen. Ab 2003 soll am Standort in Saalow gebaut werden.

Die Stadt Zossen bereitet den Antrag auf Ausrichtung der Landesgartenschau 2010 vor. Das Planungsamt begleitet seitens der Kreisverwaltung diese Vorstellungen der Stadt. Gegenwärtig arbeitet ein Büro die Machbarkeitsstudie für die LAGA 2010 aus.

Die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg haben am 25. Juni 2002 die Änderungen von § 19 Abs. 11 des gemeinsamen Landesentwicklungsprogrammes (LEPro) sowie den Entwurf des gemeinsamen Landesentwicklungsplanes Flughafenstandortentwicklung (LEP FS) gebilligt und die Gemeinsame Landesplanungsabteilung beauftragt, das Beteiligungsverfahren einzuleiten. Der Landkreis Teltow-Fläming hat zu den Entwürfen fristgemäß die in der Kreistagssitzung am 21.10.2002 beschlossenen Stellungnahmen abgegeben.

Seit März 2002 liegt das vom Kreistag beschlossene Leitbild zur Kreisentwicklung vollständig vor. Zurzeit erfolgt die Überarbeitung der Kreisentwicklungskonzeption vorwiegend in den statistischen Grundaussagen wie zum Beispiel zum Arbeitsmarkt, zur Bevölkerungsentwicklung oder zur Investitionstätigkeit. Im Laufe des Sommers erarbeiteten die Fachämter entsprechende Zuarbeiten zur Aktualisierung. Die immer wieder geänderten administrativen Verwaltungsstrukturen erfordern eine aufwändige Anpassung. Desgleichen wird das zur Kreisentwicklungskonzeption gehörende Kartenmaterial digital überarbeitet.

Die Anwendungsbreite unseres auch für diesen Zweck verwendeten geografischen Informationssystems (GIS) nimmt immer mehr zu. Neben der laufenden Aktualisierung werden ständig neue Themen im GIS erfasst. Dazu gehören Informationen zu Bauleitplänen, Standorten von Mobilfunktürmen, Reitwegen und Windkraftanlagen. Durch die Überlagerung verschiedener Fachthemen werden Karten für Präsentationen, Konzepte oder Analysen, beispielsweise zu Rad- und Skatewegen, zu Standorten für die Windkraftnutzung, zur Gemeindegebietsreform hergestellt. Profitieren können davon unsere Fachämter und nachgeordneten Einrichtungen wie die Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft und der Tourismusverband, oft aber auch Kommunalverwaltungen im Landkreis. Entwickelt wird auch die Kooperation mit anderen Nutzern geografischer Informationen zum Beispiel im Rahmen des Planungsinformationssystems des Landesumweltamtes Brandenburg, des PLIS. Desgleichen wurde mit der Stadt Luckenwalde der Datenaustausch zum Flächennutzungsplan vereinbart und erfolgreich gestartet.

Schon das dritte Jahr fungiert der Landkreis als Genehmigungsbehörde im Sinne des BauGB. Im Jahr 2002 wurden 39 Vorgänge bearbeitet, 26 Bebauungspläne (BP) bzw. Vorhaben- und Erschließungspläne, fünf Flächennutzungspläne (FNP) und acht Satzungen nach BauGB. Von diesen 39 Vorgängen sind 22 Vorgänge positiv beschieden worden. Neun Bauleitplanungen bzw. Satzungen haben bereits Rechtswirksamkeit erlangt. Die eingelegten Widersprüche gegen die Entscheidungen der Genehmigungsbehörde bezogen sich auf den FNP der Stadt Zossen und den BP „Bahnhofschlag“ Dahlewitz. Sie wurden fristgemäß bearbeitet und mussten zurückgewiesen werden.

Die schon zur Tradition gewordenen Arbeitsberatungen mit den Bauämtern der Gemeinden, insbesondere die Beratungen mit dem Ziel, die Qualität der zur Genehmigung vorzulegenden Planunterlagen optimal zu verbessern, wurden auch im Jahr 2002 regelmäßig fortgeführt.



Weiterhin berichtet werden soll über die Aufgabenschwerpunkte des **Kataster- und Vermessungsamtes**.

#### Projekt FALKE

Im Jahr 2001 wurde mit der Ersterstellung des Basisinformationssystems ALK für das Land Brandenburg begonnen. Mittel stehen im Rahmen des „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) zur Verfügung. Die Gesamtsumme des Förderprogramms ist mit ca. 41 Mio. € aufgelegt. Ausgegeben werden die Mittel seit Ende 2001. Das Projekt läuft noch bis Ende des Jahres 2006. Die Landkreise und kreisfreien Städte (Kataster- und Vermessungsämter) und das Land Brandenburg stellen von der Gesamtsumme im Rahmen der Co-Finanzierung je 12,5 % in den Fördertopf ein. Den Löwenanteil in Höhe von 75 % stellt die EU im Rahmen des EFRE Projektes zur Verfügung.

Vorbereitung und Übernahme der einzelnen Projekte sind Aufgaben der jeweiligen Kataster- und Vermessungsämter. Die Arbeiten werden überwiegend an Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure im Landkreis bzw. der näheren Umgebung vergeben.

Ziel ist eine flächendeckende digitale Liegenschaftskarte für das Land Brandenburg bis zum Jahr 2006. Von den rund 2.090 km<sup>2</sup> Fläche des Landkreises liegen 209 km<sup>2</sup> bereits als amtliche digitale Liegenschaftskarte vor. Weitere Flächen von rund 1.100 km<sup>2</sup> sind zur Zeit in Arbeit (Aufträge vorbereitet, vergeben oder bereits zurückerhalten).

#### Übersicht Internes Management Teltow-Fläming

ca. 1:400000



Schwarz: ALK amtlich  
Grau: ALK in Bearbeitung

Im Jahr 2002 sind für den Landkreis Teltow-Fläming Aufträge in Höhe von rund 0,5 Millionen € ausgelöst worden. Der Anteil des Landkreises an der jährlich für das Land Brandenburg zur Verfügung stehenden Vergabesumme betrug 2001 und 2002 jeweils ca. 6,25 %.

### *Ausbildungssituation*

Im Jahr 2002 wurden wieder zwei Auszubildende für den Beruf des Vermessungstechnikers vom Landkreis Teltow-Fläming eingestellt. Insgesamt betreut das Kataster- und Vermessungsamt mit 50 Bediensteten zur Zeit sechs Auszubildende dieser Fachrichtung.

Die vier Auszubildenden des letzten Lehrjahres haben im Sommer 2002 die Abschlussprüfung mit guten Ergebnissen (weit über dem Landesdurchschnitt) abgelegt. Die vier Technikerinnen konnten vom Landkreis für ein Jahr befristet im Kataster- und Vermessungsamt eingestellt werden. Auch die beiden Umschülerinnen für den Beruf Vermessungstechnikerin haben trotz Doppelbelastung mit Erfolg die berufsbegleitende Umschulung abgeschlossen. Es war der letzte Umschulungslehrgang, den das Land in dieser Form angeboten hat. Seitens des Landkreises haben insgesamt neun Mitarbeiter an diesen Umschulungslehrgängen teilgenommen, wovon sieben Mitarbeiter bis zum erfolgreichen Abschluss durchgehalten haben.

### *Antragsstatistik*

Im Jahre 2002 wurden 3.102 schriftliche Anträge (2001: 3.591 Anträge) verschiedener Art auf Auskunftserteilung gestellt und bearbeitet. Bei der Voreigentümerrecherche ist die Anzahl der Anträge von 409 auf derzeit 358 abgefallen.

Im Bereich Messungsvorbereitung wurden 1.642 Anträge (2001: 1.452 Anträge) auf Unterlagenerteilung gestellt. Anträge für Teilungen von Grundstücken und für Lagepläne zum Bauantrag werden in weniger als einem Monat erledigt.

Bei der Übernahme beigebrachter Vermessungsschriften in das Liegenschaftskataster wurden 1.297 Anträge (2001: 1.302 Anträge) gestellt. Die Teilungen sind nach drei Monaten in das Liegenschaftskataster übernommen.

In fast allen Bereichen ist ein in etwa gleicher Auftragseingang wie im Vorjahr festzustellen.

## **Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde**

Im Verlauf des Jahres 2002 ist die Bautätigkeit in unserem Landkreis wie auch in anderen Teilen des Landes weiter zurückgegangen. Das betrifft sowohl die Menge der durchzuführenden Verfahren als auch die darin enthaltene Baumasse. Das wirkt sich auch auf das Gebührenaufkommen aus. Da in diesem Jahr größere Bauvorhaben, die ein entsprechend höheres Gebührenaufkommen verursachen, ausgeblieben sind, konnte der Haushaltsansatz des laufenden Geschäftsjahres nicht erreicht werden. Aus diesem Grunde ist nach Maßgabe der vorläufigen Schlussrechnung des Jahres ein Zuschuss notwendig. Dieser fällt zwar im Vergleich zu dem im letzten Jahr erstmalig notwendigen Zuschuss geringer aus, er ist aber dennoch bemerkenswert, weil bis zum Jahre 2001 die bauaufsichtliche Tätigkeit nicht nur die gesamten Kosten der Behörde finanziert hat, sondern zum Teil erhebliche Überschüsse erwirtschaftet hat.

Auf diese geänderten Rahmenbedingungen hat der Landkreis mit seiner Personalplanung reagiert. Während im Jahre 2000 der Stellenplan für die untere Bauaufsichtsbehörde noch 66 Stellen auswies, war der Stellenplan am Ende des Jahres 2002 bereits auf 63 Stellen reduziert. Im Jahre 2003 werden ebenfalls noch vier Stellen entfallen, so dass innerhalb eines vergleichsweise kurzen Zeitraumes der Personalbestand der Behörde um vorerst fast 12 % abgebaut sein wird. Eine soeben in der Behörde durchgeführte Stellenbemessungsuntersuchung eines externen Beratungsunternehmens hat weitere Einsparungen vorgeschlagen. Es wird Aufgabe der nächsten Zeit sein, in intensiver Diskussion zwischen allen Beteiligten herauszuarbeiten, inwieweit das möglich ist, ohne dass die zwingenden behördlichen Aufgaben in Mitleidenschaft gezogen werden. Im Berichtszeitraum waren 3,5 Stellen dauerhaft wegen Krankheit bzw. Schwangerschaftsabwesenheit unbesetzt, ohne dass die Ausfälle hätten hausintern personell kompensiert werden können.

Per Saldo war am Jahresende das Antragsaufkommen um 9,8 % erhöht, was sich daraus erklärt, dass kurz vor Jahresende noch eine große Menge von Anträgen wegen der im Jahre 2003 zurückgehenden Wohnungsbauförderung eingereicht worden sind. Das ändert aber nichts an der zuvor beschriebenen, allgemeinen negativ Tendenz. Während also die beschriebene Besonderheit zum Jahresende in den meisten Gemeinden und Amtsverwaltungen zu prozentualen Steigerungen geführt hat, ist auffallend, dass in den großen Städten des Landkreises trotz dieses besonderen Umstandes die Entwicklung weiter negativ verläuft. Hier ist insbesondere die Stadt Jüterbog mit einem Rückgang von 19,1 % zu nennen. Aber auch Luckenwalde (- 9,8 %) und Ludwigsfelde (-5,5 %) sind von der negativen Entwicklung nicht verschont geblieben. In der Stadt Ludwigsfelde hat sich seit dem Jahre 1999 das Baugeschehen fast um ein Drittel vermindert. Das Schwergewicht, insbesondere der Wohnungsbauentwicklung, liegt nach wie vor im Amt Blankenfelde/Mahlow, gefolgt von den Amtsbezirken Zossen und Rangsdorf. Insgesamt hat sich die auch in den letzten Jahren deutliche Tendenz fortgesetzt, wonach sich in dem vergleichsweise kleinen Teil des engen Verpflegungsraumes zur Bundeshauptstadt Berlin der weitaus größte Teil des Baugeschehens abspielt.

## Statistik

### Anzahl der Anträge im Rahmen der Bautätigkeit

	Anzahl der Anträge	in Prozent	Einwohner	in Prozent	Fläche	in Prozent
gesamt	2.340	100 %	159.745	100 %	2.092 km <sup>2</sup>	100 %
engerer Verflechtungsraum	1.524	65 %	86.806	54 %	555 km <sup>2</sup>	27 %
äußerer Verflechtungsraum	816	35 %	72.939	46 %	1.537 km <sup>2</sup>	73 %

#### **Engerer Verflechtungsraum:**

Ämter Blankenfelde-Mahlow, Ludwigsfelde/Land, Rangsdorf, Zossen, Trebbin, Stadt Ludwigsfelde

#### **Äußerer Entwicklungsraum:**

Ämter Baruth/Mark, Dahme/Mark, Amt Am Mellensee, Niederer Fläming, Gemeinden Niedergörsdorf, Nuthe-Urstromtal, Städte Luckenwalde und Jüterbog

Bauanträge	1999	2000	2001	Entwicklung 2000 zu 2001	Entwicklung 2001 zu 2002
Amt Blankenfelde-Mahlow	516	492	397	- 19,3 %	14,6 %
Amt Ludwigsfelde/Land	180	117	87	- 25,6 %	69,0 %
Amt Rangsdorf	286	247	221	- 10,5 %	1,8 %
Amt Trebbin	155	166	141	- 15,1 %	41,1 %
Amt Zossen	343	275	292	+ 6,2 %	5,5 %
Stadt Ludwigsfelde	275	294	201	- 31,6 %	-5,5 %
Amt Baruth/Mark	66	70	75	+ 7,1 %	9,3 %
Amt Dahme/Mark	62	76	69	- 9,2 %	24,6 %
Amt Am Mellensee	122	133	112	- 15,8 %	13,4 %
Amt Niederer Fläming	39	42	30	- 28,6 %	66,7 %
Gemeinde Niedergörsdorf	69	74	38	- 48,6 %	44,7 %
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	112	107	103	- 3,7 %	-2,9 %
Stadt Jüterbog	153	124	141	+ 13,7 %	-19,1 %
Stadt Luckenwalde	255	225	224	- 0,4 %	-9,8 %
gesamt	2.633	2.442	2.131	- 12,7 %	9,8 %

#### **Antragsaufkommen 2002 gesamt:**

2.891

auf den engeren Verflechtungsraum entfallen

1.872

**Dies entspricht 65 % des gesamten Antragsaufkommens.**

durchschnittliches Antragsaufkommen pro 100 Einwohner gesamt

1,8 %

## Untere Denkmalschutzbehörde

Im Jahr 2002 sind insgesamt 28 Denkmale neu in das Verzeichnis der Denkmale des Landkreises aufgenommen worden. Neben vielen ortsgeschichtlich bedeutenden Denkmalen befinden sich darunter auch einige von überregionaler Bedeutung. Besonders hervorzuheben ist hier die Unterschutzstellung der gesamten ehemaligen „Königlich-preußischen Militäreisenbahn“ (KME) von Mahlow über Kummersdorf-Gut nach Jüterbog mit sämtlichen anliegenden Bahnhöfen. Das ist u. a. deswegen eine außergewöhnliche Maßnahme, da es bundesweit lediglich zwei weitere denkmalgeschützte Eisenbahnlinien gibt. Die historische Bedeutung dieser Eisenbahnlinie und deren Unterschutzstellung ist in einer Ausstellung im Museum des Teltow in Wünsdorf von Oktober 2001 bis 2002 dargestellt worden.

Von überregionaler Bedeutung ist zweifellos auch der Versuchs- und Schießplatz in Kummersdorf-Gut, mit dessen Unterschutzstellung die Anfänge der Raumfahrtgeschichte in Deutschland dokumentiert werden. Hier arbeitete in seinen Anfangszeiten Wernher von Braun, bevor er nach Peenemünde und später in die Staaten übersiedelte.

Darüber hinaus wurde das so genannte „Eichberg-Haus“ in Thyrow eingetragen. Das Haus wurde um 1925 für den Filmregisseur Richard Eichberg gebaut. Er gehörte zu den Pionieren des deutschen Unterhaltungs- und Abenteuerfilms und gilt als Entdecker von Lilian Harvey, Anna May-Wong und Hans Albers, die ihm ihre ersten wichtigen Filmrollen verdankten.

An wichtigen Denkmalen unseres Landkreises sind im Jahre 2002 Restaurierungs- und Sanierungsarbeiten begonnen oder fortgeführt worden. In Jüterbog hat der Umbau des früheren Franziskanerklosters (Mönchenkirche) zum Kulturquartier der Stadt Jüterbog begonnen. In Kloster Zinna hat die Freiflächengestaltung vor dem Kloster breiten Raum eingenommen. Im Rahmen archäologischer Untersuchungen sind dabei zahlreiche Bodenfunde entdeckt worden, die wertvolle Aufschlüsse über die historische Gestalt der Klosteranlage und damit auch für die Ortsgeschichte geliefert haben. Die Instandsetzungsarbeiten an der Schlossruine in Dahme sind weitergeführt worden, so dass bereits jetzt deutlich erkennbar ist, welche interessanten Möglichkeiten die Nutzung dieses bedeutenden historischen Bauwerks in der Zukunft bieten kann.

Auch an dem bedeutenden Industriedenkmal von Erich Mendelsohn in Luckenwalde, der ehemaligen Hutfabrik, sind die Sanierungsarbeiten weitergegangen. All diesen Beispielen ist gemeinsam, dass sie nur durch das Zusammenwirken verschiedener Fördermittelgeber finanziert werden können.

Das im vergangenen Jahr mit dem Denkmalpreis des Landes ausgezeichnete technische Denkmal Glashütte hat sich weiterentwickelt. Ein früheres Nebengebäude (Packschuppen) ist mittlerweile zu einer Kunstgalerie umgenutzt worden, die sich, wie zahlreiche Veranstaltungen und Ausstellungen belegen, mittlerweile als Besuchermagnet erwiesen hat.

Erwähnenswert ist auch die Instandsetzung und Umnutzung des denkmalgeschützten Ludwigsfelder Bahnhofs. Dort ist das Stadtmuseum eingezogen und kann nun in weitaus verbesserten Möglichkeiten die Stadtgeschichte präsentieren.

Im Bereich der Bodendenkmalpflege hat es zahlreiche spannende Funde und interessante Erkenntnisse gegeben. Die spätmittelalterliche Burganlage in Bärwalde (Amt Niederer Fläming) mit Erdwerken, Wassergräben und obererdiger Architektur konnte vollständig als Bestandsdokumentation vermessen werden, was bedeutsam für die weitere Sanierung des Objektes ist.

In Zossen wurden bei Kanalarbeiten Fundamentreste eines Stadttors entdeckt, dessen Feldsteinmauerwerk bislang nicht exakt datiert werden konnte. Es besteht aber Hoffnung, dass bei weiteren Straßensanierungen der kommenden Jahre die Konstruktion und das Alter des Bauwerkes bestimmt werden können und so weiteren Aufschluss über die Stadtgeschichte vermitteln können.

Von besonderer Bedeutung waren in diesem Jahr Grabungen im Zusammenhang mit Straßenbaumaßnahmen. Besonders erwähnenswert ist eine Ausgrabung im Vorfeld der Herstellung der neuen B 101. Bei Jüterbog konnte eine mittelalterliche Wassermühle ausgegraben werden, deren Pfostengestell und wesentliche konstruktive Elemente durch einen örtlichen hohen Grundwasserstand sehr gut erhalten waren. Sie ist etwa um 1185 n. Chr. gebaut worden. Es handelt sich um den ersten Fund einer derartigen Holzkonstruktion im Land Brandenburg, also ein einmaliger Fund.

Von besonderer Bedeutung für die Denkmalpflege ist die Öffentlichkeitsarbeit, durch welche erst die Ergebnisse der Denkmalpflege einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden können. Die damit verbundene Auseinandersetzung mit lokaler und regionaler Geschichte und Identität stößt auf zunehmend größeres Interesse. Hier ist an erster Stelle der „Tag des offenen Denkmals“ am 08.09.2002 zu nennen, an dem auch in diesem Jahr zahlreiche Objekte der Öffentlichkeit präsentiert worden sind. Die Mitarbeiter der Denkmalschutzbehörde haben sich daran durch das Angebot von Führungen beteiligt. Als besonders bedeutsam in diesem Zusammenhang ist die Präsentation des so genannten Scipio-Teppichs zu nennen, ein barocker Gobbelinteppeich, der um 1700 in einer Brüsseler Weberei hergestellt worden ist und Szenen aus dem Leben des Scipio Africanus im Kampf um Karthago zeigt. Die restauratorischen Reinigungskosten konnten vom Landkreis übernommen werden, so dass das Kunstwerk erstmalig wieder im Schloss Wiepersdorf gezeigt werden konnte.

In der Märkischen Allgemeinen Zeitung stellt die Denkmalschutzbehörde in lockerer Reihenfolge bemerkenswerte Denkmale vor, die von regionaler und überregionaler Bedeutung sind. Von der Denkmalschutzbehörde konnte eine Broschüre erstellt werden, die sich dem besonderen Thema der Wassertürme im Landkreis Teltow-Fläming widmet.

Im Dezember wurde im Kreistagssaal ein Treffen der ehrenamtlichen Beauftragten für Denkmalpflege durchgeführt, an welchen eine große Zahl archäologisch interessierter Besucher teilnahm. In sechs Vorträgen wurden dabei die interessantesten Ausgrabungen vorgestellt, die in unserem Landkreis in den Jahren 2001 und 2002 gemacht worden sind. Das gesteigerte Interesse an der Denkmalpflege zeigt sich auch an dem Umstand, dass die untere Denkmalschutzbehörde Anfang 2003 sieben neue Interessenten als ehrenamtliche Beauftragte für Denkmalpflege ernennen wird.

Bemerkenswert sind natürlich auch die vielen kleinen, lokal bedeutsamen Restaurierungsmaßnahmen an den unterschiedlichsten Gebäuden, die allesamt mit viel persönlichem Einsatz, Zuwendung und Liebe fürs Detail durchgeführt werden. Hier kann die private Initiative nicht hoch genug geschätzt werden, denn die finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand haben sich auch im zurückliegenden Jahr als außerordentlich begrenzt erwiesen. Auch das handwerkliche Geschick und das Wissen um alte Techniken des örtlichen Handwerks kommt hier immer wieder zum Tragen und ist für viele kleinteilige denkmalpflegerische Maßnahmen besonders bedeutsam. Auch der Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern (Beispiel: Vergabe-ABM) kommt in diesem Zusammenhang große Bedeutung zu.

Angesichts der Erfolge des vergangenen Jahres ist es durchaus angebracht, mit Optimismus auf das kommende Jahr zu blicken, zumal der Landkreis es trotz angespannter Finanzlage geschafft hat, für das Haushaltsjahr 2003 zumindest 100.000 € als investive Fördermittel zur Verfügung zu stellen. Das ist sicher angesichts der großen Zahl sanierungsbedürftiger

Denkmale nur ein kleiner Beitrag, der aber dennoch in einer Reihe von Maßnahmen entscheidende Hilfestellung leisten kann.

Das **Hoch- und Tiefbauamt** mit seinen drei Sachgebieten Hochbau, Tiefbau und Kreisstraßenmeisterei hat auch im Jahr 2002 als technisches Fachamt seine Arbeit auf Bauinvestitionen, Bauunterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden und im Straßenbereich konzentriert.

### **Sachgebiet Hochbau**

Die Mitarbeiter des Sachgebietes Hochbau trugen im abgelaufenen Haushaltsjahr 2002 wesentlich dazu bei, dass kreiseigene Objekte baulich weiter modernisiert und Neubauvorhaben planmäßig, qualitätsgerecht und den Normen der Technik entsprechend umgesetzt wurden.

Schwerpunkte waren:

- Die Fertigstellung des OSZ-Standortes Luckenwalde zum Schuljahresbeginn 2002/03
- Der Neubau eines Gymnastikgebäudes sowie die Errichtung von zwei Containerklassenräumen für den Werkunterricht für die Geistig-Behinderten-Schule in Groß Schulzendorf
- Sanierung der Turnhalle des Gymnasiums Jüterbog Haus 1
- Sanierung der Turnhalle der allgemeinen Förderschule Ludwigsfelde

Für das Gymnastikgebäude sowie die beiden Turnhallensanierungen wurden alle notwendigen Planungen im eigenen Amt erstellt. Am Gymnasium in Rangsdorf konnte in diesem Jahr das Richtfest für den Neubau der Zweifeld-Schulsporthalle gefeiert werden. Die Fertigstellung der Turnhalle ist für Mai 2003 vorgesehen.

Umfangreiche Umbauarbeiten an der Turnhalle der allgemeinen Förderschule in Jüterbog werden im laufenden Jahr mit dem 1. Bauabschnitt abgeschlossen. Die Fertigstellung ist ebenfalls für 2003 mit der Sanierung der Sanitär- und Umkleidebereiche geplant.

Bauunterhaltungsmaßnahmen an weiteren Objekten des Landkreises erfolgten zur Sicherung und Erhaltung der Bausubstanz. Planungsleistungen an Gebäude- und technische Gebäudeausrüstungen wurden für eine Bausumme von 1,8 Mill. € erbracht. Im Bereich der Ausschreibungen und Vergaben von Bauleistungen waren in Folge der neuen Vergabeordnung ca. 30 % mehr Ausschreibungen zu bewältigen. Insgesamt wurden über 130 Ausschreibungen mit einem Finanzvolumen von 2,7 Mill. € getätigt. Davon blieben 85 % der Aufträge in unserem Landkreis und 95% im Land Brandenburg. Für fremde Verwaltungen und Gesellschaften wurden sieben baufachliche Stellungnahmen und fünf Prüfungen von Verwendungsnachweisen vorgenommen.

### **Sachgebiet Tiefbau**

Das Sachgebiet Tiefbau nimmt die Aufgaben wahr, die sich aus der Baulast für 200 km Kreisstraßen, 40 km straßenbegleitende Radwege sowie 155 km Rad- und Skateweg ergeben. Diese Aufgaben umfassen die Organisation und Beauftragung der baulichen und betrieblichen Unterhaltung sowie die Erneuerung der Straßen, Brücken und Radwege und Organisation des Winterdienstes. Weitere Aufgaben sind die Planung, Ausschreibung und Baudurchführung von Straßen, Brücken und Radwegen, die Verwaltung der Straßen- und Radwege, die Wahrnehmung der Aufgaben als Straßenbaubehörde bei der Benutzung der Kreisstraßen und Radwege, Sondernutzungen, Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen, Mitwirkung bei der Bearbeitung von Schadensmeldungen sowie die Straßenauf-

sicht für Gemeindestraßen.

Schwerpunktbauvorhaben waren:

- Neubau der Ortsdurchfahrt Glienick
- Erneuerung der Kreisstraßen Rehagen-Kummersdorf einschließlich der Ortsdurchfahrt Kummersdorf
- Erneuerung der Kreisstraße zwischen Liebätz und Märtensmühle einschließlich Neubau eines straßenbegleitenden Radweges
- Brückenneubau über die Nuthe in der Ortslage Kloster Zinna
- Erneuerung der Kreisstraße zwischen Diedersdorf und Birkholz
- Verbreiterung und Erneuerung der Kreisstraße Hohenseefeld und Niebendorf/Heinsdorf
- Ausbau der Kreisstraße Gräfendorf/Welsickendorf auf durchgängige Normbreite
- Erneuerung der Kreisstraße Jüterbog/Neuheim (2. BA ab Bülowstraße)
- Verlegung der Kurve vor Ruhlsdorf
- Brückenneubau über das Schweinitzer Fließ bei Mehlsdorf

Die ersten sechs Baumaßnahmen wurden mit Zuwendungen aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz des Landes Brandenburg (GVFG) mit 75% gefördert. Hierfür konnten Fördermittel in einer Gesamthöhe von 1,7 Mill.€ ausgereicht werden.

Im Bereich der Straßenunterhaltung wurden mit kreislichen Mitteln ca. 200 Aufträge mit einem Wertumfang von ca. 8 T€ für die bauliche und betriebliche Unterhaltung realisiert (Straßendecken, Leitpfosten, Fahrbahnmarkierung, Bankett- und Begleitgrünpflege, Verkehrsbeschilderung). Mit regional kreisansässigen Firmen wurden Winterdienstverträge abgeschlossen.

Im Zuge der Wahrnehmung der Aufgaben als Straßenbaubehörde wurden über 300 Vorgänge im Zusammenhang mit Zustimmungen, Genehmigungen, Stellungnahmen, Sondernutzungen, TÖP-Beteiligungen, Schadensmeldungen bearbeitet. Als Fachbehörde wurden 60 Stellungnahmen zu gemeindlichen Straßenbaumaßnahmen abgegeben. Im Rahmen der Straßenaufsicht führte das Sachgebiet Prüfungen der Rechtmäßigkeit von Verwaltungshandlungen der Gemeinden durch.

### ***Sachgebiet Kreisstraßenmeisterei***

Die Kreisstraßenmeisterei mit ihrem Sitz in Baruth/Mark ergänzt sinnvoll alle Maßnahmen der Straßenunterhaltung auf dem kreiseigenen Straßen- und Radwegenetz. Neben den Standardarbeiten wie Bankettpflege, Randstreifenmähd, Wild- und Baumwuchsbeseitigung, Waschen von Leitpfosten, Schadensbeseitigung nach Unfällen und witterungsbedingten Havarien, der Erneuerung von Verkehrszeichen und Leiteinrichtungen führt die Kreisstraßenmeisterei auch die Umsetzung verkehrsrechtlicher Anordnungen des Straßenverkehrsamtes durch. Der Winterdienst auf dem kreisstraßenbegleitenden Radwegenetz wird ebenfalls durch die Kreisstraßenmeisterei abgesichert.

Die im vergangenen Jahr begonnene Pflege des im Landkreis neu geschaffenen Rad- und Skateweges hat inzwischen eine Streckenlänge von 155 km erreicht und somit auch zunehmend an Bedeutung für Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen durch die Kreisstraßenmeisterei gewonnen. Der Pflege- und Unterhaltungsaufwand hat sich dadurch fast verdoppelt. Dem sollte zukünftig personell und finanziell Rechnung getragen werden.



Im Rahmen der Amtshilfe für die untere Bauaufsichtsbehörde wurden in Form der Ersatzvornahme illegal aufgestellte bzw. nicht genehmigte Werbeanlagen entfernt und eingelagert. Mit hoher Einsatzbereitschaft wurden durch die Kreisstraßenmeisterei auch kreisliche Festveranstaltungen (Flämingfrühlingsfest, Skatebahneröffnung, Kreiserntefest) durch das Errichten von Straßenabsperungen, Stellen zusätzlicher Verkehrszeichen, Anbringen von Werbetafeln sowie Reinigungsarbeiten unterstützt.

Zur Erfüllung aller Aufgaben wurde neben der Ersatzbeschaffung von Kleintechnik ein Radlader angeschafft sowie ein Multicar zum Spezialfahrzeug für die Reinigung und Pflege des Rad- und Skateweges umgebaut.

Es folgen Informationen zum **Wohnungsförderungsamt**, ein weiteres Amt im Dezernat IV.

Das Jahr 2002 war das Jahr der strategischen Neuorientierung in der Wohnungs- und Städtebaupolitik im gesamten Land Brandenburg.

Innenstadtentwicklung, Konzentration auf den Wohnungsbestand und die Gestaltung von Schrumpfungprozessen hießen die Schwerpunkte, die es durch konkretes Handeln zu untersetzen galt, im Prozess, der uns auch in den kommenden Jahren vor umfangreiche Aufgaben im Kreis Teltow-Fläming stellt.

In der Überarbeitung der Förderrichtlinien unternahm das Land Brandenburg große Anstrengungen, diesem Prozess Rechnung zu tragen, so z.B. in der neuen Strategie zur nachhaltigen Eigentumsbildung in der Stadt und im Rahmen der Überarbeitung der Förderrichtlinie zur Modernisierung und Instandsetzung von Mietwohnungen.

Die Wohneigentumsförderung des Landes wurde mit dem In-Kraft-Treten der Wohneigentumsrichtlinie zum 01.07.2002 und der neuen Wohneigentumsstadtumbau-Richtlinie rückwirkend zum 01.01.2002 grundlegend reformiert. Neben der Umsetzung des ab 01.01.2002 geltenden neuen Wohnungsbaurechts des Bundes werden insbesondere die sich aus dem Stadtumbau ergebenden neuen Anforderungen im Mittelpunkt der künftigen Förderung stehen.

Der Beratungs- und Informationsbedarf zu den neuen Fördermöglichkeiten war sehr groß. Trotzdem entscheiden sich auch im Jahr 2002 fasst alle förderfähigen Familien (ca. 80 %), die die Einkommensgrenzen nach § 9 WoFG einhalten, für den Neubau eines Einfamilienhauses. Wie sich die Neuregelung bei Schaffung von Wohneigentum innerhalb von Sanierungsgebieten, die Einkommensgrenzen um 40 % überschreiten zu dürfen, auswirkt, bleibt abzuwarten.

2002 erhielten 32 Familien eine Bewilligung durch die ILB im Rahmen des Eigentumsprogrammes. Im Rahmen des Modernisierungs- und Instandsetzungsprogrammes von Mietwohnungen wurden 2002 Anträge für 167 Wohnungen bearbeitet.

Dabei musste festgestellt werden, dass es vor allem den Wohnungsgesellschaften große Probleme bereitet, trotz der Förderung durch die ILB ein tragfähiges Gesamtfinanzierungskonzept umzusetzen. Leider fehlt die Bereitschaft der Kreditinstitute, in einer Zeit mangelnder Nachfrage nach Mietwohnungen und der bekannten demoskopischen Prognosen für die neuen Bundesländer im Immobilienbereich zu investieren.

Erstmals war 2002 zu verzeichnen, dass trotz aller Bemühungen die Förderzusage der ILB keine Sicherheit dafür bietet, ein Vorhaben auch realisieren zu können, da die Probleme, die mit der Zwischen- und Restfinanzierung durch andere Banken im Zusammenhang stehen, nicht lösbar waren. Besonders deutlich wird dieses Problem in der Stadt Luckenwalde. Im Rahmen des Stadtumbaus gehören Rückbau und Aufwertung erhaltenswerter Bausubstanz untrennbar zusammen, denn nur so lässt sich das Gesamtkonzept im Rahmen des Stadtumbaus umsetzen. Von der Notwendigkeit des Abrisses von ca. 1.500 Wohnungen in der Kreisstadt sind alle am Stadtumbauprozess Beteiligten überzeugt, mit dem Rückbau von ca. 40 WE wurde 2002 der erste Schritt realisiert.

Auch für die Stadt Dahme/Mark wurde 2002 ein neues Stadtentwicklungskonzept erarbeitet und bildet die Grundlage aller künftigen Maßnahmen.

Das Ziel, die Innenstadtentwicklung in Jüterbog mit einem Mietwohnungsum- und -neubau am Markt abzurunden, stand lange Zeit in Frage, da eine Bewilligung der hierfür beantragten ILB-Darlehen erst im Dezember 2002 möglich war. Die Förderung von Mietwohnungsneubau erfolgt angesichts des enormen Wohnungsleerstandes nur noch in Ausnahmefällen. Die Bedingungen hierfür wurden in Jüterbog erfüllt.

Die Bearbeitung des Heizkostenzuschusses wurde bis auf einige Erstattungen an die Sozialämter abgeschlossen. Für 2.503 Anträge wurden insgesamt 242.176,01 € ausgezahlt. Für die damit verbundenen Aufwendungen der Verwaltung erhielt das Wohnungsförderungsamt einen Landeszuschuss in Höhe von 38.392,91 €.

Die Anzahl der gestellten Wohngeldanträge ging im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück. Von den 8.777 Anträgen auf Miet- oder Lastenzuschuss wurden 6.616 bewilligt. Die den Bewilligungen zu Grunde liegende Durchschnittsmiete lag bei 4,55 € je qm und Monat und damit um rund 80 Cent unter der im Vorjahr.

Im Januar 2002 wurden Mietstufen eingeführt, nach denen die für die Wohngeldberechnung maßgeblichen Höchstbeträge der zuschussfähigen Miete oder Belastung festgelegt werden. Besonders in der Stadt Jüterbog führte diese Regelung zur Verringerung der bewilligten Zuschüsse oder gar zum Wegfall des bisherigen Anspruchs, da die Stadt Jüterbog in die niedrigste und damit ungünstigste Mietstufe I eingeordnet ist. Betrug die zuschussfähige Miete im Jahr 2001 für eine Einzelperson in einer vor 1965 gebauten Wohnung noch 184 € je Monat, so verringerte sich dieser Betrag ab Januar 2002 auf 160 €.

Weitaus günstiger wurde die Situation der Wohngeldempfänger in den beiden Städten Luckenwalde und Ludwigsfelde, denn durch die Zuordnung in die Mietstufe III erhöhten sich die Höchstbeträge, so z.B. für ein Ehepaar mit einem Kind in einer Wohnung, die ab 01.01.92 fertig wurde, von 396 € je Monat auf 435 €. Für das übrige Kreisgebiet gilt die Mietstufe II.

Die Zahl der gegen ergangene Bescheide eingelegten Widersprüche verringerte sich leicht im Vergleich zum Vorjahr auf 112.

Die Zahl der notwendigerweise eingeleiteten Vollstreckungen bei nicht erfolgter Rückzahlung von zu Unrecht erhaltenem Wohngeld ging von 81 Fällen im Jahr 2001 auf 64 Fälle zurück.

Über das **Landwirtschaftsamt** soll zum Abschluss berichtet werden.

Gerade in diesem Kalenderjahr wurde es besonders deutlich, dass die Landwirtschaft ein Wirtschaftsbereich ist, der unter freiem Himmel produzieren muss und deshalb auch in starker Abhängigkeit von Witterungsverlauf und Witterungsunbilden ist.

Der Entwicklungsstand der landwirtschaftlichen Kulturen im Frühjahr dieses Jahres hat die Hoffnung auf ein gutes Wirtschaftsjahr angekündigt. Die Ertragsschätzungen im Juni hat besonders bei den einzelnen Getreidearten und Ölfrüchten eine durchaus zufriedenstellende Ertragslage vorausgesehen. Mit der Ernte des Gewachsenen hätte an das Vorjahresniveau, das immerhin die beste Ernte im Landkreis Teltow-Fläming darstellte, angeknüpft werden können, jedoch der starke Sturm am 10.07.2002 und die extremen Niederschläge in der Zeit vom 11.–13.08.2002 machten diese Hoffnung zunichte. Totalausfälle bei den einzelnen Kulturen bis hin zu flächendeckenden Überschwemmungen führten zu Ertragsausfällen bis fast in den zweistelligen Millionenbereich. Bei einem Getreideertrag von nur 39,7 dt/ha konnte das Vorjahresniveau nur zu 72 % erreicht werden. Mindererträge von 58.000 t Getreide und über 3.000 t Ölfrüchte stellen große Erlösausfälle dar. Bei Kartoffeln und Zuckerrüben konnte das Vorjahresniveau fast gehalten werden. Auch bei den Futterkulturen und Eiweißpflanzen gab es erhebliche Ertragsausfälle. Durch die Witterungsunbilden sind elf landwirtschaftliche Unternehmen des Landkreises besonders betroffen. Diese liegen fast ausschließlich im Baruther Urstromtal bzw. in den Niederungen der Nuthe. Erlösausfälle von ca. 5 Mio. € allein in diesen Unternehmen verdeutlichen die schwierige Lage der Ernte im Jahr 2002.

Da der Landkreis Teltow-Fläming nicht zu den betroffenen Hochwasseropfern an der Elbe zählt, waren die Hilfsaktionen durch das Land Brandenburg bis auf die Vorziehung der Preisausgleichszahlung für benachteiligte Gebiete von November auf September sowie die Inanspruchnahme des Existenzsicherungsprogrammes des Landes Brandenburg beschränkt. Es ist gegenwärtig schwer einzuschätzen, ob diese besonders betroffenen landwirtschaftlichen Unternehmen des Landkreises aus eigener Kraft diese Notlage, in die sie unverschuldet geraten sind, selbst überwinden können. Neben der Inanspruchnahme des Existenzsicherungsprogrammes des Landes Brandenburg sind weitere Sparmaßnahmen wie Entlassungen von Arbeitnehmern bzw. Rückstellung von Investitionen und Modernisierungsmaßnahmen zur Sicherung der Liquidität der Unternehmen unumgänglich.

Zur Entlastung des Agrarmarktes, der Anpassung an Weltmarktpreise sowie zur Pflege der Kulturlandschaft und Einhaltung umweltrelevanter Maßnahmen werden den landwirtschaftlichen Unternehmen Preisausgleichszahlungen gewährt. Für die Haltung von männlichen Rindern, Mutterschafen und Mutterkühen werden den landwirtschaftlichen Unternehmen unseres Landkreises Tierprämien in Höhe von 1,9 Mio. € bewilligt. Hierbei ist eine leicht steigende Tendenz zu verzeichnen, die nicht zuletzt auf die Veränderung der Tierprämien für die jeweilige Tierart zurückzuführen ist. Weiterhin erhalten die landwirtschaftlichen Unternehmen 380.000 € für die Extensivierung im Rahmen der Tierhaltung sowie 1,0 Mio. € als Schlachtpremie für Rinder. Die Kulturpflanzenbeihilfe, hauptsächlich zur Preisregulierung bei Getreide und Ölfrüchten ist im Vergleich zum vergangenen Jahr um 800.000 € zurückgegangen. Insgesamt werden in diesem Jahr 18.145.000 € an die landwirtschaftlichen Unternehmen gezahlt. Die Unternehmen, die in benachteiligten Gebieten (auf leichten Standorten) wirtschaften, erhalten eine Unterstützung in Höhe von 1,8 Mio. €. In Höhe von 1,0 Mio. € wurde bereits eine Abschlagszahlung von November auf September vorgezogen, um die Liquidität der landwirtschaftlichen Unternehmen auf Grund der extremen Witterungsbedingungen im Sommer des Jahres 2002 zu verbessern.

Einen breiten Raum in der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung der Acker- und Grünlandflächen nimmt das Brandenburgische Kulturlandschaftsprogramm ein. Für den Ausgleich durch den Verzicht von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln in besonders sensiblen Gebieten mit besonders hohen Umweltauflagen bzw. zum besonderen Schutz von Flora und Fauna wird den landwirtschaftlichen Unternehmen eine Entschädigung in Höhe von 1,4 Mio. € gewährt. Hinzu kommt noch ein Ausgleich für die erschwerte Bewirtschaftung von Flächen in Naturschutzgebieten in Höhe von 104.000 €. Insgesamt werden somit im Landkreis auf 11.000 ha besondere Umwelt- und Extensivierungsanforderungen durch die landwirtschaftlichen Unternehmen umgesetzt, für die eine Entschädigung gewährt wird. Es geht also hierbei um Maßnahmen, die über eine ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bewirtschaftung hinaus gehen und dementsprechend Ertrags- und Erlösausfälle für den landwirtschaftlichen Betrieb zur Folge haben. Insgesamt werden den landwirtschaftlichen Unternehmen des Landkreises im Jahre 2002 auf Antrag 24.780.000 € als Preisausgleichszahlung bewilligt.

Die Tierbestandsentwicklung zeigt im Landkreis Teltow-Fläming über mehrere Jahre ein differenziertes Bild; gingen in den letzten Jahren die Rinderbestände von Jahr zu Jahr geringfügig zurück, so hat sich bei den Schweinebeständen eine leichte Stabilisierung bzw. Erhöhung ergeben. Im Vergleich zum Vorjahr sank der Rinderbestand um 2.300 Tiere auf jetzt insgesamt 39.400. Beeinflusst wird diese Trendentwicklung durch die ständig sinkende Anzahl von Milchkühen im Landkreis. Mit 13.920 gehaltenen Milchkühen hat sich der Bestand zum Vorjahr auf 96 % reduziert. Ursache ist nach wie vor die Steigerung der Milchleistung gegenüber der feststehenden Milchquote. Die leicht steigende Anzahl von Ammen und Mutterkühen wurde durch die jetzt vorherrschende Mutterkuhquote gestoppt, so dass durchschnittlich 4.200 Tiere im Landkreis gehalten werden.

Durch Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen in größeren schweinehaltenden Betrieben erholte sich der Schweinebestand im Landkreis von 74.000 Tieren auf jetzt 82.550 Tiere. Dementsprechend hat sich auch der Bestand an Sauen um 6 % im Landkreis auf 13.210 Tiere erhöht. Durch gezielte Investitionen in der Schweinehaltung verbesserte sich damit auch die Tierhaltung entsprechend der Schweinehaltungs-VO. Die Schafbestände im Landkreis haben sich auf ein Niveau von 9.400 Tieren eingeepegelt und verzeichnen weiterhin einen leichten Rückgang. Im Landkreis werden 1.700 Pferde gehalten, im Gegensatz zu den Schafen ist hier eine positive Trendwende zu verzeichnen.

Durch umfangreiche Investitionen in den landwirtschaftlichen Unternehmen werden die Marktchancen verbessert, eine tierartengerechte Haltung gesichert, eine Qualitätssicherung der einzelnen landwirtschaftlichen Produkte gewährleistet und nicht zuletzt Arbeitsplätze erhalten bzw. neu geschaffen. So konnten in diesem Jahr von 62 gestellten Förderanträgen 45 bewilligt werden. Über das Agrarinvestitionsförderprogramm sowie die Richtlinien zur Verbesserung der Marktstruktur, der Investitionen in der Tierproduktion, Gartenbau, Bewässerung und Direktvermarktung wurden Maßnahmen mit einem Bruttoinvestitionsvolumen von 7,72 Mio. € mit 1,56 Mio. € Zuschuss gefördert. Einen besonderen Anteil hatten dabei Maßnahmen im investiven Bereich der Tierproduktion sowie zur Verbesserung der Bewässerung und wassersparenden Beregnung. Durch Investitionen in der Tierproduktion wurden 490 neue und 2.995 modernisierte Stallplätze geschaffen sowie 16.279 m<sup>3</sup> Lagerraum für Gülle, Jauche und Sickersäfte errichtet.

Die amtliche Futtermittelüberwachung der landwirtschaftlichen Unternehmen des Landkreises obliegt dem Landwirtschaftsamt. Das Ziel, im Jahr 2002 alle 208 tierhaltenden landwirtschaftlichen Unternehmen aufzusuchen und einer Futtermittelprüfung zu unterziehen, wurde realisiert. Dabei werden stichprobenartig 49 Proben von Futtermitteln entnommen und entsprechend der Analyseverordnung durch die entsprechenden Labore untersucht. Insbesondere durch den im Januar festgestellten BSE-Fall in der Agrargesellschaft Welsickendorf hat die Futtermittelkontrolle in unserem Landkreis an Bedeutung ge-

wonnen. Hierbei gibt es eine enge Zusammenarbeit mit dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt des Landkreises.

Auch im Jahr 2002 wurde in unserem Landkreis eine agrarstrukturelle Entwicklungsplanung speziell auf dem Gebiet des Gartenbaus durchgeführt. Hierbei geht es insbesondere um die Darstellung von Alternativen im Garten- und Obstanbau, der Koordination überbetrieblicher Aktivitäten sowie der Unterstützung regionaler Arbeitsgruppen. So wurde zum Beispiel in diesem Jahr als Alternative zu herkömmlichen landwirtschaftlichen Produkten der Zwiebelanbau im Bereich Dahme erfolgreich praktiziert. Eine weitere Maßnahme ist die Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes im Landkreis Teltow-Fläming. Ziel der Landesrichtlinie ist es, die nachteiligen Auswirkungen der jahrelangen Vernachlässigung von wasserwirtschaftlichen Systemen und Anlagen auf den Wasserhaushalt zu beheben. Schwerpunkt bildet dabei die Wasserführung im Baruther Urstromtal. Dieses Programm wird sich noch über die nächsten Jahre erstrecken.

Zu den Tätigkeitsmerkmalen des Landwirtschaftsamtes gehört auch die Kontrolle zur Umsetzung der Dünge-VO. In zehn Jahren sind alle landwirtschaftlichen Betriebe hinsichtlich der Einhaltung der Bestimmung der DVO zu kontrollieren. Die gute landwirtschaftliche Praxis, speziell die Durchführung von Untersuchungen der im Boden verfügbaren Nährstoffmengen an Stickstoff, Phosphor, Kalium sowie im Kalk- und Humusgehalt des Bodens, Führung von Nachweisen zur Nährstoffzu- und -abfuhr und die Vermeidung von Nährstoffverlusten bei der Bewirtschaftung sowie der damit einhergehenden Einträge in Gewässer umfassen diese Kontrollmechanismen. Der Mindestkontrollsatz je Wirtschaftsjahr soll bei 10 % liegen, so dass im Landkreis von den 244 zu kontrollierenden Betrieben jährlich 24 überprüft werden. Auch die Klärschlammasbringung auf landwirtschaftlich genutzte Flächen gehört zu diesem Aufgabengebiet in Zusammenarbeit mit der unteren Abfallbehörde des Landkreises.

Entsprechend der Bundes- und Landesrichtlinien hat der Landrat am 2. Mai 2002 den 4. Kreiswettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden – unser Dorf hat Zukunft" für den Landkreis Teltow-Fläming ausgerufen. Insgesamt haben sich 21 Dörfer diesem Wettbewerb gestellt. 10 Dörfer beteiligten sich an dem Wettbewerb zum 1. Mal. Die Kreisbewertungskommission hat diese 21 Dörfer entsprechend der fünf Bewertungskriterien analysiert und bewertet. Wiederum hat der Landkreis einen Sonderwettbewerb ausgerufen. Dank des Sponsorings der Kreissparkasse Teltow-Fläming und der VR-Bank Fläming eG sowie deren Bausparkassen konnten 5.200 € für den Sonderwettbewerb zur Verfügung gestellt werden. Neben den Kategorien "Hervorragende Vereinstätigkeit", "Besondere kommunale Einrichtungen", "Erhaltung historischer Bausubstanz" konnte als neue Kategorie die Umnutzung nicht mehr landwirtschaftlich genutzter Gebäude neu hinzugenommen werden. Mit diesem Sonderwettbewerb soll erreicht werden, dass die guten Beispiele bekannt gemacht, honoriert sowie motivierend für andere Bereiche verstanden werden. Der 4. Kreiswettbewerb 2002 hat erneut wichtige Entwicklungsimpulse für die ländlichen Räume gegeben und nachahmenswerte Initiativen geweckt. Zu den Erstplatzierten im 4. Kreiswettbewerb gehören die Orte Thyrow, Gölsdorf, Glienick, Ließen und Schöneiche.

Im Zusammenwirken mit dem Amt für Agrarordnung und ländliche Entwicklung in Brieselang konnten wiederum im Jahr 2002 im Rahmen der Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der Dorferneuerung zehn kommunale Maßnahmen bewilligt werden. Die beantragten Gesamtkosten von 1,970 Mio. € wurden mit einer Zuwendung von 1,158 Mio. € unterstützt. Neben der Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse in einer Vielzahl von Orten unseres Landkreises standen auch die Gestaltung der Dorfanger sowie Sanierung von kommunalen Gebäuden im Vordergrund. Vier Maßnahmen des ländlichen Wegebbaus mit Gesamtkosten von 825.000 € wurden mit 660.000 € gefördert.

Im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raumes werden drei Maßnahmen im Landkreis unterstützt. Dazu zählen das Ferienlager in Glashütte, der Lehr- und Erlebnishof in Werder, die Erweiterung des Rad- und Skateweges. Insgesamt sind dafür 2,6 Mio. € vorgesehen.

Die jahrelangen Verhandlungen mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg (MLUR) zur Errichtung eines Bauernmarktes in Dahlewitz wurden im Dezember 2002 entschieden. Da dem Neubau eines Bauernmarktes nicht zugestimmt wurde, wird nach Alternativen gesucht. Der gewerblichen Nutzung des bisherigen Standortes wurde Unterstützung zugesichert.

Für das Sonderprogramm ländliche Entwicklung 2002 sind die Freizeitanlage in Ließen sowie die Sanierung des Freibades in Wahlsdorf vorgesehen. Die Maßnahmen der LEADER-Aktionsgruppe in Dahme/Mark werden prioritär gefördert. Der Landkreis unterstützt die Anträge der Aktionsgruppen aus Jüterbog und Mellensee-Wünsdorf im Rahmen der Verbesserung der touristischen Infrastruktur.

— Die Landwirtschaftsschule des Landkreises hat in diesem Jahr 22 Teilnehmern die Meisterurkunde zum erfolgreichen Abschluss nach zweijähriger Ausbildung überreicht. Gleichzeitig haben im Herbst zwei weitere Meisterlehrgänge mit insgesamt 20 Teilnehmern zur zweijährigen Ausbildung ihre Lehrtätigkeit aufgenommen. Des Weiteren sichert diese Einrichtung Lehrgänge und Seminare für den Gartenbau, Pflanzenschutz, Düngung sowie den ordnungsgemäßen Umgang mit Motorkettensägen ab.

— Im Rahmen der Winterschulung werden den Interessierten der landwirtschaftlichen Unternehmen moderne Verfahrenstechniken der Pflanzen- und Tierproduktion verdeutlicht. Erstmals wurde am 14. November eine regionale Bildungskonferenz für die Kreise Dahme-Spreewald, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming in Luckenwalde durchgeführt. Hierbei ging es speziell um die Auswertung und Analyse der landwirtschaftlichen Fachkräfte und Bildungsbedarf im Land Brandenburg.